Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. Dezember 1977
Jg. 5 Nr. 50

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfennig
D 21060 C

Straßenkämpfe auf den Bermudas gegen die britischen Besatzer

Auf den Bermudas, älteste britische Kolonie, mit strategisch wichtigen Flotten- und Luftbasen der USA und Großbritanniens, kam es in der letzten Woche zu Straßenkämpfen zwischen der Bevölkerung und der britisch kontrollierten Polizei. 300 eingeflogene britische Soldaten standen bereit, einzugreifen.

Bereits 1968 und Anfang 1970 kam es zu Kämpfen gegen die Kolonialisten, in deren Verlauf Großbritannien Zugeständnisse machen mußte. Die britischen Imperialisten setzten auf eine neokoloniale Lösung: „Selbstverwaltung" unter Beibehaltung britischen Rechts, britischer Landesverteidigung und innerer Sicherheit. Allgemeines Wahlrecht. Dieser Betrug verfing nicht.

Ausgelöst durch die Hinrichtung zweier Mitglieder der „Black Beret Cadre" (Organisation gegen die britischen Kolonialisten), die vor vier Jahren im Verlauf dieser Kämpfe den britischen Gouverneur und den Polizeioffizier erschossen hatten, kam es jetzt wiederum zu Demonstrationen. Britische Warenhäuser, Luxushotels und Zeitungshäuser gingen in Brand.

US-Stützpunkte: Volksmassen auf den Philippinen fordern Räumung

Die philippinische Regierung verhandelt gegenwärtig mit den US-Imperialisten über deren Stützpunkte. Die US-Imperialisten wollen Subic Bay, wo die 7. Flotte stationiert und ihre bedeutendste Schiffsreperaturanlage westlich von Pearl Harbour ist, sowie die Clarke Air Base halten, nachdem sie aus Vietnam und Thailand vertrieben wurden.

Die US-Imperialisten wollen Präsident Marcos zwingen, gegen 1 Milliarde Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe über 5 Jahre ihnen die Basen weiter zu überlassen und spekulieren darauf, daß Präsident Marcos die im bewaffneten Kampf stehende revolutionäre Bewegung im Süden des Landes zerschlagen kann. Seit Jahren fordern die philippinischen Massen die Auflösung aller amerikanischen Militärbasen und den Abzug der Besatzer von ihrem Boden. Auf der Konferenz am 4./5. August in Kuala Lumpur haben die ASEAN-Staaten, deren Mitglied die Philippinen sind, wiederholt die Zuversicht ausgedrückt, daß „eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien errichtet werden kann" und sie vertreten die Auffassung, daß die Anstrengungen fortgesetzt werden sollten, um dieses Ziel zu erreichen.

EG-Gipfel und Carter-Tournee

Verschärfung des Handelskriegs und Chauvinismuspredigten

Ein gutes halbes Jahr ist es her, daß die Staatschefs der sieben größten imperialistischen Mächte des Westens die Beteuerung abgegeben haben: „Wir lehnen den Protektionismus ab", und Carter dem Vorsteher des westdeutschen Imperialismus zurief: „Helmut, sag Jimmy zu mir." Tatsächlich tobte der Handelskrieg zwischen den imperialistischen Mächten und hat sich seither weiter zugespitzt. Der westdeutsche Imperialismus bemüht sich verbissen, die EG als Hausmacht aufzubauen, in der er das Sagen hat, um gegenüber dem US-Imperialismus in gestärkter Position auftreten zu können.

Der US-Imperialismus hat seine Gallionsfigur Carter jetzt auf Trab gebracht und will offensiv gegenüber den Sozialimperialisten und der Konkurrenz aus der EG die vorhandenen Widersprüche nutzen, um seinen Einflußbereich auszubauen. Nach zwischenzeitlichen Schwankungen marschiert Carter. Seine erste Dienstreise über den Erdball ist festgelegt: Zuerst hinein in den Warschauer Pakt nach Polen, um mit dem unsicheren Faktor im Einflußbereich des SU-Imperialismus die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Carter wird in Polen gegen die Menschenrechtsverletzung der SU eine Pressekonferenz abhalten. Von hier aus weiter in den Iran zu Gesprächen über deren Kernenergieprojekte, an denen sich Westdeutschland beteiligt, und über die Rohölpreise der Arabischen Länder. Einen Tag später will er in Indien eine Rede über die Entwicklungspolitik der USA halten, um die angeknackte Stellung der SU in Indien weiter zu untergraben. Sodann zurück in den Nahen Osten nach Saudi-Arabien, erneut Klärung der Ölpolitik und der politischen Entwicklung im Nahen Osten. Von hier zurück ins Zentrum des Ringens zwischen den beiden Supermächten, nach Westeuropa, zu Gesprächen mit den französichen Imperialisten. Gesprächsthema ist offiziell die Vorbereitung des Gipfeltreffens der sieben Haupträuber des Westens im Frühjahr zu Bonn. Demonstrativ macht Carter die Vor-
gegenüber Westdeutschland bei seinen Frankreichgesprächen deutlich. Er fährt an die Atlantikküste, zu jenem Ort in die Normandie, wo die US-imperialistischen Truppen im 2. Weltkrieg landeten, um gegen den deutschen Imperialismus die Westfront zu eröffnen, was ihnen die Vorherrschaft in Westeuropa sicherte.

Klar Schiff machen wollen auch die westdeutschen Imperialisten zum Bonner Frühjahrsgipfel. Aufgeräumt werden soll in der EG mit der französischen und englischen Konkurrenz, deren eigenständige imperialistische Interessen den westdeutschen gegenüberstehen. 27% des EG-Haushaltes werden von Westdeutschland gezahlt. „Die Bundesrepublik ist damit der größte Nettozahler der Gemeinschaft", verkündet Finanzchef Apel. „Bedenklich ist dabei vor allem, daß zu den Nettogewinnlern auch Mitgliederstaaten gehören, bei denen das nach ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit nicht gerechtfertigt ist." „Auf keinen Fall will Bonn den ‚Schlendrian' in anderen Ländern durch zusätzliche Transferzahlungen finanzieren", wollte die „Welt" die Unterstützung der Volksmassen für Helmut Schmidts Auftreten in Brüssel gewinnen.

„Die westdeutschen Steuerzahler bringen bereits jetzt erhebliche finanzielle Opfer für Europa", versucht Apel die Steuerausplünderung der Volksmassen gegen die Konkurrenz zu lenken. „Es ist ein merkwürdiges Verhalten, wenn einerseits der Ruf nach immer mehr Ressourcentransfers erhoben wird, jedoch die eigenen Ressourcen als unantastbarer Besitzstand des eigenen Landes erklärt werden. Ressourcen wie z.B. Erdöl oder Fischbestände sollen vom gemeinschaftlichen Nutzen ausgenommen werden, obwohl das den Gemeinschaftsprinzipien widerspricht. Gerade in diesen Bereichen ist eine europäische Lösung dringend geboten." „Europäische Lösung" für Westdeutschland deswegen, weil sich die fischreichen Gewässer
(Fortsetzung Seite 2)

Britische Feuerwehrleute in der 5. Streikwoche



Am Freitag letzter Woche hat der Vorstand der Firebrigade Union, der Gewerkschaft der seit Mitte November in England im Streik stehenden Feuerwehrleute, das Angebot der Regierung abgelehnt. Die Feuerwehrleute fordern, wie ein Arbeiter in der Industrie bezahlt zu werden einschließlich 10% Gefahrenzulage. Aufgrund seiner Bedeutung im Kampf gegen die 10%-Lohnleitlinienpolitik der Labour-Regierung und für die Teilnahme der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst am Lohnkampf wächst die Unterstützung des Streiks in der Arbeiterklasse. Eine der Parolen der Demonstrationen des vergangenen Wochenendes war: „In einer Familie: 1 Feuerwehrmann, 1 Polizist, 1 Soldat – alle 3 Arbeiter, alle gespalten, alle unterbezahlt!"

Japanische Regierung umgebildet

Kaum elf Monate im Amt, hat sich die japanische Regierung Fukuda verschlissen. Bis auf einen wurden alle Minister ausgewechselt. Die japanischen Kapitalisten fordern energische Maßnahmen zur Sicherung ihrer Profite.

Eine „Lohnerhöhung" von nur 5% soll durchgesetzt werden – das ist nicht einmal die Hälfte der offiziell angegebenen Inflationsrate. Diese Aufgabe wird dem Kapitalisten Toschio Komoto „auf Vorschlag der Wirtschaft" übertragen.

Das „Vertrauen der Wirtschaft" soll er wiedergewinnen. Geplant ist ein Nachtragshaushalt zur Förderung der Kapitalisten im Umfang von zwei Billionen Yen, das sind knapp 20 Milliarden DM. Im Amt bleibt einzig der Jusitzminister Setojama, der ein Vertreter von Mogadischu-Aktionen ist. Neu geschaffen wurde das Amt des Ministers für Außenwirtschaftsfragen. Seine Aufgabe ist es, eine „Auslandsinvestitionskampagne anzukurbeln" und gegen die Drohungen der amerikanischen und europäischen Monopole, Schutzzölle zur Verteidigung ihrer Märkte einzuführen, durch Bildung von multinationalen Konzernen, Bestechungen und Scheingründungen zu sichern. Dafür wurde der ehemalige Botschafter in Washington eingesetzt.

Fernsehlüge der Woche: „51. afrikanischer Staat"

„Bophuthatswana hat als zweites der acht sogenannten schwarzen Heimatländer innerhalb Südafrikas seine Unabhängigkeit erhalten . . . 101 Kanonenschüsse zeigen die Geburt des neuen Staates an, des 51. in Afrika", – so wie das ZDF am 6.12. daherlügt, hätten es die Imperialisten in Wirklichkeit gern. Das Volk von Azania fordert sein Land zurück und kämpft für die nationale Unabhängigkeit, und sie erklären die über 100 Reservate auf 13% des geraubten Landes, die sie in acht sogenannte Stammesgebiete, „schwarze Heimatländer", einteilen, zu „unabhängigen Staaten". Damit soll die Verwandlung Azanias in ein Zwangsarbeitslager auch in Zukunft gesichert werden.

Fortschreibung des Energieprogramms
Entsorgung der Bourgeoisie auf Risiko und Kosten der Volksmassen

Heizölsteuer, Kohlepfennig, Erdgassteuer oder Förderzins

„Energiepolitische Entscheidungen müssen trotz unzureichender Information getroffen werden . . . unsicher sind wir nicht nur über die Schätzungen über die Risiken der Energienutzung, die Aussagen über die Wahrscheinlichkeit einer plötzlichen internationalen Energiekrise durch Willkür anderer Staaten . . ."

Der „Weise", Professor Sievert, plädiert für Abenteurertum und schürt den Chauvinismus. Er sorgt sich um die Profite der westdeutschen Bourgeoisie. „Zu befürchten ist eine Tendenz zum Protektionismus und Dirigismus, ein verschärfter Verteilungskampf national und international, all das vermutlich weiterhin eingekleidet in das Drängen auf eine neue Weltwirtschaftsordnung." (Stellungnahme zu Problemen der Energieversorgung für die Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages am 17. und 19. Oktober)

Das westdeutsche Finanzkapital hat Anlaß zur Sorge. Seine Exportmacht ist gefährdet durch die Kämpfe der Arbeiterklasse, durch die imperialistische Konkurrenz und durch die unzureichende Energiebasis. Am 9.12. ließ die brasilianische Regierung verlauten, sie wolle die Zahl der bestellten Kernreaktoren von acht auf sechs reduzieren. (Frankfurter Rundschau, 9.12.) Der US-Imperialismus hat ein Stück Boden gutgemacht. Bis jetzt hat er die Lieferung angereicherten Urans an Brasilien für ein von Westinghouse erbautes Kraftwerk verweigert. Der französische Imperialismus besitzt einen deutlichen Vorsprung bei den „Schnellen Brütern", Kraftwerken, die Plutonium als Brennstoff verarbeiten und die Unabhängigkeit vom amerikanischen Uran gewährleisten sollen.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist wild entschlossen, ihr imperialistisches Energieprogramm jetzt durchzusetzen. Eine aus 19 geschmierten Professoren und aus Angestellten der Energiewirtschaft bestehende „Reaktorsicherheitskommission" hat doch in einem Gutachten herausgefunden, daß das für Niedersachsen geplante „Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist". Sofort hat die Bundesregierung erklären lassen: „Ein paar Atomkraftwerke werden noch gebraucht." Am 14. Dezember soll das Kabinett das „Energieprogramm fortschreiben". Ohne dem Einfallsreichtum dieser Imperialistenbande vorgreifen zu wollen, können wir die beabsichtigten Maßnahmen ziemlich präzise benennen. Geplant ist:

– die schnelle Inangriffnahme des Entsorgungszentrums *Gorleben* als notwendige Voraussetzung für den Bau weiterer *Kernkraftwerke;*
– die Verdoppelung der *Heizölsteuer* zur Subventionierung der Baukapitalisten für wärmedämmende Maßnahmen;
– die Erhöhung des *Kohlepfennigs* von 3,24 auf 4,5%
– eine Steuer auf Erdgas bzw. die Anhebung des „Förderzinses".

Die bürgerliche Klasse setzt auf die Geißel Arbeitslosigkeit, sie setzt auf die Abspaltung der Arbeiterklasse von der Volksbewegung gegen das imperialistische Energieprogramm und auf den Chauvinismus. Der Professor Sievert gibt die Richtung an: „Erst die anhaltende Arbeitslosigkeit hat die Gewichte etwas korrigiert" (S.16) und „das Energieproblem nicht allein unter dem provinziellen Blickwinkel deutscher Energiebilanzen zu sehen . . ., wenn mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß es bis dahin noch einmal zu einer Ölexplosion kommt." (S.21) Nach diesen Drohungen formuliert er die „Problemlösung": „. . . so muß dafür gesorgt werden, daß dort gespart wird, wo dies zu den geringsten Kosten möglich ist . . . Die gegenwärtigen Energiepreise sind zu niedrig, ein höherer Preis bietet den richtigen Anreiz, weniger zu verbrauchen und mehr Energie aus neuen Energieträgern anzubieten." Die negativen Auswirkungen auf den Außenhandel „wären namentlich über die Löhne auszugleichen".

Es ist das Programm der vollständigen Reaktion. Frieren und bluten sollen die Volksmassen für den Profit der herrschenden Klasse. Finanzieren sollen sie billigen Strom für die kapitalistische Rationalisierung, für den Versuch der westdeutschen Bourgeoisie, sich eine eigene Energiebasis im Kampf um die Weltherrschaft zu sichern.

Die Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie Gorleben ist jetzt entscheidend für die Bourgeosie. Warum? Wegen der Entsorgung, also der Vernichtung des hochradioaktiven Mülls, sagt Albrecht aus dem Hause Bahlsen. Ernst Albrecht als treusorgender Landesvater? Es ist anders. Die Finanzbourgeosie braucht die Anlage zur Anreicherung des Urans für die Kernreaktoren und zur Produktion von Plutonium als Brennelement der „Schnellen Brüter". Sie braucht sie für die Leichtwassereaktoren, die nach Brasilien und dem Iran verkauft sind.

Hier sind Abenteurer am Werk. Nicht eine Bedingung ist geschaffen worden für die sichere Lagerung des Atommülls. Das vielzitierte Gutachten der Reaktorsicherheitskommission bewegt sich zwischen Vermutung: „. . . ist zu erwarten, daß genügend große Steinsalzpartien gefunden werden können, um auch hochaktive Abfälle aufzunehmen", und Lügen: „. . . kann ein derartiger Störfall (Wasser- und Laugenzuflüsse, d.Verf.) als unwahrscheinlich angesehen werden."

Der Stollen des Kalisalzbergwerkes Ronnenberg ist 1975 vollgelaufen. Zwei Schächte neben der Atommülldeponie Asse II sind abgesoffen. Bis heute rätseln die bürgerlichen Wissenschaftler über ein vor Monaten bei Soltau beobachtetes Erdbeben.
(Fortsetzung Seite 2)

„Blutdürstig und skrupellos im Extrem“ in der Jagd nach Profit

Tradition des englischen Imperialismus im südlichen Afrika

Nach den Überfällen von Söldnereinheiten und Teilen der Armee des rhodesischen Smith-Regimes auf Flüchtlingslager in Mosambik sprach der britische Außenminister Owen von „rohen und brutalen“ Aktionen. Weiter: „Aber es könnte auch der patriotischen Front zeigen – und dies könnte von Nutzen sein für das Erreichen eines alles einschließenden Kompromisses – daß die rhodesische Verteidigungskraft ganz einfach nicht auf dem Rückzug ist.“

Zu fast demselben Zeitpunkt erklärte Owen, er habe die Führer der patriotischen Front, Nkomo und Mugabe, zu Gesprächen nach London eingeladen.

Das Hauptproblem für die Imperialisten bei ihrem Versuch, den Befreiungskampf zu beenden und die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung beizubehalten, ist der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe. Sie durch Drohungen, Versprechen und Erpressungen zur Beteiligung an den Smith'schen „Friedensgesprächen“ zu bringen und vielleicht bei dem Ziel der Spaltung der Patriotischen Front etwas voranzukommen, daß war Owens Absicht bei der Einladung.

Am Donnerstag letzter Woche lehnten es die Führer der Patriotischen Front ab, an diesen Gesprächen mit Owen teilzunehmen. Wenige Tage vorher haben Sprecher der Patriotischen Front die Erklärung Owens zu den Überfällen „blutdürstig und skrupellos im Extrem“ genannt.

Skrupellosigkeit und Blutdürstigkeit sind Traditionen des britischen Kolonialismus. Im Verlauf des Kampfes gegen die französische Revolution, an dem sich die britische Bourgeoisie seit 1793 beteiligte, und wenig später während des Krieges gegen Napoleon besetzte die britische Bourgeoisie fast alle französischen Kolonien und die von Frankreich besetzten Länder. So gelangt Großbritanien 1806 zu der Kolonialbesitzung Kapland.

Von Südafrika aus wurden 1890 das heutige Rhodesien und weitere Teile Afrikas besetzt, als dort vielversprechende Vorräte an Bodenschätzen entdeckt wurden. Vorher waren von den einheimischen Herrschern Schürfkonzessionen erpreßt worden, damit der Einmarsch und die Besetzung einen „legalen“ Anstrich bekamen.

Vom ersten Tag an stieß die britische Kolonialpolitik im südlichen Afrika auf den bewaffneten Widerstand der unterdrückten Völker. Die Zulustämme im südlichen Afrika einigten sich nach der britischen Besetzung und fügten mit ihrer Armee, die fast einer regulären Armee gleichkam, den Briten von 1810 bis 1838 verheerende Niederlagen zu. Nach 1870 wurden die Briten erneut von den geeinten Zulustämmen angegriffen. Diese konnten den Aufstand jedoch niederschlagen.

Fast alle abgefeimten Mittel der rassistischen Unterdrückung in Südafrika und Rhodesien wurden von den britischen Imperialisten eingeführt, nicht, wie sie behaupten, erst nach der „Selbständigkeit“ dieser Staaten. Die berüchtigten Paßgesetze gelten seit 1809. Das Bergbaugesetz von 1911 und das Landgesetz von 1913, die die endgültige Vertreibung der schwarzen Bauern von ihrem Land und den beliebigen Zugriff auf schwarze Arbeitskraft durch die Siedler und die Imperialisten vorsahen, wurden ebenfalls von britischen Gouverneuren „erfunden“.

„Selbstverwaltung“ oder Dominions

Frühzeitig erkannten die britischen Imperialisten den Nutzen der „Selbstverwaltung“ der weißen Siedler, des sogenannten Dominion-Status. Unterdrückung und Ausbeutung können weiter betrieben werden wie bisher. Jetzt konnte der Arbeiterklasse im eigenen Land und den Völkern der Welt dies als „einheimische Politik“, als Politik der dortigen Siedler, ausgegeben werden, wo Großbritannien allenfalls vermitteln dürfe. 1910 wurde Südafrika Dominion. Daß das britische Kapital – wenn es auch nicht mehr vorherrschend ist, sondern vom US-Imperialismus auf den zweiten Platz verdrängt wurde – alles andere wollte, als sich damit Südafrikas als Profitquelle zu entledigen, zeigt die Tatsache, daß über 630 britische Gesellschaften in Südafrika bestehen, darunter die Rio-Tinto Zinkgesellschaft, die die größte Kupfermine der Welt in Südafrika betreibt.

1953 wurde von den britischen Imperialisten die „Zentralafrikanische Föderation“ gebildet, bestehend aus Südrhodesien (Zimbabwe), Nordrhodesien (Sambia) und Njassaland (Malawi). Weil bis auf Südrhodesien selbst dafür überall die Zahl der weißen Siedler zu klein war, wurde die Föderation unter Ausdehnung der in Südrhodesien geltenden Rassengesetze nach südafrikansichem Vorbild auf allen Gebieten gebildet.

1963 mußte nach erbittertem Kampf Britannien die Föderation auflösen lassen und Sambia und Malawi die Unabhängigkeit zugestehen. 1965 erklärte das Siedlerregime Rhodesien seine Unabhängigkeit von Großbritannien. Während zu dieser Zeit alles darauf drängte, daß Großbritannien den Massen Zimbabwes auch die Unabhängigkeit zugestand, waren die britischen Imperialisten plötzlich wieder in der „unabhängigen“ Vermittlerrolle, die sie auch jetzt spielen wollen.

Die britischen Imperialisten sehen bei den gegenwärtigen Verhandlungen Smiths Licht am Horizont für die Aufrechterhaltung der imperialistischen Ausbeutung. Realistisch erkennen sie, daß der bewaffnete Kampf ihr Hauptproblem ist. Ein Versuch zur Lösung dieses ihres Problems sind die Massaker, wie vor zwei Wochen. Ein zweiter ist die Spaltung und Zersetzung des bewaffneten Kampfes. Der „Economist“ schreibt in seiner neuesten Nummer, es sei richtig, die Hinrichtung gefangener Befreiungskämpfer einzustellen. Außerdem: „Es würde nützlich sein für die rhodesische Regierung, eine Politik der ‚offenen Arme‘ zu verkünden gegenüber den Mitgliedern der Guerilla-Streitkräfte, die ihre Waffen niederlegen und nach Hause zurückkehren.“ Die Blutspur der englischen Imperialisten in Afrika ist den Völkern bekannt. Zurück kommen die Befreiungskämpfer sicher nicht, um die Waffen niederzulegen.

In den nächsten Wochen wird bestimmt der Vorschlag kommen, eine Prämie dafür zu zahlen. Aber die Imperialisten irren. Im Gegensatz zu ihren Söldnern, die an den Überfällen auf Flüchtlingslager beteiligt waren, ist das Ziel der Befreiungskämpfer nicht die höchste Prämie, sondern der endgültige Hinauswurf der Imperialisten. – (Korrespondentenbericht, London)

1975–1977: 36 DM „Lohnerhöhung“

1975 habe ich als Angestellte in der Universität 1129,12 DM netto verdient. Mein Mann war damals wehrpflichtig und bekam 165 DM Hungersold, ausgekommen sind wir damit nur, weil noch etwas „Unterhaltssicherung“ dazu gekommen ist. Im Herbst 1976 wurde das Haushaltsstrukturgesetz verabschiedet, zwecks „Sanierung der Öffentlichen Haushalte“, das unter anderem vorsieht, den Verheiratetenzuschlag des Ortszuschlags, wenn beide im öffentlichen Dienst sind, um die Hälfte zu kürzen. Angeblich würde dies für die Betroffenen nur „wenig“ ausmachen, zumal eine Ausgleichszulage gezahlt wird und die „Doppelverdiener“ seien eh gegenüber anderen Kollegen begünstigt. Mein Mann, der ab 1976 wieder als Angestellter beim Arbeitsamt arbeitet, und ich waren also besonders „Begünstigte“. Auf dem Gehaltsstreifen vom Dezember 1976 stand dann: „Zahlungsvorbehalt“ der gewährten Ortszuschläge „unter ausdrücklichem Vorbehalt der Rückforderung“. Also ab Januar 1976 Essen auf Vorbehalt. Im Betrieb haben wir daher beraten, daß wir nunmehr alles dransetzen müssen, um die Forderung der ÖTV nach 135 DM durchzusetzen. Ein Transparent wurde geschrieben und aus dem Fenster gehängt, wir sind in die Stadt gegangen und haben Flugblätter verteilt und für unsere Forderung breite Unterstützung erhalten.

5% mindestens 85 DM war der Tarifabschluß. Mit der Auszahlung der „Tariferhöhung“ im Mai wurde die Ortszuschlagkürzung bei uns mit einbehalten. Keiner blickte durch. Nach genauer Untersuchung waren bei mir 107,37 DM einbehalten worden, die Kürzung von Januar bis April, durch die Nachzahlung mußte ich 30 DM mehr Steuern zahlen und mein Ortszuschlag sank um 23,13 DM.

5/76 Brutto 1720; Ortszuschlag 463,37; Netto 1134,48 DM. Der Traum, von der Nachzahlung was für den Urlaub zurückzulegen, war dahin. Die Rechnung, was ich tatsächlich durch die Erhöhung erhielt, kam mit der Juni-Abrechnung. Verglichen mit April:

	4/76	6/77
Brutto	1562,76	1606,26
Netto	1038,87	1055,23
Ortszuschlag	484,16	463,37

30 DM mehr, bei meinem Mann sogar nur 20 DM, durch die Wirkung der Steuerprogression.

Im Laufe des Jahres 1976 sind in meiner Dienststelle ca. 20 von 140 Stellen gestrichen worden. Immer mehr Arbeit für weniger Lohn. Früh haben wir daher in der Betriebsgruppe die Forderung 180 DM mehr für alle aufgestellt. Mehrere Telegramme an die Tarifkommission gegen die 8%, für Festgeld wurden von uns abgeschickt. Im März kam es dann zum Abschluß von 5,3%, zwei Tage mehr Urlaub und 150 DM Urlaubsgeld. Das Urlaubsgeld ergibt umgerechnet ca. 8 DM im Monat. Der Senat zögerte die Tarifauszahlung Monate hinaus. Ende April haben wir Kampfschritte diskutiert, wie wir die Auszahlung erzwingen können. Jeden Freitag zwei Stunden eher nach Hause hätte dem Geld entsprochen, was uns vorenthalten wurde. Dann: Nachzahlung für drei Monate und 100 DM Streckungszulage (der Tarif läuft 13 Monate), Wegfall der Ausgleichzahlung, mein Ortszuschlag hat jetzt den von 1975 um 1 DM überschritten.

5/77 Brutto 1833,31 DM; netto 1179,10 DM; Ortszuschlag 487,93 DM, Lohnsteuer 50 DM mehr. Im „Normalfall“ ist mein Gehalt jetzt: Brutto 1683,31 DM; netto 1098,36 DM; Ortszuschlag 487,93 DM.
Bei meinem Mann: Brutto 1738,21 DM; netto 1118,82 DM; Ortszuschlag 487,93 DM.

Mein Mann hat also in den zwei Jahren ein Lohnerhöhung von brutto plus 67 DM gehabt, ich von minus 31 DM (dafür plus 100 DM mehr Lohnsteuer), ergibt für zwei Jahre 36 DM mehr!

Es liegt klar auf der Hand, eine hohe Festgeldforderung müssen wir durchsetzen, um einem weiteren Lohnabbau entgegenzutreten. 190 DM Festgeld sind in der Universität beschlossen worden. Jetzt werden wir den Streik vorbereiten.

EG-Gipfel und Carter-Tournee

(Fortsetzung von Seite 1)

eben vor England befinden und der englische Festlandsockel mit seinem Öl nicht der westdeutsche ist. Die englischen Imperialisten wollen ihre nationalen Ressourcen nicht der westdeutschen Konkurrenz öffnen, sondern selbst ausbeuten. Das widerspricht der Vormachtstellung der westdeutschen Bourgeoisie in der EG, die entsprechenden Chauvinismus dagegen säen: „Doch während sich die stolzen Briten ohne mit der Wimper zu zucken die Butter auf dem Brot vom Partner bezahlen lassen, weigern sie sich, ihre Gewässer für deren Fischfangflotten zu öffnen ... es scheint, daß auch noch der Nordseehering den Gipfel der Staats- und Regierungschefs beschäftigen muß.“ (Welt)

Die Widersprüche zwischen den europäischen Imperialisten rütteln derart im Gefüge des Bündnisses, daß drei Mal pro Jahr ein Gipfeltreffen der Regierungschefs versucht, sie auszuräumen und jeweils die eigenen Interessen durchzusetzen. H. Schmidt hat auf dem Brüsseler Gipfel lediglich erreicht, daß die britischen Bourgeois einen größeren Anteil des EG-Haushaltes tragen müssen, indem eine neue EG-Rechnungseinheit beschlossen wurde, die der „starken Mark“ größere Rechnung trägt. Dies zu erreichen, mußten jedoch Zugeständnisse in der Aufstokkung des EG-Regionalfonds gemacht werden, aus denen die schwächeren Mitgliedstaaten Gelder für unterentwickelte Regionen entleihen.

Von Gipfel zu Gipfel aber werden die wesentlichen Eckpunkte zur Bereinigung der Vormachtstellung der westdeutschen Kapitalisten hingeschoben: Sei dies die Lösung der Stahlfrage in der EG, oder die westdeutschen Fischfangrechte vor England. Gar nicht zu sprechen von der Weigerung der Bündnispartner, die EG um Spanien, Portugal und Griechenland zu erweitern, die für Westdeutschland die Ausweitung des EG-Binnenmarktes bedeuten würde. Ebenfalls die herauszögernde Tätigkeit der englischen Bourgeoisie bei den Direktwahlen zum Europaparlament, über die sich die westdeutschen Bourgeois ihre Vormachtstellung in der EG absegnen lassen wollen.

Auf dem Weltmarkt hat Carter jetzt zu einer weiteren Verschärfung des Konkurrenzkampfes beigetragen.

Um den US-Binnenmarkt vor Importen aus Japan und der EG zu schützen, hat Carter die Festlegung eines Mindestpreises für Stahl auf dem US-Markt und die Subventionierung der US-Stahlmonopole verabschieden lassen. „Carters Abschied vom Liberalismus“, jammert die westdeutsche Bourgeoisie den sinkenden Marktanteilen auf dem US-Stahlmarkt nach. Poullain geht in der „Bild“-Zeitung sodann umgehend daran, mit Chauvinismus die westdeutsche Arbeiterklasse gegen den Hauptkonkurrenten USA ins Feld zu führen: „Fast alle Waren, die wir ausführen, werden teurer. Unsere Wirtschaft – und damit die Arbeitskräfte – sind vom Export abhängig. Es wird darum immer schwerer, deutsche Waren im Ausland abzusetzen. Der Dollarsturz schwächt die leichte Konjunkturbelebung und erschwert den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es jetzt um so wichtiger, daß die Belastung aus der neuen Lohnrunde begrenzt bleibt.“ Niedrige Abschlüsse und lange Laufzeiten, verbunden mit der Kunst der Schweißauspressung durch die Kapitalisten, soll die westdeutsche Stellung als Weltwarenexporteur ausbauen, nachdem die Dollarabwertung die Position des westdeutschen Finanzkapitals als Kapitalexporteur erneut gestärkt hat.

Wie Poullain sagt, benötigt er dafür die Unterwerfung der westdeutschen Arbeiterklasse. Dafür der krampfhafte Chauvinismus gegen jegliche Konkurrenz. Nachdem die Arbeiter in den USA sich den gleichen Absichten ihrer Ausbeuter nicht unterwerfen, ist es tunlichst an der Zeit, die Losung der internationalen Arbeiterklasse: *Proletarier alle Länder vereinigt euch!* zu verwirklichen, um der imperialistischen Bourgeoisie einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen.

Energieprogramm

(Fortsetzung von Seite 1)

Atommüll verursacht tote Kosten für die Bourgeosie, lästig und unnütz. Was darum kümmern? Der Fortgang der Menschheit interessiert sie grad so wie der Fall der Erde in die Sonne (Marx). Die Debatte über die Sicherheit ist ihnen von den Massen aufgezwungen worden. Jetzt wird taktiert. Im Sommer noch hat Ernst Albrecht zur Eile gedrängt. Dann wollte er den Müll in Grönland abladen. Nun hört man: „15 Jahre dauert eine präzise Erforschung des Gorlebener Salzstocks“, und „die SPD vernachlässige die Sicherheitsfrage“. Dagegen fordert Bundesminister Ravens: „Albrecht soll Bohrungen zulassen, keine taktischen Spielchen mit lebenswichtigen Fragen.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 24.11.)

Sie spielen sich den Ball zu. Alle Register der Demagogie werden gezogen. „Ferienhaus für Minister neben der Atommülldeponie.“ (Welt, 3.12.) Dem Trick hat Albrecht selbst nicht vertraut. Bei seinem Besuch in Trebel bei Gorleben hat er dann gedroht: „Der Bundesgrenzschutz muß Gorleben später sichern.“ „Albrecht, Atomknecht“ ist es ihm entgegengeschallt. Und „Wer uns entsorgen will, den werden wir stillegen“.

Die Bauern kämpfen gegen die Vernichtung ihrer Existenz. Den Arbeitern will die Bourgoisie den „Lohn ausgleichen“. Ein Erfolg im wirtschaftlichen Kampf wird das Energieprogramm der Bundesregierung erschüttern und die politische Einheit mit den Volksmassen stärken.

Erbittertes Ringen um Textilmonopol und imperialistischen Einfluß

Das Textilabkommen („Allfaserabkommen“) von 1973 im Rahmen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) läuft am 15. Dezember dieses Jahres aus. Ein neues Abkommen ist bisher trotz wochenlanger Verhandlungsrunden nicht zustandegekommen. 1973 wie heute geht es den imperialistischen Staaten um die Kontrolle der Textilmärkte, worüber sie untereinander in heftige Konkurrenz geraten. Den Ländern der Dritten Welt, die große Fortschritte im Aufbau einer eigenständigen Textilindustrie erzielen konnten, geht es um Schutz ihrer Textilproduktion, um in der Versorgung mit Bekleidung – mit den Nahrungsmitteln die entscheidende Grundlage – selbständig und unabhängig zu werden und durch den Export von Textilien die Mittel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder in die Hand zu bekommen. Das alte Textilabkommen hatte nach Meinung der imperialistischen Staaten den Ländern der Dritten Welt darin zu große Möglichkeiten gelassen. Sie wollen es ändern. Die Widersprüche und die Bedingungen, unter denen dies geschehen soll, zeigen, daß sie mit dem Rücken zur Wand stehen.

Während z.B. in Tansania bis 1980 eine Textilfabrik für 3000 Beschäftigte errichtet wird und auch der Sudan, Kenia, Madagaskar und Mauritius „die Textilproduktion steigern und den Import von Textilien drosseln“ wollen, während die Länder außerhalb Westeuropas, den USA und Japans ihren Anteil an der Weltproduktion von Chemiefasern von 23% 1966 auf 34% 1976 steigern konnten, ist in der europäischen Chemiefaserindustrie eine heftige Überproduktionskrise im Gange mit „Überkapazitäten von 20% oder 550000 Tonnen jährlich“. Die westdeutschen Chemiemonopole fordern den Abbau der staatlichen Subventionen in den anderen Ländern der EG, den Abbau von Kapazitäten in den USA und die „Zurückführung der Importe aus Niedrigpreisländern EG-weit auf ein vertretbares Maß“. (Handelsblatt 11.7.77) „Die Hemden beispielsweise aus Hongkong, Taiwan oder Südkorea enthalten keine europäischen Chemiefasern.“ (Süddeutsche Zeitung 11.7.77) Während sie vom „Freihandel“ schwätzen, haben sie im Juli 1977 den zusätzlichen Importbeschränkungen der EG für Hemden, T-Shirts und Baumwollgarne und im September 1977 für Hosen, Anzüge, Kleider, Röcke, Pullover und Baumwollstoffe aus Ländern Ostasiens, Tunesien und Marokko Beifall geklatscht. Durch diese Beschränkungen soll die Einfuhr in die EG nicht 50% der Einfuhr des gesamten Vorjahres überschreiten.

Zur Erpressung eines neuen Textilabkommens im Sinne der Imperialisten hat der westdeutsche Imperialismus verschiedene Länder zur „Selbstbeschränkung“ der Textilimporte in die EG gezwungen. Marokko hat daraufhin die Textileinfuhren aus der EG gestoppt. Im Gegensatz zur Chemiefaserindustrie sieht die westdeutsche Bekleidungsindustrie die Importbeschränkung „mit gemischten Gefühlen“ (Handelsblatt 25.7.77). Sie fürchtet, sich ins eigene Fleisch zu schneiden, stammen doch ungefähr die Hälfte der Textilimporte in die Bundesrepublik aus westdeutschen Fabriken im Ausland oder sind Zwischenprodukte, die nach Verarbeitung in Ländern mit niedrigen Löhnen wieder reimportiert werden. Die westdeutsche Bekleidungsindustrie belegt sich also selbst mit Einfuhrbeschränkungen, was die „Mischung ihrer Gefühle“ verständlich macht.

Auch innerhalb der EG tobt der Kampf um Absatzmärkte. Italien beherrscht bereits 25% des Marktes für Feinstrümpfe, während die westdeutsche Produktion von 738 Millionen Paar 1970 auf 400 Millionen Paar 1976 fast halbiert wurde. England konnte den Bekleidungsexport in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um 50% steigern. Frankreich, das am lautesten nach Importbeschränkungen schrie, hat seit 1966 seine führende Position in der europäischen Textilindustrie an seine westdeutschen Konkurrenten abgeben müssen.

Über die Senkung der Rohstoffpreise versuchen die Textilkapitalisten aus der Krise herauszukommen. An der New Yorker Börse sackten die Baumwollpreise von 81,60 Cents pro amerikanisches Pfund (18. März) auf 51,10 Cents am 2. Dezember. Statt Baumwolle auf dem Markt zu kaufen, haben die Imperialisten die Vorräte abgebaut, die mit 22,5 Millionen Ballen weltweit den niedrigsten Stand seit 30 Jahren erreicht haben. Die baumwollproduzierenden Länder der Dritten Welt erheben die gerechte Forderung nach einem Fonds zur Stabilisierung der Preise.

Die scharfe Konkurrenz hat die Kapitalkonzentration in allen Ländern der EG schnell vorangetrieben. Am weitesten haben es die westdeutschen Textilkapitalisten gebracht. Die Zahl der Textilbetriebe ging zwischen 1962 und 1976 um 1616 auf 2765 zurück, 248000 Beschäftigte wurden arbeitslos. Die mit der Kapitalkonzentration verbundene gesteigerte Ausbeutung brachte ihnen einen Produktivitätszuwachs pro Beschäftigten von 57% seit 1970, in der Industrie ingesamt betrug er 27%. Das ist ihre Grundlage für den Kampf um Absatzmärkte (die Exportquote stieg in zehn Jahren von 11 auf 27%) und für den Kapitalexport (Textil 1952 bis 30.6.1977 682,1 Mio. DM, seit Anfang 1975 alleine 144,8 Mio. DM, Bekleidung 228,2 Mio. DM, seit 1975 48,6 Mio. DM). – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei CARO-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 50/77: 32000

Die Bergarbeiter der USA im Streik!

Kampf um Lohnerhöhung, Krankenversicherungsschutz und Streikrecht



Seit Mittwoch letzter Woche befinden sich die 120000 Bergarbeiter der United Mine Workers (UMW) im Streik gegen die Bergwerkskapitalisten. Die Verhandlungen um Lohnerhöhungen, Aufhebung der Kürzungen der Kranken- und Rentenversicherung, für Streikrecht sind gescheitert.

Die Kapitalisten lehnten es in den letzten „Vermittlungen" ab, ihre Beschlüsse zur weitgehenden Aufhebung der Bezahlung der Kosten für die Krankheitsversorgung durch die Versicherung vom Juli dieses Jahres zurückzunehmen; stattdessen verlangten sie weitere Reduzierungen der Krankenversicherungsleistungen. Weiter verlangten die Kapitalisten die Aufnahme einer „Anti-Streik"-Klausel in den Vertrag mit der Gewerkschaft gegen „inoffizielle" Streiks und fordern, die daran beteiligten Arbeiter „zu bestrafen". Abgelehnt wurde schließlich von den Kapitalisten die Forderung der Gewerkschaftsführung, in dem Vertrag ein lokales begrenztes Streikrecht zuzugestehen.

Die Zugeständnisse, die sich die bürgerliche Gewerkschaftsführung der UMW von den Verhandlungen erhofft hatte, blieben aus. Die Gewerkschaftsführung mußte den Streik einleiten.

Die Kapitalisten in den Vereinigten Staaten fühlen sich auf diesen Streik gerüstet, sie haben sich auch darauf entsprechend vorbereitet. „Zur Erinnerung: Kohlengrubenstreiks 1971 und 1974 dauerten 45 und 26 Tage, ohne ernste Unterbrechung der Wirtschaft", erklärt der „International Herald Tribune". Auf drei Monate geben die Kapitalisten ihre Produktionsvorräte an. Über 50% der Kohleversorgung wollen die Kapitalisten sichern durch die Gruben, die nicht unter den Vertrag mit der UMW fallen. Zum ersten Mal wollen die Kapitalisten in diesem Streik Gebrauch machen von der Sperrung der Versicherungsgelder für die Krankenversorgung und für die Renten, um die streikenden Arbeiter unter Druck zu setzen und ihre Lage mit jedem Streiktag unerträglicher werden zu lassen.

Für die Bergarbeiter geht es in diesem Streik neben der Erhöhung des Lohns um grundlegende Forderungen: die Gewährleistung des Streikrechts und der Versicherungsleistungen im Krankheitsfalle und bei Verrentung.

Der Streik der Bergwerksarbeiter bildet ein wichtiges Glied der Entwicklung des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten. Behaupten die Arbeiter sich mit ihren Forderungen in diesem Streik, nachdem sie bereits das ganze Jahr in zähen Streikkämpfen ihre Kampfkraft gegenüber dem Angriff auf die Versicherungskasse bewiesen haben, dann hat dies gegenüber den imperialistischen Absichten der USA große Bedeutung. Nicht umsonst hatte Carter erst vor wenigen Wochen seine große Weltreise verschieben müssen, weil sich die US-Imperialisten mit einer breiten Streikbewegung in der Arbeiterklasse konfrontiert sahen und gleichzeitig bei ihren Anstrengungen zur Stärkung ihrer imperialistischen Positionen auf der Stelle traten, so bei dem Energieprogramm, das unter anderem die Verdoppelung der Kohleproduktion vorsieht.

Die USA-Imperialisten ihrerseits wollen jetzt bei dem ersten der bevorstehenden großen Tarifkämpfe ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, durch Unterdrückung und Gewalt die große Arbeiterklasse der USA aus der internationalen Front der Arbeiter gegen Imperialismus und Reaktion herauszubrechen.

Die Imperialisten geben sich siegessicher. Vorbereitet sind sie. Jedoch: In ihrem ersten Ziel haben sie bereits eine Niederlage hinnehmen müssen. Die Streikbewegung, die das ganze Jahr über angehalten und nicht nur die Kohlearbeiter ergriffen hat, wurde von ihnen nicht gebrochen. Die Forderungen dieser Kämpfe, Streikrecht, Krankenversicherungsschutz, stehen nach wie vor und verbinden sich jetzt mit den Tarifforderungen. Das stärkt sowohl den Kampf um den Lohn wie den Kampf für diese elementaren Arbeiterrechte, weil es die Einheit der Arbeiter erleichtert und den verschiedenen Spaltungs- und Erpressungsversuchen der Kapitalisten gerade einen Riegel vorschiebt. – (Z-Red.)

Ein Jahr Kampf der amerikanischen Bergarbeiter

Januar. Am 12. Januar legen die Minenarbeiter der US Steel Mine in Pennsylvania die Arbeit nieder. Die Kapitalisten hatten ständig die Sicherheitsbestimmungen verletzt. 5000 Minenarbeiter sind drei Tage im Streik.

März. Am 4. Februar legen 200 Bergleute in Süd-Westvirginia die Arbeit nieder, weil die Kapitalisten Gehaltserhöhungen geben, ohne Rücksicht auf das Alter der Arbeiter. Der Tarifvertrag von 1974, der festlegt, daß Gehaltserhöhungen und Zulagen nach Alter und Qualifikation gegeben werden, wird von den Kapitalisten so ausgelegt, daß sie vom Alter absehen und als „Qualifikation" das bezeichnen, was ihnen gerade paßt. Nur sehr wenige Bergleute sind „qualifiziert" nach den Auslegungen der Kapitalisten. Der Tarifvertrag bietet den Kapitalisten vielfältige Möglichkeiten der Lohndrückerei und Spaltung. Ein anderer Punkt, an dem sich der Streik entzündet sind die Sicherheitsbestimmungen. Die Verschärfung der Ausbeutung in den Minen führt zu immer größeren Gefahren. Die schwarze Lunge ist eine der Krankheiten, die bei den Bergarbeitern zur Ruinierung der Gesundheit führen.

In einer anderen Mine im Osten treten die Arbeiter in den Streik, weil die Betriebspolizei einführt, für jede Stunde Abwesenheit oder Arztbesuch einen ärztlichen Nachweis vorzulegen, was sie bislang nicht konnten. Als ein Arbeiter keinen Nachweis für seine Abwesenheit führen kann, wird ihm mit Entlassung gedroht. Daraufhin ziehen die 150 Bergarbeiter geschlossen zum Kapitalisten.

In anderen Minen unterstützen die Bergarbeiter den Streik, indem sie selbst die Arbeit niederlegen. In Pennsylvania streiken die Arbeiter, als die Kapitalisten versuchen, das Gesundheitskomitee aufzulösen. Die Bergleute aus mehreren Minen in Illinois streiken, als die Kapitalisten einige Arbeiter suspendieren, weil diese kurzfristig abwesend waren. Am 1. März sind über 10000 Bergleute in Südvirginia im Streik, im Land über 40000 und in den ganzen USA 160000 Kohlenarbeiter.

Die Kapitalisten machen die Zusage, die Bestimmungen bei der Krankmeldung zurückzunehmen. Der Streik wird sofort fortgeführt, als sie sich nicht an die Zusage halten und ein Schiedsgericht anrufen wollen.

Juni. Vor der Urlaubsperiode im Juli treten bereits über 40000 Bergleute gegen die Kürzung der Versorgung im Krankheitsfalle in den Streik. Die Kranken- und Rentenversicherung der Arbeiter wird kontrolliert durch einen Vertreter der Kapitalisten, einen Vertreter der Gewerkschaften und einen „Neutralen", Die Gewerkschaftsführung hatte mit für die Kürzungen gestimmt. Sie seien „unvermeidlich". Die Kürzungen in der Krankenversorgung bedeuten für die 800 0000 Versicherten, daß jede Krankenhausrechnung bis zu 250 Dollar von ihnen selbst gezahlt werden muß, ebenso 40% der Arztrechnung bis zu einer Höhe von 500 Dollar im Jahr. Die Einkünfte der Renten- und Krankenversicherung sind an die Produktionsumsätze gebunden, die die Arbeiter in den Kohlengruben erarbeiten. Dieser Versicherungsfonds ist in der Vergangenheit mehrfach leer gewesen, immer aber konnten die Bergarbeiter erzwingen, daß die Kapitalisten wieder einzahlen. Mit den beschlossenen Kürzungen hatten sich die Kapitalisten dieses Jahr geweigert.

Jetzt sagten sie, die gesundheitliche Versorgung sei so schlecht, die Renten so niedrig, weil die Arbeiter soviel streiken würden. Steigerung der Ausbeutung und Verschärfung der Arbeitshetze „im eigenen Interesse", um die „Kassen wieder aufzufüllen", so wollen die Kapitalisten es den Arbeitern nahebringen und rufen gleichzeitig nach einem vollständigen Streikverbot.

Juli. Die reformistische Gewerkschaftsführung, die diese Streiks nicht führt, steht mit den Kapitalisten in Verhandlungen. Die Vertreter der Gewerkschaft verlangen die Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Bestimmungen des letzten, 1974 abgeschlossenen Vertrags mit den Bergwerkskapitalisten. Die letzteren weigern sich und halten an der Durchsetzung der Kürzung der Versicherungsleistungen für die Arbeiter fest, um sich so für die nahenden neuen Tarifkämpfe Ausgangsbedingungen zu schaffen und um „die Bergarbeiter für die selbständigen Streiks zu bestrafen".

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung erwägt, einen zweiwöchigen, nach dem Vertrag mit den Bergwerkskapitalisten „im Gedenken an die getöteten Bergleute" zulässigen Streik zu beschließen.

August. Nachdem Ende Juli der Vorstand der Gewerkschaft die Einleitung von Streikmaßnahmen ablehnt, beschließen die Arbeiter in den Kohlengruben West Virginias, den Streik trotz dieses Beschlusses einzuleiten und aufzunehmen. 65000 Bergarbeiter stehen Anfang August im Streik.

Für den 5. August rufen mehrere UMW-Bezirke zu einem Marsch auf Washington auf, an dem 1200 Bergleute teilnehmen. Die bürgerlichen Führer der Gewerkschaft, nachdem sie zuvor schon ihre Zustimmung zur Kürzung der Krankenversicherung gegeben hatten, drängen jetzt auf Wiederaufnahme der Arbeit. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Kapitalisten in bezug auf die Rentenversicherung genau das gleiche planen.

Mitte August ruft der Vorsitzende der UMW Miller über Fernsehen die Bergarbeiter zum Abbruch des Streiks auf. Gleichzeitig wächst die Streikbeteiligung jedoch weiter an. In der achten Woche des Streiks sind es 80000 Bergarbeiter, die im Streik stehen.

Versorgungsschwierigkeiten der Streikenden beginnen sich bemerkbar zu machen. Auf Gruben und Zechen, die nicht in den Vertrag der UMW mit den Bergwerkskapitalisten einbezogen sind, kommt es zu Solidaritätsaktionen.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung erklärt Anfang September, genau wie sie den Kürzungen der Renten und Krankheitsversorgung im Sommer zugestimmt hat, den Streik erneut für beendet. Im Oktober sind jedoch weiterhin 11000 Minenarbeiter im Streik und kämpfen hartnäckig gegen die Kürzungen und für uneingeschränktes Streikrecht. In den Streikbewegungen haben sich die Arbeiter Streikkomitees in jeder Mine geschaffen. (siehe nebenstehenden Bericht von der Stearns-Mine)

Im Dezember ist der Tarifvertrag gekündigt. Der „International Herald Tribune" muß schreiben: „Ein nationaler Streik der Kohlearbeiter ist sicher." Am 6. Dezember sind die Bergarbeiter erneut geschlossen in den Streik für die Durchsetzung ihrer Forderungen getreten.

Solidarität mit dem Streik der Stahlarbeiter in den USA

Brief von 14 Klöckner-Arbeitern an die streikenden Stahlarbeiter in den USA

„An
Minnesota AFL/CIO
175 Aurora Avenue
St. Paul, Minnesota, USA.

An die
streikenden Stahl- und Erzgrubenarbeiter

Wir haben Euren Solidaritätsaufruf gelesen. Seid gewiß, die Ausbeutung wird auch hier bekämpft. Wir werden uns nicht der Konkurrenz der Stahlmonopole, die auf Euren wie unseren Knochen ausgetragen wird, unterwerfen. Wir werden sie allenfalls ausnutzen, zum Beispiel im Kampf für mehr Lohn, der gegenwärtig auch bei uns geführt werden muß. Euer Streik bedeutet eine große Unterstützung für uns. Die Solidarität kennt keine nationalen Grenzen.

In diesem Sinne wünschen wir Euch Erfolg in eurem ausdauernden Kampf und grüßen Eure Solidaritätsdemonstration am 16. Dezember 1977 in Hibbing, Minnesota.

Bremen, den 7.12.77
17 Arbeiter der Klöckner-Hütte
Bremen
Kopie an Redaktion der „Metall"

12000 Arbeiter der amerikanischen Eisenerzgruben setzen ihren Streik gegen die Stahlmonopole fort. Der Streik, der mit 136 Tagen Dauer jetzt schon der längste in der Geschichte der Branche ist, kämpfen sie für höhere Löhne, eine bessere Unfallversicherung und für Rechte im Fall der Kündigung. Die Streikenden bereiten sich jetzt darauf vor, den Streik auch über Weihnachten hinaus fortsetzen zu müssen. Am 17. Dezember findet in Hibbing eine Solidaritätsdemonstration statt, zu der der Gewerkschaftsbund AFL/CIO im Staat Minnesota aufruft. Arbeiter der Bremer Klöckner-Hütte haben ihre Solidarität erklärt, ebenso Arbeiter von Peine und Salzgitter, Werk Peine, wo 137 DM gesammelt wurden. Unser *Bild* zeigt eine Demonstration der Stahlarbeiter während des Streiks.

Solidaritätsresolutionen für die streikenden Stahlarbeiter in den USA

Westberlin. 15 von 29 Mitgliedern der HBV-Jugend, Fachgruppe Buchhandel, verabschiedeten eine Solidaritätserklärung: „... Wir unterstützen Eure Forderung nach mehr Lohn, sozialer Sicherung und nach uneingeschränktem Streikrecht. Euer seit über 120 Tagen dauernder Streik ist für uns ein großes Beispiel. Wir wünschen Euch den Sieg."

Westberlin. In der Abteilung Betriebselektrik DIAG/FWW wurde eine Solidaritätsresolution verabschiedet.

Heidelberg. 9 Beschäftigte von Teldix erklärten in einem Brief an die streikenden Stahlarbeiter, RVertrauensleutekörper und den Ortsvorstand der IGM wenden werden, um eine breite Solidaritätsbewegung und Spenden zu organisieren.

Braunschweig. Auf einer Veranstaltung der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) wurden 194 DM zur Unterstützung gesammelt.

Göttingen. Die Uni-Vollversammlung vom 2.12. beschloß bei 250 anwesenden Studenten eine Solidaritätsresolution. Am Fachbereich Germanistik wurden 21 DM, am Fachbereich Medizin 26 DM als Solidaritätsspende gesammelt.

Braunschweig. Der Zentrale Streikrat an der Universität verabschiedete eine Solidaritätsresolution.

Hamburg. In einem Hauptseminar für Politik bei Bermbach wurden von 10 Seminarteilnehmern 17 DM zur Unterstützung gesammelt.

Oldenburg. 50 Studenten auf einer Veranstaltung über die Massenarbeitslosigkeit verabschiedeten eine Solidaritätserklärung.

Streik der Bergleute in Stearns seit 17. Juli 1976

„Es geht um die Sicherheit – das ist der Grund, warum wir so entschlossen für die UMW kämpfen", erklärt einer der seit dem 17. Juli streikenden Bergleute der Blue Diamond Company. Im Dezember 1975 war die Grube in Stearns durch die Blue Diamond aufgekauft worden. Ihre Sicherheitsbedingungen sind berüchtigt unter den Bergarbeitern. Im März 1976 wurden durch eine Explosion in einer anderen Grube dieser Gesellschaft 26 Bergleute getötet. Zwei Wochen später entschlossen sich die Bergleute der Grube in Stearns, sich der UMW anzuschließen und die Gültigkeit ihrer Verträge zu verlangen.

Die Verhandlungen mit der Blue Diamond wurden abgebrochen, als sich die Gesellschaft weigerte, den UMW-Verträgen für ein Sicherheitskomitee zuzustimmen und Zahlungen in den Gesundheits- und Rentenfonds der Gewerkschaft zu leisten.

Als die Kapitalisten den Streik nach sechs Monaten nicht brechen konnten, heuerten sie bewaffnete „Sicherheitsleute" an. Die begannen, auf die Arbeiter zu schießen. Die streikenden Bergarbeiter haben sich ebenfalls bewaffnet und die Streikposten mit Sandsäcken gesichert. Bis zum Juli gab es fünf Verwundete: vier davon waren „Sicherheitsbeamte".

Im Oktober, nach 15 Monaten Streik, kam es nach Gerichtsentscheiden gegen die Arbeiter (Begrenzung auf sechs Streikposten) zu einer weiteren blutigen Auseinandersetzung. Diesmal mit der Polizei von Kentucky.

Die Arbeiter überlassen der Polizei und den Streikbrechern nicht das Feld, sondern setzen sich zur Wehr. „Es erinnerte an die Krawalle der 60er Jahre, als die Bergleute ihre Knüppel auf die behelmte Polizei niedersausen ließen", berichtet ein Reporter der „Washington Post" über diese Auseinandersetzung. Gleichzeitig verhinderten die Frauen der Bergarbeiter durch Blokkade mit Hilfe von Autos die Heranführung der Reserven und weiterer Polizeikräfte.

Im Schnellverfahren wurden elf Arbeiter zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten verurteilt. Am 28. November kamen 37 Frauen vor Gericht wegen „Ruhestörung und Beschädigung von Staatseigentum".

Inzwischen bilden sich in den Vereinigten Staaten Unterstützungskomitees der streikenden Bergleute der Blue Diamond, die Aktionen durchführen zur Stärkung der Solidarität und für Unterstützung der Bergleute und ihrer Familien durch Geld sorgen. – (Z-Red.)

Die Energiepolitik des westdeutschen Monopolkapitals

VEBA, Siemens, BASF

VEBA-Konzern: Startposition gegen die Konkurrenz der US-Monopole

Die VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG) gibt es schon lange. Der preußische Staat gründete sie 1929 zur Zusammenfassung seiner sämtlichen Berg- und Hüttenwerke. Zum umsatzstärksten Konzern wurde sie jedoch erst, als die Bundesregierung die VEBA mit der Gelsenberg AG zusammenschloß und damit den Aufbau eines nationalen Energiekonzerns in Angriff nahm. Heute ist die VEBA der größte westdeutsche Konzern, der in der Erdölindustrie, Chemie, Elektrizitätswirtschaft und Handel/Transport an die 400 Betriebe und Gesellschaften betreibt oder maßgebend an ihnen beteiligt ist.

Der Aufbau der VEBA zum größten Energiekonzern ist Ergebnis und Teil der Politik, die die westdeutschen Regierungen seit der Krise 1966/67 betrieben haben. Die Antwort auf diese Krise war ein Programm der imperialistischen Expansion, das im Energiebereich abgesichert werden sollte durch die Erringung einer unabhängigeren Energieversorgung, zur Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten. Die Ausgangslage war, daß die amerikanischen Ölkonzerne den gesamten Ölhandel der BRD, von der Einfuhr des Öls über die Verarbeitung in den Raffinerien bis zur bescheidenen Förderung in der BRD in ihrem Besitz hatten und kontrollierten.

Der deutsche Imperialismus hatte immer Versuche unternommen, selbständigen Besitz an Ölquellen und Besitzerrechte an deren Förderung zu bekommen, und teilweise auch bekommen, aber durch die Niederlagen in den beiden Weltkriegen wurden alle Ansätze wieder zerschlagen. Nach dem letzten Weltkrieg nahmen die sechs großen amerikanischen Ölkonzerne die westdeutsche Ölindustrie vollständig unter ihre Kontrolle. Ein Programm der imperialistischen Expansion hatte jedoch ohne Sicherung der Energieversorgung keine Chance auf Verwirklichung. Die bestehenden Öl- und Energiekonzerne waren von sich aus zu schwach, um gegen die Konkurrenz der US- Monopole und auf dem Weltmarkt etwas auszurichten. Folgerichtig legte die Bundesregierung in ihrem Energieprogramm 1973 unter der Überschrift „Mineralöl: Sicherung der langfristigen Versorgung" fest: „In diesem Zusammenhang strebt die Bundesregierung die Neugruppierung der deutschen Mineralölinteressen an, wobei sie die VEBA AG für den geeigneten Kern für eine solche Neugruppierung hält." Weiter wurde in diesem Programm für die DEMINEX – die 1969 gegründete Erdölbohrgesellschaft, an der die Regierung und alle führenden Energiekonzerne beteiligt sind – ein Sonderprogramm von 575 Millionen DM beschlossen. „Die Bundesregierung hält es für notwendig, daß die Bundesrepublik als größtes Verbraucherland Europas an der weltweiten Aufgabe des Aufschlusses der für die Versorgung notwendigen Rohölmengen mitwirkt." Mit der DEMINEX sich Rechte auf Ölbohrungen erkämpfen, mit der VEBA den Transport in der BRD und die Verarbeitung sichern gegen die Konkurrenz der ausländischen Monopole –das steht seitdem mehr oder weniger offen in jedem Energieprogramm der Bundesregierung. Parallel wird der Flottenaufbau vorangetrieben. Die Krise hat die Bundesregierung veranlaßt, ihre Bemühungen um eine eigene Rohölbasis zu verstärken . . . Die Bundesregierung wird die DEMINEX als Instrument hierfür entsprechend ausstatten und einsetzen . . . DEMINEX mußte ihre Position in den Förderländern völlig neu aufbauen. Es ist ihr in der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens gelungen, in erdölgeologisch interessanten Räumen eine gute Startposition zu beziehen." (Erste Fortschreibung des Energieberichts) Bohren tut DEMINEX in fast allen Erdteilen: Nordsee, Nigeria, Nordafrika, Karibischer Raum, Peru, Kanada, Mittlerer und Ferner Osten. Ausgerichtet hat sie bisher noch nicht viel, nur im Thistle-Feld in der Nordsee ist sie jetzt mit 40% an der Ölförderung beteiligt, aber die Startlöcher sind gegraben.

VEBA ist an DEMINEX mit 51% beteiligt. Der entscheidende Durchbruch war der Zusammenschluß mit Gelsenberg AG 1974. 1973 hatte VEBA einen Umsatz von 12 Milliarden DM, Gelsenberg von 5 Milliarden. Heute hat die VEBA einen Gesamtumsatz von 27 Milliarden und liegt damit mit deutlichem Abstand vor allen anderen westdeutschen Monopolen. Die Konzentration großer Teile der westdeutschen Energiewirtschaft in einem Monopol, an dem der Staat die wesentlichen Anteile hat, ermöglichte es der westdeutschen Bourgeoisie, auf allen Gebieten der Erdölgewinnung und -verarbeitung eine Offensive einzuleiten. 1973 stellte die Bundesregierung in ihrem Energieprogramm noch fest: „Die deutsche Tankerposition ist energiepolitisch unbefriedigend." Heute weist die VEBA eine Tankerflotte mit einer Gesamttonnage von 1,4 Mio. tdw auf.

Auf allen Gebieten der Mineralöl- und Energiewirtschaft hat die VEBA wesentliche Beteiligungen. Jeweils knapp 30% an Ruhrkohle und Ruhrgas AG, 86% an der Preussag, 56% an ARAL usw. VEBA ist praktisch die Schaltstelle, von der aus die westdeutsche Monopolbourgeoisie über ihre Regierung Einfluß auf alle Gebiete der Erdölproduktion und -verarbeitung nehmen kann. Im Aufsichtsrat der VEBA hat sie einmal die Regierung selber plaziert, und zwar mit Karl-Otto Pöhl, dem Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Rohwedder vom Bundeswirtschaftsministerium und Schüler als Chef des Bundeskanzleramtes. Die Großbanken haben sich ihren Einfluß ebenfalls über Aufsichtsratssitze gesichert.

Die Konzentration des Kapitals im VEBA-Konzern ist gewaltig, aber mehr als eine Startposition im Kampf gegen die Vorherrschaft der US-Monopole auf dem Erdölmarkt und gegen die OPEC-Länder ist es noch nicht. Nach wie vor laufen zwei Drittel der Öleinfuhren in die BRD über US-Monopole und streichen US-Monopole aus zwei Drittel der Erdölververarbeitung den Profit ein. Die Zeichen für verschärften Konkurrenzkampf und Expansion sind aber gesetzt. – (Z-Red.)

In ihrem „Programm Energieforschung und Energietechnologie" schreibt die Bundesregierung: „Bei den Produktionskosten für Industriegüter spielen die Energiekosten eine wichtige Rolle. Aus diesem Grunde hat die Industrie auf dem Weg der Kostenoptimierung seit jeher eine Senkung des spezifischen Energieverbrauchs angestrebt. Bei den niedrigen Energiepreisen in der Vergangenheit waren allerdings Kostenoptimierung und Minimierung des Energieverbrauchs weniger als heute im Gleichklang." Was damit konkret gemeint ist, enthüllt ein Brief des Vorsitzenden des Sachverständigenrates Sievert vom Oktober an Rainer Barzel, Vorsitzender des Ausschußes für Wirtschaft des Deutschen Bundestages. Drosselung des Energieverbrauchs der Massen über Strom-, Heizungs-, Gas- und Kohlepreise, die die Massen zwingen, Sonntagsausfahrten einzustellen oder den einen oder anderen Tag die Wohnung kalt zu lassen. Gleichzeitig garantieren sie mit der Zahlung hoher Energiepreise die billige Energieversorgung der Kapitalisten, was deren Profitrate erhöht und ihre Bedingungen im Konkurrenzkampf verbessert. Neben dieser Seite der „Kostenoptimierung" für die Kapitalisten wird die Bundesregierung von diesem Jahr an gerechnet bis 1980 mindestens 6,5 Milliarden DM für Subventionszwecke und Forschungen für die Kapitalisten auf den Tisch legen.

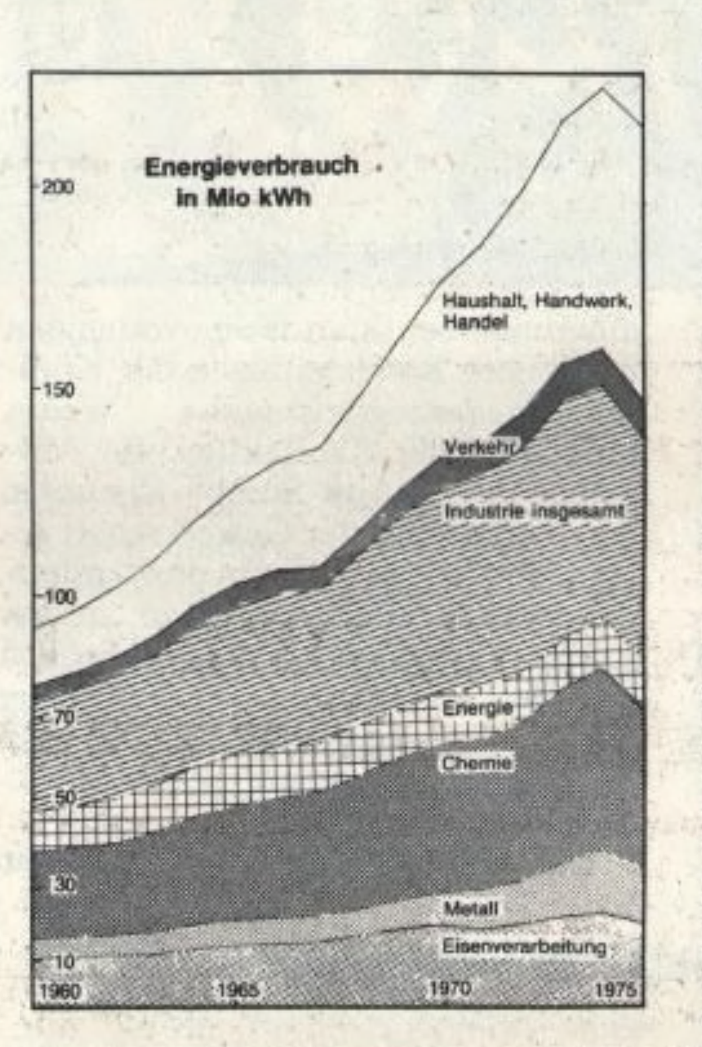
Verbrauch je Einwohner
(in kWh)

Jahr	Industrie	Haushalt
1960	1354	234
1965	1672	405
1970	2071	699
1971	2133	792
1972	2221	902
1973	2407	971
1974	2464	1029
1975	2273	1007

Die Kapitalisten lassen sich ihren Energieverbrauch über den Strompreis von den Volksmassen bezahlen. Nach den Tarifen für den Frankfurter Bereich mußten Haushalte 1976 0,40 DM je kWh zahlen, die Kapitalisten für „gewerbliche Zwecke" 0,09 Pfennig. Die Grundgebühren sind dabei unberücksichtigt. Rechnet man diesen Tarif auf den Verbrauch für die in der Tabelle für 1975 angebene Zahl aus, ergibt sich:

Industrieverbrauch zu Kapitalistentarif:	204,57 DM
Industrieverbrauch zu Haushaltstarif:	909,20 DM
Haushaltsverbrauch zu Kapitalistentarif:	90,63 DM
Haushaltsverbrauch zu Haushaltstarif:	402,80 DM

4,4mal mehr zahlen die Arbeiter und Volksmassen als die Kapitalisten für Elektrizität.



Jahr	Normalbenzin Tankstellenpreis in DM	Steuern in DM	Mineralölsteuern insgesamt in Mio DM
1970	0,55	0,40	11,5
1972	0,58	0,47	14,2
1973	0,61	0,45	16,6
1974	0,76	0,52	16,1
1975	0,82	0,52	17,1
1976	0,84	0,52	18,1

Brief des Vorsitzenden des Sachverständigenrates, Professor Dr. Olaf Sievert, vom 22. Oktober 1977 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Rainer Barzel

Sehr geehrter Herr Barzel!

. . . Die Hauptaufgabe der Energiepolitik sehen wir darin, die Volkswirtschaft rechtzeitig auf eine wahrscheinlich unausweichliche Verknappung des Erdöls – und später auch des Erdgases – einzustellen. Dies geschieht am besten über eine allmähliche, nötigenfalls steuerlich forcierte Erhöhung der Preise für diese Energieträger, damit ein zu steiler Anstieg dieser Preise, etwa in den späteren 80er Jahren, vermieden wird, der die kurzfristige Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft überfordern müßte. Eine staatlich bewirkte Erhöhung der Preise für die engpaßverdächtigen Energieträger Erdöl – und später Erdgas – würde über den Markt im Prinzip zwar auch auf die Preise für Energie aus anderen Energieträgern ausstrahlen. Ob und inwieweit es hier, insbesondere also beim Strompreis, zu einem solchen indirekt bewirkten Anstieg kommt, hängt jedoch davon ab, zu welchen Kosten das Angebot an Strom aus diesen anderen Energieträgern ausgeweitet werden kann. Auf absehbare Zeit läßt sich offensichtlich Kernenergie am billigsten produzieren. Ein rechtzeitiger Abbau der Hindernisse für eine Auweitung des Angebots an Energie aus Kernkraftwerken würde es also erlauben, beim Strompreis selbst dann ohne eine gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fallende Erhöhung auszukommen, wenn die Energiepolitik sich entschlösse, eine Verteuerung von Erdöl und Erdgas teilweise steuerlich zu bewirken. (. . .)

Mit verbindlicher Empfehlung
Prof. Dr. Olaf Sievert

Die Energiepolitik des BASF-Konzerns

Öl, Kohle und Gas haben für die Chemiekapitalisten doppelte Bedeutung: 1. Kann man durch die Produktion dieser Stoffe beträchtliche Profite machen, 2. stellen diese Stoffe wichtige Rohstoffe in der Chemieproduktion dar. Sie sind Bestandteil des konstanten Kapitals der Chemiekapitalisten. Der Preis dieser Rohstoffe hat also entscheidende Bedeutung für den Profit auf das insgesamt vorgeschossene Kapital. Sind diese Rohstoffe teuer, schlecht zu beschaffen oder womöglich teilweise überhaupt nicht ranzuschaffen, ist eine hohe Profitrate der Chemiekapitalisten extrem gefährdet.

Aus diesen Gründen ergibt sich die große Aufmerksamkeit die die BASF-Kapitalisten der Energiepolitik widmen.

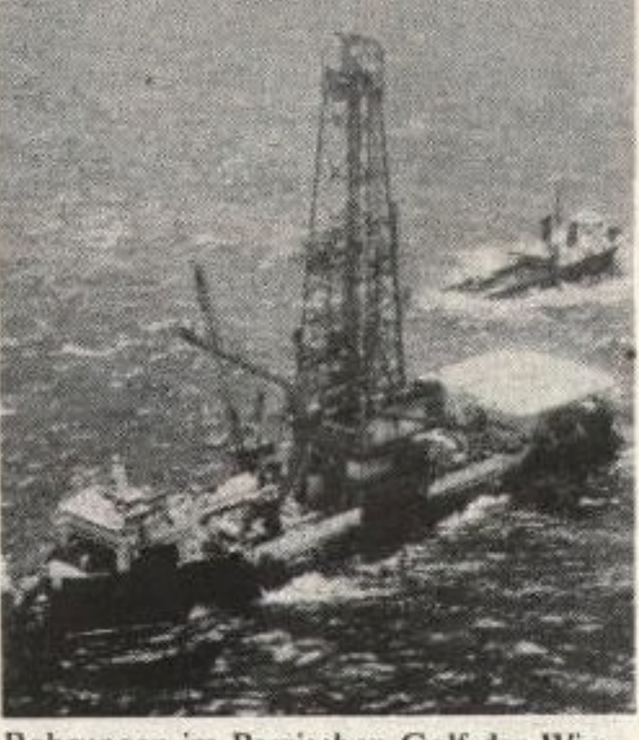
In den letzten Jahren sind die Chemiekapitalisten in das Geschäft mit der Energie und Kohle, Öl und Gas richtig eingestiegen.

Dampf und Strom, die notwendig sind, um die chemischen Reaktionen durchzuführen, werden bei der BASF vorwiegend aus Heizöl und Steinkohle erzeugt. Der Brennstoffbedarf wird folgendermaßen gedeckt:
30% wird aus überschüssiger Wärme bei chemischen Reaktionen, Gasrückständen etc. gewonnen.
30% werden gedeckt durch die Tochtergesellschaft Auguste Victoria, in der *Steinkohle* gefördert wird.
Und 40% werden gedeckt durch schweres *Heizöl*, das zu über die Hälfte durch die BASF-eigene Raffinerie in Mannheim geliefert wird.

Das BASF Kraftwerk Marl wird ebenfalls von der Gewerkschaft Auguste Victoria beliefert und zwar zu 100%.

Über 2/3 des dort erzeugten Stroms wird direkt an die BASF über die RWE-eigenen Stromleitungen nach Ludwigshafen weitergeleitet.

Auf verschiedene Art wird hier der BASF-Konzern durch den kapitalistischen Staatsapparat von konstantem Kapital entlastet: Einerseits wird die Steinkohle an Kraftwerke geliefert, nach dem 3. Verstromungsgesetz der Bundesregierung subventioniert. Über ein Drittel der Kosten werden vom Staat erstattet. Andererseits entlastet der bürgerliche Staat durch Erstellen des RWE-Stromnetzes den BASF-Kapitalisten die Kosten.


Bohrungen im Persischen Golf der Wintershall AG

Die Eigenversorgung und die Profitmacherei durch direkten Verkauf von Energieträgern muß jedoch strategisch gesichert sein. Und auch die BASF wirft sich auf das Ölgeschäft. 1968 hat sie die Wintershall AG gekauft. 1957 war die Wintershall AG zu 15,5% an der Erdöllieferung in der BRD beteiligt. 1970 nur noch zu 14,44%. Das bedeutet nicht, daß die BASF zurücksteckt, sondern daß sie Vorreiter ist in der Suche und im Raub der Erdölquellen anderer Staaten.

Die Wintershall AG ist Mitglied der 1969 ins Leben gerufenen Deminex, die die Aktivitäten der westdeutschen Erdölkonzerne nicht nur zusammenfaßt, sondern wo diese Aktivitäten vor allen Dingen staatlich subventioniert werden. Zu 18,5% ist die Wintershall AG beteiligt.

Die Wintershall AG treibt sich auf dem Erdball herum auf der Suche nach billigen Ölquellen für die Kapitalisten. Wintershall ist an Bohrungen und Konzessionen in Lybien, Dubai, Pakistan, Kanada, Peru und in der Nordsee beteiligt.

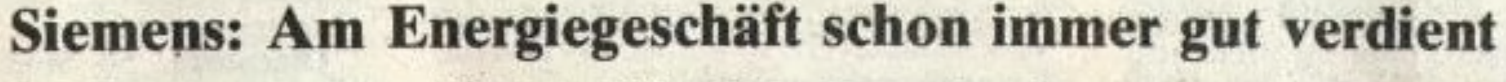
In das Netz der Pipelines in Westeuropa ist sie auch schon eingestiegen. Wenn auch die Beteiligung noch klein ist, sind jedoch die Anstrengungen, sich gegenüber den US-imperialistischen Ölkonzernen selbständig zu machen, groß. So ist die Wintershall AG am westeuropäischen Pipeline-Netz folgendermaßen beteiligt:

3,0 %	Rhein-Donau-Ölleitung
4,3 %	Societe du Pipeline Sud
3,0 %	Deutsche Transalpine

Die Suche nach Erdöl in anderen Ländern haben die BASF-Imperialisten in den letzten beiden Jahren kräftig erhöht: In der griechischen Ägäis waren sie fündig. In Sachen Erdgas an der holländischen Küste.

In den letzten Jahren betrug der Anteil am Umsatz des BASF-Konzerns, der durch das Geschäft mit Öl und Gas gemacht wurde, zwischen 15 und 18%.

Es ergeben sich viele Gründe für den Staatsapparat vorwärts zu machen im imperialistischen Energieprogramm und zu rüsten, damit die Quellen woanders womöglich militärisch erschlossen werden. Und es ergeben sich zahlreiche Gründe für den Staatsapparat die Ausplünderung zu steigern, um alles zur Verfügung zu halten, was die Kapitalisten an Stromleitungen, Subventionen etc. brauchen. – (Mi-Red)



Siemens: Am Energiegeschäft schon immer gut verdient

1975 wurde bei Siemens pro Beschäftigtem ein Umsatz erzielt von 68092, 1976 waren es 78996 DM, das ist eine Steigerung um rund 11000 DM. Das ist nur eine ungefähre Andeutung der Steigerung der Ausbeutung, da die Kapitalisten sich, ihre Antreiber und Schmarotzer in den Chef-Etagen auch zu Beschäftigten zählen. Hier ist auch nichts mit der rührigen Sicherung der Arbeitsplätze, mit denen die DGB-Führung ins Gefecht geschickt wurde. Zwischen 1970 bis 1977 ist die Zahl der Siemensarbeiter und Angestellten um 3300 zurückgegangen. Siemens hat einen eigenen Haustarif, sind wahre Meister in der Spaltung mit den hauseigenen Lohnabschlüssen, wollen sie 42000 Arbeiter und Angestelte aus der Front der bayerischen Metallarbeiter herausbrechen, und sie setzen diese Spaltung fort, vor allem über Leistungs- und Sonderzulagen. Ein Beispiel aus dem Standort Balanstraße, Masekopie. Eine Arbeiterin in Lohngruppe 5 bekommt einen Stundenlohn von 8 DM, von ihren Kolleginnen bekommt eine, ebenfalls Lohngruppe 5, bei gleicher Tätigkeit 8,80 DM, die andere in Lohngruppe 7 erhält 8,50. Der Lohn ist elend niedrig, bei 8,50 DM Stundenlohn bekommt die Arbeiterin 930 DM netto im Monat heraus. Bei 80 Arbeitern in Siemens Hoffmannstraße wurde der Akkordlohn in Zeitlohn umgewandelt, die Arbeit und der Lohn blieben gleich, dafür wurde vereinbart, daß es drei bis vier Jahre keine tarifliche Lohnerhöhung gibt.

Plettner, Vorstandsvorsitzender:

„. . . sind wir aber das Industrieland Europas, das weder über nennenswerte industrielle Rohstoffe und ausreichende Primärenergiequellen verfügt, noch – durch Klima und Bodenformation bedingt – in der Lage ist, bei Primärenergie 57% des Verbrauchs importiert, darunter 96% des Verbrauchs an Mineralöl."

Es ist die Aufforderung, dem BRD Imperialismus eine eigene Energiebasis aufzubauen. Seit dem 1. Januar besitzt Siemens alle Anteile der Kraftwerksunion. „Die Kraftwerksunion verfügt am 31.12.1976 über einen Auftragsvertrag von 26,1 Milliarden DM. Davon im Inlandsgeschäft 14,6 Mrd. DM, im Exportgeschäft 11,5 Mrd. DM." Weiter heißt es in dem Bericht an die Aktionärsversammlung: „Behindert waren Kernenergieanlagen im Werte von 7,4 Mrd., die zum Teil in Bau, zum Teil noch nicht in Bau sind." „Behindert" sagt der Kerl zartfühlend, der eben den Polizeiknüppel schwingen läßt, „behindert" durch den Kampf gegen das Energieprogramm, und damit muß jetzt aufgeräumt weden. Die Bourgeoispolitiker haben verstanden, die Sozialdemokraten haben ihre Freunde im DGB auf Vordermann gebracht und auf den Parteitagen von FDP und SPD wurden die Voraussetzungen geschaffen, um diese „Behinderungen" beiseitezuräumen. Gleichzeitig wird zum verschärften Kampf gegen den US-Imperialismus getrommelt und hier gibt es auch schon Lob für die Regierung:

„Was die Verhandlungen mit Brasilien angeht, freuen wir uns, daß die Bundesregierung auf die Einsprüche der Amerikaner eine feste Haltung zeigte . . ., zeigt die 50jährige Erfahrung, „daß von wenigen schlechten Jahren abgesehen, in diesem Geschäft immer gut verdient wurde". – (S-Red.)

Streiks vor Redaktionsschluß und in Großbetrieben bringen den Erfolg

„Da können die Setzer der Unterstützung der Drucker sicher sein."

Gegenwärtig wird auf Abteilungs-, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen die Organisierung des Vollstreiks diskutiert. In Hamburg kritisierte auf der außerordentlichen Delegiertenversammlung am Dienstag, den 6.12., ein Arbeiter von Springer/Ahrensburg, daß Großbetriebe noch ausgespart werden. Er vertrat, daß nur Streiks vor Redaktionsschluß und in Großbetrieben etwas bringen. Da könnten die Setzer der Unterstützung der Drucker sicher sein. Daß es mit Warnstreiks jetzt nicht mehr weiter geht, zeigt die Auslagerung der „Bergedorfer Zeitung" (Springer) zu Auerdruck (SPD), die aufgrund der Zersplitterungstaktik im Überraschungsangriff Erfolg hatte. Die Spätschicht bei Auerdruck hat dann sofort Beratung eingeleitet und zwei Stunden gestreikt, so daß die „Morgenpost" eine Stunde später rauskam.

Am Montag, dem 5. Dezember 77 hat die gesamte Belegschaft des Druckhauses Tempelhof in Westberlin für eine Stunde am Vormittag die Arbeit niedergelegt.

Am Dienstag, 6.12.77, fand bei Mercator/Westberlin eine Betriebsversammlung statt. Angekündigt war ein Videofilm über das Druckzentrum Stuttgart-Möhringen. Meyer (Verleger) erreichte eine halbe Stunde vorher eine einstweilige Verfügung, daß der Film nicht gezeigt werden dürfe (betriebsfremd). Ca. 50 Arbeiter haben sich nach der Betriebsversammlung den Film in einer Kneipe angesehen.

Nachdem der Verleger sich geweigert hatte, auf der Betriebsversammlung Stellung dazu zu nehmen, daß schon zwei Digiset (Fotosatzanlagen mit drei Millionen Belichtungen pro Stunde) bestellt sind, versammelten sich die Arbeiter der Spätschicht von der Setzerei und Korrekterei, um dies zu beraten.

Anweisungen der Geschäftsleitung, wieder an die Arbeit zu gehen, fruchteten nichts. Verleger Meyer mußte sich selber bemühen. Innerhalb von zehn Minuten war er da. Er bestritt sein Rationalisierungsvorhaben. Auf die Aufforderung des Betriebsrates, die Belegschaft umfassend zu informieren, beschimpfte er die Betriebsratsmitglieder als Lügner.

Ab Januar 1978 will der Druckkapitalist Fromm/Osnabrück „Schritt für Schritt" auf Fotosatz umstellen. Seine Vertreter ließ er am 5.12. auf der Betriebsversammlung erklären, daß zunächst der Personalstand beibehalten werden soll, „jedenfalls vorläufig". Im gleichen Atemzug redet die Geschäftsleitung davon, daß der Personalbestand jedoch so niedrig wie möglich gehalten werden soll, „Überstunden müssen weiter gemacht werden".

Für die Durchsetzung des Rastertarifvertrages hatten die Arbeiter nach dem Vorschlag der IG-Druck in der Anzeigensetzerei der Textmontage und Maschinensetzerei Versammlungen durchgeführt und seit mehreren Tagen keine Überstunden mehr gemacht.

Auf der Betriebsversammlung hat die Belegschaft verhandelt, daß absehbar ist: Ihre Forderungen lassen sich nicht durch Überstundenverweigerung durchsetzen, sondern nur durch Streik. Der Betriebsratsvorsitzende, der Mitglied im Landesvorstand der IG Druck ist, wurde aufgefordert, dies dort einzubringen. Eine Resolution für Streik wird jetzt in den Abteilungen beraten.

In verschiedenen Betrieben werden jetzt Unterschriften gesammelt für Resolutionen an die Tarifkommission, etliche Funktionäre haben schon Aufträge, was sie am Samstag vertreten sollen auf der Sitzung der Tarifkommission: Organisierung des Streiks für die Forderungen, deren Durchsetzung unabdingbar ist. Das ist die Beschränkung der Arbeit auf sieben Stunden und auf vier Stunden an den Bildschirmgeräten, die Übernahme aller betroffenen Arbeiter an neue Anlagen, und ihre Bezahlung nach dem Maschinensetzerlohn, wie es in den Manteltarifforderungen der IG Druck gefordert wird.

Die Druckkapitalisten sprechen jetzt davon, daß durch die Warnstreiks und die Überstundenverweigerung für sie „die Grenze des Leidens" erreicht wäre. Sie drohen mit Aussperrung.

Dabei wissen sie genau, daß das eine zweischneidige Sache ist. Eine Aussperrung von Druckarbeitern, auch nur in Teilbereichen, kann den Zusammenschluß der Druckarbeiter befördern und wie 1976 im Lohnkampf die Streikfront schließen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

Golf-Lieferungen in die DDR – Überstunden und Sonderschichten sollen erzwungen werden

Wolfsburg. Eine Anfrage bei den örtlichen VW-Händlern in der letzten Woche ergab, daß die Lieferzeiten für alle VW-Modelle verlängert worden sind. Für den Golf 50 PS beträgt die Lieferzeit drei bis vier Monate, für den Golf 70 PS gar sieben bis acht Monate, für Derby und Polo zwei bis drei Monate und für den Passat drei Monate. Die Entwicklung wird anhalten: Ab 4.12. sind die ersten Golf für die Lieferung in die DDR produziert worden. Insgesamt 10000 Stück will der VW-Vorstand laut Vertrag mit der DDR-Außenhandelsgesellschaft „Transportmaschinen Export-Import" bis Ende 1978 geliefert haben.

Dem Umfang nach macht dieser Auftrag etwa fünf Golf-Tagesproduktionen aus. Das ist nicht viel, aber die VW-Kapitalisten wittern fette Beute: „Schauen Sie mal nach Osten", zitiert der „Spiegel" den Vorstandsvorsitzenden Schmücker, „da sind noch riesige weiße Flecken auf unserer Landkarte." Am besten alles einverleiben, was auf „unserer" Landkarte drauf ist, mag er träumen. „Wenn man erst mal in einem Markt drin ist, dann geht es auch irgendwie weiter." Vorläufig geht es allerdings nicht so ohne weiteres weiter. Die 10000 Golf sind zwar schon verschachert, aber sie sind noch nicht produziert.

„Es macht Freude, in die Auftragsbücher zu schauen", schreibt die Verkaufsabteilung Schmückers in einer „Aktuellen Notiz" an die VW-Arbeiter. „Weniger erfreulich ist jedoch, daß wir die Lieferwünsche unserer Kunden im eigenen Haus und beim Händler nicht zeitlich erfüllen können."

Die Unerfreulichkeit besteht darin, daß zu lange Lieferzeiten Verlust von Marktanteilen an die Konkurrenz und damit Verlust von Möglichkeiten, den von den Arbeitern abgepreßten Mehrwert auch versilbern zu können, bedeuten. Schmücker mag die Fähigkeit zum Schacher haben, produzieren können nur die Arbeiter. Sechs Sonderschichten vor Weihnachten sind nach einer Umfrage des Betriebsrates von den Arbeitern abgelehnt worden. Allerdings werden „freiwillige" Überstunden gearbeitet. Seit dem 30.11. läuft ein Golf-Band in der Halle 12 täglich zwei Stunden länger und nach Auskunft des Betriebsrates hatten sich erneut bei einem einzigen Meister 50 Arbeiter für Dauernachtschicht in der Golf-Vormontage gemeldet. Die Arbeiter brauchen das Überstundengeld und die Nachtschichtzulage.

Bei der Untersuchung des Umfrageergebnisses zu den Sonderschichten stellte sich heraus, daß in den Abteilungen, wo der Krankheitsstand am höchsten, also die Arbeitshetze am schlimmsten ist oder wo verhältnismässig mehr Frauen arbeiten, die dazuverdienen, oder wo das Durchschnittsalter sehr gering ist, also viele Unverheiratete arbeiten, die vom Lohn keine Familie ernähren müssen, die wenigsten bereit waren, Sonderschichten zu arbeiten. Es sollen jetzt wieder neue Verhandlungen über Sonderschichten zwischen Schmücker und dem Betriebsrat anberaumt werden. Offensichtlich geht Schmücker davon aus, daß der gewachsene Druck auf den Reallohn auch die Spaltung unter den Arbeitern vertiefen wird.

Seine Verkaufsabteilung hat sich jetzt noch eine zusätzliche Gemeinheit ausgedacht, um die Arbeiter zu Sonderschichten zu pressen. Die Lieferzeiten für Autos an Werksangehörige sind drastisch verlängert worden. Diese Maßnahme ist darauf berechnet, daß die meisten VW-Arbeiter ihr Auto nach einem Jahr ohne Verlust verkaufen können, also jährlich neue Austos fahren, ohne Geld einzubüßen. Das geht jetzt nicht mehr. Werden die Wagen später als nach einem Jahr verkauft, büßt man Geld ein. Pünktlich verkaufen, ohne einen neuen Wagen zu haben, geht auch nicht, da im VW-Werk viele Pendler arbeiten, die ohne Auto gar nicht zur Arbeit kommen können. Damit dürfen allerdings Schmückers Fähigkeiten, selbst zum Schachern, nicht überschätzt werden. Was gehört schon dazu, die Schwierigkeiten der neuen Bourgeoisie in der DDR auszunutzen, die westliche Autos einführt, um die eigenen Reihen zu stärken, die vom Druck der Arbeiterklasse der DDR zersetzt werden. Die Golfs kosten in der DDR 30000 DM. Sie sind also nicht für die Arbeiter, sondern für die Bourgeoisie bestimmt, und sollen standhaft machen beim Geschäft der Ausbeutung. Und die Eigentumsordnung in der BRD sorgt dafür, daß das Produkt der VW-Arbeiter nicht ihnen, sondern ihren Ausbeutern gehört. Allerdings, die Arbeiter haben als einzige die Fähigkeit zur Produktion. Sie haben daher auch die Fähigkeit, die Produktion lahmzulegen im Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag und Beschränkung des Normalarbeitstages auf sieben Stunden. – (Betriebszelle Wolfsburg/Bezirk Südostnds.)

Ein dicker Weihnachtsbraten

Ein Kranelektriker auf der Klöckner-Hütte Bremen ist verheiratet, hat zwei Kinder und ist in Steuerklasse II. Im Mai 76 bekam er netto ausgezahlt 1864,64 DM. Vorher wurden ihm bereits 266,10 DM abgezogen an Lohnsteuer. Wer daherschwätzt, mit 1860 DM müsse die vierköpfige Familie gut über die Runden kommen, derjenige hat bestimmt in der Hosentasche ein prall gefülltes Portemonnaie, das ihm die Arbeiter füllen, von deren Ausbeutung er lebt. Wir haben errechnet, daß der Kranelektriker eine Jahresabschlußzahlung (13. Monatsgehalt) in Höhe von brutto 2048,48 DM erhält. Diese 2048 DM bekommt der Arbeiter aber nicht ausgezahlt, es wird „gefiltert". Auch der Staat und die Sozialversicherung verlagen ihren Tribut, ihr „Weihnachtsgeschenk". Abgezogen werden über 100 DM für Sozialversicherung und 304 DM Lohnsteuer. Ein anderer Kranelektriker in Steuerklasse I und ohne Kinder mit einem Jahresabschluß von 2619,34 DM zahlt 856 DM Steuern.

Berechnet wird diese Steuer wie folgt: Steuerpflichtiger Lohn vom 1.1. bis 31.10. multipliziert mit zwölf Monaten geteilt durch zehn Monate. Also 23132,71 mal 12, dividiert durch 10.

I.	
Jahreslohnsumme:	27759,25 DM
davon Lohnsteuer:	5527,00 DM
II.	
Jahreslohnsumme:	27759,25 DM
plus Jahresabschluß:	2619,34 DM
minus Freibetrag:	400,00 DM
	29978,59 DM
davon Lohnsteuer:	6383,00 DM

856 DM zahlt also der Arbeiter auf sein 13. Monatsgehalt. Diesen Angriff auf den Lohnbestandteil hat sich die Bourgeoisie gesetzlich absichern lassen durch die Festlegung, die Lohnsteuer wie den Freibetrag auf den Jahreslohn zu berechnen.

Einem Arbeiter wurde vom Jahresabschluß 854 DM an Lohnsteuer und 111 DM Sozialversicherung abgepreßt. Ein anderer Arbeiter wollte einem Abteilungsleiter an den Hals, weil ihm sein Jahresabschluß weggepfändet wurde bis auf 195 DM.

Der Jahresabschluß ist vorenthaltenes Lohngeld. Was hier geraubt wird vom Staat zwecks Subventionierung der Kapitalisten und Vorbereitung des Krieges ist für die Arbeiter Einschränkung ihrer Reproduktion. 32 Kranelektrikern wurden zusammen 16700 DM an Lohnsteuer vom Jahresabschluß abgezogen. Hochgerechnet auf den Gesamtbetrieb mit 6800 Beschäftigten ist die Beute des Staates rund 3 Millionen DM. Dafür müßte ein Arbeiter mit 2000 DM brutto 125 Jahre lang Schichten kloppen unter den übelsten Bedingungen.

Erklärtes Ziel der Kapitalisten ist, den Stahlarbeitern eine sechsmonatige Lohnpause aufzuzwingen, um dann den Lohn direkt zu senken. Eine Abteilung der Arbeiterklasse niedergerungen, wollen sie insgesamt die Arbeiter unter das Existenzminimum drücken bei gleichzeitiger schärfster Ausbeutung und Hetzerei. Grenzen ziehen kann nur der Kampf der Arbeiterklasse für den Siebenstundentag, für 1500 DM steuerfrei und für 220 Mark Lohnerhöhung für alle. – (Klöckner-Zelle Bremen/N-Red.)

Gegen die Erteilung von 21 Leistungsbescheiden in Höhe von je 5 384 DM für Räumungskosten bei Räumung des Lagers in Brokdorf, mit denen das Demonstrationsverbot in Brokdorf durchgesetzt werden soll, hat am Samstag in Itzehoe eine Kundgebung und Demonstration stattgefunden.



Aufgerufen hatten 18 von den Leistungsbescheiden Betroffene, die Bürgerinitiativen der Koordinierungskonferenz und eine Reihe von Resolutionen aus Betrieben, Gewerkschaften und Schulen haben die Aktion unterstützt. Ca. 700 Gegner des KKW Brokdorf zogen zur Polizeidirektion West in Itzehoe, wo die 18 Betroffenen gemeinsam einen Widerspruch abgaben in Form eines zwei-mal-drei Meter großen Transparents. Unter den Losungen „Sofortige Zurücknahme der Leistungsbescheide! Für uneingeschränktes Demonstrations-, Versammlungs- und Organisationsrecht! Streikrecht! Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner! Verhindern wir gemeinsam die Rückführung der Baumaschinen – Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!" zog die Demonstration weiter zum Berliner Platz, wo eine Kundgebung der Bürgerinitiativen und des KBW stattfand.

Betont wurde, daß es ein Erfolg ist, daß ein gemeinsames Vorgehen erreicht wurde. Obwohl viele Mitglieder und Sympatisanten des KB Nord selber wegen der Räumung des Lagers in Grohnde von Leistungsbescheiden bedroht sind, hat der KB Nord nicht unterstützt

Tarifkampf Druckindustrie

Am Samstag, 10.12. hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier Betriebsräte aus der ganzen BRD aus Druckereien und Verlagen zu einer Konferenz zusammengerufen, um die weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung des Tarifvertrages über die „neue Technik" zu beraten. Mehr als 300 Betriebsräte waren da.

Auf dem Treffen wurden die Überstundenverweigerungen und Warnstreiks beraten. Berichtet wurde, daß die Überstundenboykotts mehrheitlich befolgt worden sind.

Mehrheitlich wurde von den Betriebsräten gesagt, daß Schwerpunktstreiks als nächste Maßnahme ergriffen werden sollen. Gegenüber der Presse gab der Hauptvorstand bekannt, daß der Geschäftsführende Hauptvorstand „ermächtigt worden ist, weitere Kampfmaßnahmen zu beschließen, einzuleiten und durchzuführen". Am Dienstag, 13.12. findet der nächste Verhandlungstermin mit den Druckkapitalisten statt.

„Wir, Kollegen der zentralen Jugendgruppe der IG Druck und Papier, erklären unsere Solidarität mit dem Streik der Studenten

an Hochschule, Fachhochschulen und ZBW in Westberlin gegen das Hochschulrahmengesetz und den Referentenentwurf, sowie zur Verbesserung ihrer elenden materiellen Lage. (. . .) So sollen z.B. Techniker, die später im Interesse der Kapitalisten z.B. Photosatz entwickeln, nicht mehr danach fragen, was dies für die Arbeiter bedeutet, nämlich Rationalisierung, Arbeitsintensivierung und Entlassung.

Solche Techniker wollen wir nicht und erklären uns deshalb mit dem Kampf der Studenten solidarisch, die der weiteren reaktionären Formierung in ihrem Streik die richtige Antwort gegeben haben. Wir brauchen keine Intellektuellen, die staatskonform die Ausbeutung verbessern, sondern Intellektuelle, die sich auf unsere Seite stellen und ihre wissenschaftliche Erkenntnis in den Dienst der Arbeiter und Werktätigen stellen."

Der Streikrat Germanistik der FU Westberlin hat jetzt die Jugendgruppe der IG DruPa eingeladen, um über gemeinsamen Kampf und gegenseitige Unterstützung zu beraten.

Vertrauensleutesitzung John-Deere beschließt 190 DM für alle

Mannheim. John Deere. Ca. 80 – 100 Vertrauensleute waren auf der Vertrauensleutekörpersitzung und haben bei 7 Gegenstimmen 190 DM Festgeld für alle gefordert. Ein türkischer Betriebsrat und ein Vertrauensmann waren für 200 – 220 DM und Streichung der unteren Lohngruppen eingetreten. Die Jugendvertrauensleute fordern 200 DM.

Mannheim. Daimler Benz. Auf der Vertrauensleutesitzung bei Daimler Benz waren von 619 Vertrauensleuten ca. 350 – 400 anwesend. H. Lucy, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Mitglied der großen Tarifkommission und K. Feuerstein, ebenfalls Mitglied der großen Tarifkommission legten eine Resolution vor, die beinhaltet: Absicherung der Löhne; Forderung im Volumen von 9%, dabei soll die Verhandlungskommission Spielraum haben, um etwas für die Anhebung der unteren Lohngruppen rausholen zu können; 50 DM für die Auszubildenden. Die Vertrauenskörperleitung hatte sich ebenfalls einstimmig für eine Prozentforderung ausgesprochen.

VW-Lohntarifvertrag gekündigt

Am 6.12. hat die große Tarifkommission die Tarifverträge zum 31.1. gekündigt. Über die Forderungen soll erst im Januar beschlossen werden.

Wolfsburg, VW-Werk. 1978 soll in den VW-Werken ein Akkordsystem für Facharbeiter mit Namen WSS-System eingeführt werden. In den Zeitlohnabteilungen sollen Kolonnen gebildet werden, die nur bestimmte Arbeiten machen und danach in bestimmte Lohngruppen eingruppiert werden. Die jeweiligen Lohngruppen sind 100 %. Je nachdem, ob eine Kolonne die Vorgabezeiten unter- oder überschreitet, erhalten die Arbeiter Abzüge oder Zuschläge zu ihren Lohngruppen. Mit der Einführung des WSS-Systems ist die Abgruppierung von Facharbeitern ohne Änderungskündigung einfach durch Versetzung in eine andere Kolonne möglich. Der Betriebsrat will gegen diese Pläne eine Betreibsversammlung einberufen.

Wolfsburg. Untersuchungen in einer Facharbeiterabteilung bei VW haben ergeben, daß ca. 90% der Arbeiter 2 bis 5 Samstage und ca. 5 bis 10% zwischen 10 und 20 Samstage im Jahr arbeiten. Überstunden werden gelegentlich, wie jetzt, wo zwei Arbeiter wegen eines dringenden Teils in der Frühschicht um 2.30 Uhr anfangen und bis 14 Uhr arbeiten, gemacht.

Arbeiter bei Zeiss stellen Festgeldforderung auf

Göttingen. Zeiss. 24 von 25 Arbeiter einer Abteilung haben als Lohnforderung Festgeld von mindestens 200 Mark beschlossen.

Heidelberg. Teldix. Telegramm von 12 Arbeitern an die große Tarifkommission vom 7.12.: „Beschließt 200 DM für alle gleich und Streichung der Lohngruppen 1 – 3!"

Vertrauensleutekörper BBC zum Lohnkampf

Westberlin. AEG. Am 5.12. wurde auf der Vertrauensleutekörpersitzung bei BBC Berlin ein Brief an die Tarifkommission eingebracht, mit der Tarifforderung von 220 Mark Festgeld, Streichung der unteren Lohngruppen 1 bis 3, Verhandlungen über die 35 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich. Der Brief wurde verabschiedet, jedoch mit der Änderung der Tarifforderung. Mit 8 zu 7 Stimmen wurde ein Sockelbetrag von 100 Mark plus 4 % verabschiedet. Die restlichen Vertrauensleute stimmten für 220 Mark Festgeld.

Vertrauensleuteköprer Olympia

Wilhelmshaven. Am 8.12. war Vertrauensleutesitzung von Olympia Wilhelmshaven. Auf der Tagesordnung stand die Lohnforderung. Eine Abstimmung hat es nicht gegeben. Der IGM Bevollmächtigte Brauns hat 8 % vorgeschlagen, mindestens 110 DM. Dieser Vorschlag soll an die Tarifkommission weitergegeben werden.

Streik und Demonstration von 3000 Arbeitern

Witten. Ca. 3000 der 6000 Arbeiter bei der Thyssen Edelstahlwerke AG Witten, antworteten am Montag mit einem zweistündigen Streik auf eine „Absichtserklärung" des Vorstandes, die Produktion im Elektrostahlwerk zweistufenweise zu reduzieren und im Juli oder August ganz einzustellen. In Krefeld steht bereits derselbe Ofen mit einer Kapazität von 30000 t. Der Ofen (Kapazität bis zu 10000 t) war erst vor zwei Jahren für 26 Millionen DM aufgebaut worden, kurz bevor das Werk Thyssen übernommen wurde. Seitdem befürchten die Arbeiter, daß die Produktion ganz eingestellt und nach Krefeld verlegt wird. Nach einem Demonstrationszug über das Werksgelände zogen die Arbeiter durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus.

Massenentlassungen in der Bur-

Massenentlassungen in der Burbacher Hütte und Aufkauf des Neunkirchner Eisenwerks durch die Arbed Saarland

Saarbrücken. Am 6.12. hat der Aufsichtsrat der Stahlwerke Röchling-Burbach unter der Regie des luxemburgischen Arbed-Konzerns beschlossen: Stillegung, „offiziell auf Zeit", der Hochöfen und des Stahlwerkes im Werk Burbach. Dies betrifft 3500 Stahlarbeiter. 1100 sollen mit 55 verrentet werden, die anderen mit Abfindungen zum größten Teil zum 1.1.1978 entlassen werden. Im Werk Völklingen soll demnächst ein neues Oxygen-Stahlwerk gebaut werden. Dies wird ebenso zu Entlassung und zur Verschärfung der Ausbeutung führen. In beiden Werken ist bereits 1976 die Pro-Kopf-Produktion weiter gesteigert worden, bis über 10%. Die Arbed-Kapitalisten wollen die Aktienhälfte der Familie Röchling und das Neunkirchner Eisenwerk, derzeit im Besitz der Otto-Wolff-Eisenhütte aufkaufen. Aufsichtsratsvorsitzender Tesch gegenüber der Saarbrücker Zeitung: „Wenn an zwei Orten dasselbe Produkt hergestellt wird, ist es nicht sehr sinnvoll."

Chemiekapitalisten fordern Rücknahme der Manteltarifvertragskündigungen

Wiesbaden. Die Chemiekapitalisten fordern die IG Chemie auf, die Manteltarifvertragskündigung wegen der Kostensituation und der Ertragslage zurückzunehmen. Die IG Chemie fordert: Grundurlaub von 6 Wochen für alle – wöchentliche Arbeitszeit für Wochenschichtarbeiter soll bei vollem Lohnausgleich von 42 auf 40 Stunden verkürzt werden, ferner wird eine Verkürzung der allgemeinen wöchentlichen Arbeitszeit angestrebt; Arbeiter im Zweischichtsystem sollen eine 4%-Schichtzulage erhalten; für ältere Arbeiter soll bei Rationalisierungen Verdienstsicherung und bei Umsetzung der Effektivverdienst abgesichert sein. Der ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie findet vom 6. – 13. September 1980 in Mannheim statt.

Tödliche Unfälle bei der BASF Ludwigshafen

Ludwigshafen. Innerhalb von 1 Monat haben sich 3 tödliche Unfälle ereignet. Ein Arbeiter in der Abteilung W 58 starb durch Kohlenmonoxyd. Die Kapitalisten wollten es als Herzinfarkt ausgeben. Nachdem ein zweiter Kollege umkippte und ins Krankenhaus mußte, ging das nicht mehr. Am 2.12. stürzte ein 24jähriger mit einem Lastwagen in den Rhein und war tot. Am selben Tag wurde ein 23jähriger Chemiearbeiter in der Farben-und Hilfsmittelabteilung durch Blausäure getötet.

Bezahlung der Feiertage bei Merck

Darmstadt. Über Weihnachten bis Neujahr 1977 wird im Betrieb OF 3 bei Merck die Produktion abgestellt, die sonst vollkontinuierlich läuft. Diese Regelung haben die Arbeiter durchgesetzt. Gleichzeitig wurde „versprochen", daß der Lohn an den Feiertagen weitergezahlt wird. Die Geschäftsleitung wollte nicht zahlen. Bei einigen Arbeitern sollten 7 Tage nicht bezahlt werden. Die Arbeiter von 2 Schichten versammelten sich kurz bei Schichtende und beschlossen diese Lohnsenkung nicht hinzunehmen. Der Betriebsrat wurde beauftragt, sofort mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Ergebnis: Die ausfallende Arbeitszeit wird jetzt doch bezahlt.

„Eine Prozentforderung lehnen wir ab"

Elektroindustrie: Ohne hohe Festgeldforderung bleibt die ganze Branche vom Tarifkampf ausgeschlossen

Westberlin. Am 6.12. fand die Betriebsversammlung der Kleinmaschinenfabrik Brunnenstraße von AEG statt. 539 Arbeiter produzieren dort Elektromotoren. Die große Mehrheit der Arbeiter, angelernte und Facharbeiter, ist in den Lohngruppen 3 (Tarif: 7,03 DM) bis 5 (7,99 DM) eingestuft. Bei 173 Stunden im Monat ist das ein Bruttotariflohn von 1216,19 bzw. 1382,27 DM, netto weniger als 1000 DM, so daß die Arbeiter zu Akkordarbeit gezwungen sind. Bislang rechnen die Arbeiter im Durchschnitt mehr als 90 Minuten pro Stunde ab und kommen so auf 1800 bis 2000 DM brutto.

Das soll nach Auffassung der Geschäftsleitung im nächsten Jahr anders werden. Direktor Wasmuth kündigte auf der Betriebsversammlung an, die Löhne müßten überprüft werden, ob sie noch leistungsgerecht seien.

Über Entlassungen und Neueinstellungen haben sie es geschafft, einen großen Teil der Arbeiter in die Lohngruppe 3 einzustufen. Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, die Akkordzeit zu senken und Zulagen zu kürzen. Den Motorenwicklern, die sich aufgrund der schweren Arbeit eine Zulage erkämpft hatten, die von den Sozialdemokraten im Betriebsrat nicht einmal als Betriebsvereinbarung abgesichert wurde, wollten sie die Zulage vollständig streichen. Darauf sind 95 Arbeiter mit Unterstützung der IG Metall vors Arbeitsgericht gegangen. Herausgekommen ist ein Vergleich. Die Geschäftsleitung zahlt die Zulage weiter, „damit der Betriebsfriede erhalten bleibt" (Wasmuth), hat dafür aber das „Recht", neue Zeitmessungen durch-
bleibt" (Wasmuth), hat dafür aber das „Recht", neue Zeitmessungen durch-
zuführen. Diese Zeitmessungen wurden von der Geschäftsleitung vorerst aber wieder abgebrochen „wegen Zurückhaltung der Arbeitsleistung".

Die Bedingungen dafür, den Lohn über Herabgruppierungen und Akkordverschärfungen weiter zu senken, wollen die AEG-Telefunken-Kapitalisten im Lohnkampf verbessern. Ihre Devise lautet: Am besten überhaupt nichts zahlen und wenn schon zahlen, dann muß es ein niedriger Prozentabschluß sein, das spaltet und drückt weitere Teile der Arbeiter in die Lohngruppen 1 bis 3 (Tarif: 6,39 DM bis 7,04 DM). „Nicht zahlen, sondern kämpfen", dahinter steckt die Angst, ob die Front der Kapitalisten gegen einen Streik der Arbeiter halten wird. Daß die Arbeiter nur durch die Organisierung des Lohnstreiks eine weitere Lohnsenkung verhindern können, zeigen die offen vorgetragenen Lohnraubabsichten.

Die AEG-Telefunken-Kapitalisten müssen die Ausbeutung über eine Lohnsenkung verschärfen, um endlich einen „Durchbruch" in der imperialistischen Expansion mittels Kapitalexport zu erreichen. „Der Auslandsanteil beim Umsatz hat nun knapp 50% erreicht", erklärte der Vorstandsvorsitzende Cipa Anfang Dezember beim Pressegespräch in Westberlin. Aber: „Der Auslandsmarkt hat Probleme besonderer Art. Fast immer ist er in der Anfangsstufe ein Exportmarkt. Über ein gewisses Volumen heraus läßt er sich nur mit jeweils lokaler Produktion ausbauen ..." (Geschäftsbericht 76)

160000 Arbeiter und Angestellte arbeiten für den Profit von AEG-Tele-
160000 Arbeiter und Angestellte arbeiten für den Profit von AEG-Tele-
funken. Davon 130000 in Westdeutschland und Westberlin, 30000 in anderen, vor allem europäischen Ländern.

Der Siemens-Konzern dagegen hat es bereits dahin gebracht, ein Drittel aller Arbeiter und Angestellten im Ausland auszubeuten.

Die hohe Exportabhängigkeit bei geringer Möglichkeit, die Produktion ins Ausland zu verlegen, macht die AEG-Kapitalisten empfindlich gegen



jeden Streik. In der Großmaschinenfabrik Brunnenstraße z.B. produzieren die Arbeiter Turbinen, die in keinem anderen Werk hergestellt werden können. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Streik sind gut.

Sozialdemokratische Vertrauensleute im Betrieb, auf die Aufstellung einer Forderung angesprochen, erzählen, daß nicht viel drin sei, wegen der schlechten Auftragslage. Mit dieser Argumentation haben sie für den Stahlbereich 7% aufgestellt. Die Begründung plappern sie der Geschäftsleitung nach und die Forderung entspricht den Interessen der Geschäftsleitung.

Sieben Prozent würde für die große Mehrheit der Arbeiter in der Kleinmotorenfabrik zwischen 85 DM und 100 DM auf den Tarifbruttolohn und 120 DM bis 150 DM auf den Akkordlohn bedeuten. Darauf läßt sich keine Einheit für den notwendigen Streik herstellen. „Schon der letzte Tarifabschluß hat sich für uns als Lohnsenkung erwiesen. Deshalb muß dieses Jahr eine hohe Festgeldforderung aufgestellt und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden. Eine Festgeldforderung von 220 DM ist richtig, eine Prozentforderung lehnen wir ab", haben vier Arbeiter der Kleinmotorenfabrik in einem Brief an die „Metall" geschrieben.

Bei den Leistungslöhnern im Werk Drontheimer Str., die sich das ganze Jahr über erfolgreich gegen die Einführung von Akkordarbeit gewehrt haben, sieht es nicht anders aus. Die Facharbeiter sind in den Lohngruppen 5 (7,99 DM) bis 7 (9,59 DM) einge-
5 (7,99 DM) bis 7 (9,59 DM) einge-
stuft. Der Tarifbruttolohn beträgt also zwischen 1602,27 und 1879,07 DM. Über eine Leistungsbewertung, vierteljährlich, werden die Arbeiter vom Meister und Betriebsleiter nach Mengenleistung, Güteleistung, Einsetzbarkeit und wirtschaftlichen Verhalten eingestuft, kommen sie auf 1700 bis 2100 DM brutto. Seit diese Leistungsbewertung 1974 eingeführt wurde, wurden die tariflichen Lohnerhöhungen stets nur auf den Tariflohn angerechnet. Die Siebenprozentforderung entspräche also einer Bruttolohnerhöhung von 112,16 DM in Lohngruppe 5 und 131,53 DM in Lohngruppe 7. Eine Siebenprozentforderung spaltet also direkt die Masse der Facharbeiter ebenso wie die unteren Lohngruppen ab.

1200 Frauen, die im Werk Schwedenstraße Fernseher, Plattenspieler und Tonbänder produzieren, sind in den Lohngruppen 1 und 2 (6,39 bzw. 6,71) eingestuft. Die Abschaffung dieser Lohngruppen muß im Lohnkampf gefordert werden, soll nicht von vorneherein ein großer Teil der Arbeiterklasse in der Elektroindustrie abgespalten werden. Nur diese Forderung und eine hohe Festgeldforderung von 220 DM verhindert, daß im notwendigen Streik der Metallarbeiter die ganze Elektrobranche abgespalten wird.

Feuerwehrstreik

Der Finanzausschuß des englischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC hat vor einer Woche in fünfstündiger Sitzung beschlossen, dem Streik der Feuerwehrleute keine Unterstützung zu gewähren, und die Streikenden aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Antwort der gewerkschaftlichen Streikleitung war: „Wir wissen jetzt, wo wir stehen. Wir kämpfen gegen die Regierung und den TUC".

Tatsächlich ist die TUC-Führung in der letzten Woche zur wichtigsten Stütze der Labour-Regierung geworden. Callaghan hat sich nach dem letzten Angebot vor knapp 10 Tagen (Einführung der 42-Stundenwoche im November 1978, Lohnerhöhungen im März 1978 und das Versprechen, die Feuerwehr bei künftigen Lohnleitlinien nach 1978 herauszulassen) aus allen Gesprächen zurückgezogen und überläßt das Geschäft der Spaltung seinen Parteifreunden in der TUC-Führung.

Die haben ihre Aufgabe begriffen. Drei Tage nach dem Beschluß des Finanzausschusses ist TUC-Präsident Basnett mit einem Vorschlag herausgekommen, der „Lohnauseinandersetzungen wie bei den Feuerwehrleuten schwerer zu einem Streik werden lassen soll." (Guardian, 5.12.) Er fordert die Schaffung einer ständigen Regierungskommission zur Überprüfung der Löhne im öffentlichen Dienst. Worauf er hinaus will, ist klar. Der öffentliche Dienst soll das Streikrecht verlieren.

Schatzkanzler Healey hat sofort nachgesetzt. Mit ausdrücklicher Billigung Callaghans hat er angekündigt, daß es auch nach Ablauf der 10%-Lohnleitlinie im Juli keine Rückkehr zu freien Tarifverhandlungen geben wird, und hinzugefügt, daß der Vorschlag für die nächste Lohnleitlinie „am besten von den Gewerkschaften kommen sollte". (Daily Telegraph, 7.12.) Basnett arbeitet in dieselbe Richtung, indem er erklärt, freie Tarifverhandlungen habe es im öffentlichen Dienst sowieso nie gegeben, weil den Ausgaben der Regierung immer Grenzen gesetzt seien.

Richtig ist, daß die Feuerwehrleute jetzt nicht nur den Widerstand der Regierung, sondern auch der TUC-Führung brechen müssen. Doch die TUC-Führung ist nicht der TUC. Die Fire Brigade Union FBU erhält Unterstützung von Mitgliedern aller TUC-Gewerkschaften, und einige Einzelgewerkschaften stehen geschlossen auf ihrer Seite. Die Eisenbahner Gewerkschaft, die ihrerseits eine Lohnerhöhung von 60% fordert, und der FBU 5000 Pfund überwiesen. Die Gewerkschaften der Facharbeiter der Metallindustrie und Elektrik haben je 1000 Pfund gegeben. Das sind nur die Beschlüsse der letzten Tage. Insgesamt sind in London bisher 60000 Pfund gespendet worden. In den Städten mit großer Arbeiterschaft liegen die Spenden besonders hoch. 20000 Pfund sind allein in Liverpool in der Streikkasse. Obwohl die FBU keinen eigenen Streikfond besitzt und die Feuerwehrleute im Dezember kein Gehalt mehr bekommen, ist die Fortführung des Streiks damit für weitere Wochen gesichert.

Die Feuerwehrleute sind mehr denn je entschlossen, ihren Streik zu einem Erfolg werden zu lassen. Entscheidend dafür ist nach wie vor die Unterstützung durch den TUC. Deshalb fordern sie eine Sondersitzung des TUC-Gesamtvorstandes, auf der der Beschluß des Finanzausschusses aufgehoben werden soll. In zahlreichen Städten finden in diesen Tagen Kundgebungen und Demonstrationen dafür statt. In Liverpool hat der TUC-Bezirk zu einem Aktionstag mit Kundgebung und Demonstration aufgerufen und alle Gewerkschaften aufgefordert, mit den Fahnen ihrer Gewerkschaft aufzumarschieren.

Erste Erfolge sind bereits zu verzeichnen. So haben die Krankenwagenfahrer von Merseyside (Liverpool und Umgebung) mit einem 24-Stundenstreik eine Lohnerhöhung von 14% plus einer einmaligen Zahlung durchsetzen können. Das zeigt, daß ein Sieg möglich ist. Entscheidend dafür ist, daß die Arbeiterklasse in gemeinsamer Aktion die Spaltungsmanöver der Sozialdemokraten in der TUC-Führung zurückschlägt. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Es ist zu verhindern, daß jeder Lebenstag der Arbeiter zum Arbeitstag für die Kapitalisten wird

„Krankenkassen schwimmen in Geld. (...) Nach Hochrechnungen sollen sich aus Mitgliedsbeiträgen 1976 rund 3,6 Milliarden Mark Überschüsse ergeben, 1977 sollen es sogar fünf bis sechs Milliarden sein. (...) Ende 1975 hatten sie (die Kassen, Red.) noch einmal kräftig die Beitragskurbel gedreht. (...) Nicht zuletzt hielten, wegen der Wirtschaftsflaute, die Versicherten mit ihren Ansprüchen und die Ärzte mit ihren Leistungen und Verordnungen zurück." (Welt, 3.12.) Mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz will die Bourgeoisie in Sachen Sanierung ihrer Kriegskassen einen Zustand absichern, den sie bis dahin durchgesetzt hatte. Er ist Ausgangspunkt für neue Angriffe.

Krankenstand in Prozent	AOK gesamt	AOK Männer	AOK Frauen	BKK gesamt	BKK Männer	BKK Frauen
April 1976	6,8	6,7	7,0	8,4	8,2	8,8
September 1976	5,2	5,3	5,1	6,0	6,0	6,0
November 1976	5,6	5,6	5,6	7,2	7,1	7,4
Januar 1977	5,0	5,1	4,9	6,3	6,2	6,4
Mai 1977	5,6	5,5	5,7	7,0	6,8	7,3
Juni 1977	5,2	5,2	5,2	6,3	6,2	6,5

Systematisch wurde der Krankenstand gedrückt, am schärfsten bei den Betriebskrankenkassen. Dennoch liegt dort der Krankenstand höher, dazu liegt hier der Krankenstand der Frauen wesentlich über dem der Männer.

Man muß sich ansehen, wer Betriebskrankenkassen unterhält – die Kapitalisten, die die Ausbeutung am weitesten vorangetrieben haben: VW mit einem durchschnittlichen Krankenstand von 9,03% 1976, Salzgitter AG mit 8,15% und die Klöckner-Werke Georgsmarienhütte mit 8,58%.

„Bei Ford zu viele ‚Kranke'? (...) (Die Betriebskrankenkasse) ermittelte an Hand ihrer Unterlagen 19 Kassenärzte in Köln, die allzu schnell mit Arbeitsunfähigkeitsattesten bei der Hand gewesen sein sollen. Dann alarmierte die Betriebskrankenkasse die Kassenärztliche Vereinigung Köln. Diese prüfte die Beschwerde, befand sie für berechtigt und schickte den 19 Doktorkollegen einen grimmigen Ukas. Inhalt: Falls diese Ärzte wie bisher die meisten ihrer Patienten sofort arbeitsunfähig schrieben, müßten sie mit Schadensersatz von je 5000 Mark und schlimmstenfalls mit dem Entzug der Zulassung als Kassenarzt rechnen.

Sowohl die Betriebskrankenkasse des Autowerks als auch die Selbstverwaltungsorganisation der Kassenärzte zeigten sich überzeugt, daß eine Anzahl der von diesen Ärzten krank geschriebenen Ford-Mitarbeiter in Wahrheit nicht so krank gewesen sei, daß sie nicht mehr arbeiten konnten." (Weser-Kurier, 9.12.1977)

Auf den wachsenden Widerstand der Massen hat die IGM-Führung mit der Forderung nach Einheitsversicherung unter Staatsfuchtel reagiert, mit dem Zweck, die Bewegung in eine Sackgasse zu leiten. Die Arbeiterklasse wird nicht vergessen, wer ihnen gegenüber das Kostendämpfungsgesetz vertritt und es ausgeheckt hat. Sie kämpft dagegen.

Der Kampf gegen die Ruinierung der Arbeitskraft und für Bedingungen, unter denen sie wieder hergestellt werden kann, schließt die Forderung nach Verwaltung aller Versicherungen durch die Arbeiter selber und Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten ein. – (N-Red.)

Ehrenbergs Krankenhausfinanzierung

„... Die Krankenkassen haben Krankenhauspflege durch die Hochschule sowie die Krankenhäuser zu gewähren, die in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen sind oder die sich gegenüber den Krankenkassen hierzu bereit erklärt haben.

2. Die Landesverbände sind berechtigt, die Erklärung binnen 3 Monaten abzulehnen, wenn eine ausreichende, zweckmäßige und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit* des Krankenhauses wirtschaftliche Krankenhauspflege nicht gegeben ist oder die Ziele des Krankenhausbedarfsplans gefährdet werden." Dieser im Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz bereits verabschiedete §371 der Reichsversicherungsordnung (RVO) ist Grundlage für den nächsten Schlag, den Minister Ehrenberg gegen die Gesundheitsversorgung der Lohnabhängigen durch die Neufassung des „Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze" von 1972 landen will.

Er räumt den Kassen das Recht ein, die Leistungsfähigkeit jedes Krankenhauses zu überprüfen und somit die Aufnahme in den Krankenhausbedarfsplan. Der §11 a des neuen Krankenhausgesetzes legt fest, daß die Krankenhäuser nun 10% (früher 5%) der Investitionsgüter und 5% der Wiederbeschaffungsgüter aus eigenen Mitteln bezahlen müssen. Weil die Krankenhäuser jetzt Gewinne erwirtschaften müssen, wird der Rationalisierung und der Steigerung der Arbeitshetze in den Krankenhäusern Tor und Tür geöffnet, Pflegematerial an allen Ecken und Enden gespart werden. Denn die Krankenhausgesellschaften und die Kassen sind verpflichtet, „Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Krankenhausbetriebe insbesondere Orientierungsdaten für Personal- und Sachkosten aufzustellen und der Entwicklung anzupassen." Über „Jahreskrankenhausprogramme" wird über die Finanzierungsmittel zur Errichtung von Krankenhäusern festgestellt, (§6) und zielstrebig erreicht, daß Jahr für Jahr Krankenhäuser, die der „wirtschaftlichen Krankenhauspflege" nicht genügen, geschlossen werden. Das vorhandene Bettenangebot bestimmt die Verweildauer. „Das vorhandene Bettenangebot führt zu einer Verlängerung, ein nicht ausreichendes Bettenangebot zu einer Verkürzung der Verweildauer." Nach dieser Logik, wie sie im rheinland-pfälzischen Krankenhausbedarfsplan entwickelt ist, soll durch die Schließung der kleinen Krankenhäuser die Liegezeiten in den Krankenhäusern verkürzt und so mit Nachdruck die Lebenserwartung der Bevölkerung gedrückt werden.

Dieses Ehrenbergsche Gesetz läßt jede Gemeinheit zu: In der Debatte um das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz war schon die Rede von einer 100%igen Beteiligung an den Investitionskosten. Die Krankenkassen schwärmten in ihrem Zentralorgan „Die Ortskrankenkasse" von dem 24-Stunden-Bett amerikanischer Wöchnerinnen, die nicht wie in Westdeutschland durchschnittlich 7 Tage nach der Geburt in einer Klinik zubringen. Dieser Entwicklung kann nur durch erkämpfte Gesetze Einhalt geboten werden, die die Kapitalisten zwingen, die Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen und in denen die Arbeiter die Kassen selbst verwalten. – (Z-Red.)

Die Lohnforderungen auf dem Altar des „Vaterlandes“ opfern?

Gelingt es der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften, die gegenwärtigen Kämpfe ins Fahrwasser des Chauvinismus zu führen? Sie setzen alles daran. Der Lohnstopp in der Stahlindustrie wird bereits seit anderthalb Monaten praktiziert. Am Freitag sind die Verhandlungen erneut auf den 20. Dezember vertagt worden. Daß es den Stahlarbeitern an Kampfbereitschaft fehle, soll uns niemand auf die Nase binden wollen. 2000 Stahlarbeiter haben vorletzte Woche gegen die Entlassungen im Saarland demonstriert. Was mußten sie sich vom IGM-Bevollmächtigten sagen lassen? Statt einem Werk ganz sollten zwei Werke halb stillgelegt werden. 3000 Stahlarbeiter haben letzte Woche in Witten gegen drohende Entlassungen bei den Thyssen Edelstahlwerken gestreikt und demonstriert. Der Betriebsrat hat angekündigt, er wolle die Kostenrechnung des Vorstandes durch geeignete Fachleute überprüfen lassen. Das richtete sich nicht gegen den Thyssen-Konzern, sondern gegen die Belegschaft des Krefelder Edelstahlwerkes, wohin der Konzern die Wittener Produktion eventuell verlagern lassen will. Loderer betätigt sich gegenwärtig vor allem als Lobbyist der „Stahlindustrie“. In dieser Eigenschaft kommt er mit der Regierung glänzend zurecht. Dem „Handelsblatt“ hat er mitgeteilt, er sei angenehm überrascht von der „Aufgeschlossenheit und dem Verständnis, das Herr Lambsdorff für uns zeigte. Das war ein ganz anderer Lambsdorff, als wir ihn von früher kennen.“ Ein Herz und eine Seele mit der Regierung, wenn es um die Stahlindustrie geht, findet Loderer heftige Worte gegen die ausländischen Konkurrenten und kann sich auch dafür des Einverständnisses der Regierung und der Kapitalisten sicher sein:

„Europäische Gemeinschaft, das kann nicht länger heißen: Einer, nämlich die Bundesrepublik, zahlt, und die anderen kassieren. Wir werden doch von den Partnerländern dauernd angeschmiert. Wir dürfen uns nicht länger übervorteilen lassen. Jetzt müssen wir Druck auf Brüssel machen. Die EG muß völlig neu konzipiert werden.“ Vielleicht mit einem Arbeitsdirektor Loderer in einem Vereinigten Europäischen Stahlkontor unter deutscher Führung? Ohne Eugen Loderer zu nahe treten zu wollen: das hat es alles schon gegeben. Unter Hitler, als der Europa neukonzipierte. Gegenüber den Konkurrenten der deutschen Kapialisten legt also Loderer große Härte an den Tag, gegenüber den deutschen Stahlkapitalisten strotzt er vor Verbindlichkeit. „Die von der IG Metall geforderten 7% seien natürlich nur ein Einstieg in die Tarifrunde. Selbstverständlich werde zu diesem Satz nicht abgeschlossen.“

Während sich die Stahlkapitalisten gegenwärtig in bezug auf den Lohnkampf einfach tot stellen, weil die Sache für sie läuft, wie sie besser nicht laufen kann – der von ihnen geforderte Lohnstopp findet bereits statt –, trompeten die Metallkapitalisten ihre Absichten laut in die Welt hinaus. Vorgeschickt haben die Metallkapitalisten letzte Woche den Vizepräsidenten von Gesamtmetall und bayrischen Metallkapitalistenchef Wrede, 3,5% sei das Ziel, nicht etwa das erste Angebot. „Einen Kuhhandel wird es diesmal nicht geben.“ Die „Süddeutsche Zeitung“: „Von einer Lohnpause, wie sie unter Aspekten der Reallohnsicherung nach den Berechnungen des Verbandes wegen der steuerlichen Entlastung ebenfalls zu vertreten wäre, hält man bei den Metallarbeitgebern nichts, weil diese den Eindruck der Einmaligkeit erwecken würde.“ Die Metallkapitalisten haben aber keine einmalige Angelegenheit im Sinn. „Entzerrung der
legenheit im Sinn. „Entzerrung der
Lohnrelationen“ heißt der Schlachtruf. Bei einem Abschluß von 2,5%, der natürlich noch besser wäre als einer von 3,5%, bliebe sogar noch etwas übrig „zur zusätzlichen Anhebung von Verdiensten in höherqualifizierten Berufen“. Kein Zweifel, daß die Metallkapitalisten diesmal alles daran legen, die unteren Lohngruppen vollständig abzuspalten.

Aber wie in der Stahlindustrie versucht die Sozialdemokratie auch in der Metallindustrie den Kämpfen der Arbeiter die Stoßrichtung gegen andere Belegschaften und gegen die proletarische Solidarität zu geben. 1700 Arbeiter haben bei Magirus Deutz in Ulm am 5.12. gestreikt, weil das Gerücht umging, ein Bundeswehrauftrag ginge allein an Daimler-Benz. Die Sozialdemokratie schleuste Parolen wie folgende in den Streik: „Marktwirtschaft ja – Lobbywirtschaft nein.“ Die „Schwäbische Zeitung“ folgerte scharfsinnig: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht auch die Werksleitung voll hinter den Demonstrationen der Belegschaft.“

Aber man soll sich nicht täuschen. Oft setzten sich große Massen in Bewegung und hatten den Kopf noch voller Illusionen. Fortgeschrittene Teile der Arbeiterbewegung debattieren schon politische Forderungen wie Steuerfreibetrag von 1500 DM, 80% Arbeitslosengeld. Der 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich wird breit als Forderung erhoben. Die Arbeiterbewegung ist dabei, ihr Programm auszuarbeiten. Die Kapitalisten spielen mit hohem Einsatz.

Die Große Tarifkommission der drei Tarifbezirke für Baden-Württemberg hat inzwischen die Lohnforderung aufgestellt: 8%, Anhebung der Lohngruppe 1 und 2 auf die Höhe von Lohngruppe 3, tarifvertragliche Absicherung gegen Abgruppierungen im Rahmen der Analytischen Arbeitsplatzbewertung. Das ist eine echte Steinkühler-Forderung: ein Happen zum Anbeißen für die Arbeiter. Das ist die Anhebung der beiden unteren Lohngruppen und eine tarifvertragliche Festlegung gegen Abgruppierungen. Und dann mit den acht Prozent der Hinweis an die Kapitalisten, von wo her sie die ganze Sache aufrollen können. Man erinnert sich an die letztjährige Sockel- und Prozentforderung. Am Ende sind wie überall die 6,9% herausgekommen. Steinkühler hat, wie er sagte, die Faust in der Tasche geballt. Die Arbeiter werden jetzt prüfen müssen, was geht. Bei John Deere hatten die Vertrauensleute fast einstimmig 190 Mark gefordert. Welche Möglichkeiten bestehen, die Interessen der Metallarbeiter gegenüber der geplanten „Entzerrung der Lohnrelationen“ durchzusetzen? Auf jeden Fall reicht es nicht, die Lohngruppen 1 und 2 auf Lohngruppe 3 anzuheben. Die drei unteren Lohngruppen und die ent-
drei unteren Lohngruppen und die ent-
sprechenden Gehaltsgruppen müssen weg. Sie bringen noch keine 1200 DM brutto im Monat.

In dieser Woche sind die Betriebsversammlungen bei VW und Opel. Auch etliche andere Betriebsversammlungen finden statt. Die Arbeiterbewegung wird diese Versammlungen sicherlich nutzen. – (Z-Red.)

Ehrenberg „unbefriedigt“ Eine Sonderschicht und eine Überstunde für Ehrenberg

In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks (Stuttgart) erklärte der SPD-Politiker am Wochenende zwar, daß die Bundesregierung derzeit nicht plane, die Beitragssätze zur Rentenversicherung „generell zu erhöhen“. Es sei aber unbefriedigend, daß bei den Stahlarbeitern etwa ein Fünftel des Einkommens nicht als Berechnungsgrundlage für ihre Renten herangezogen werde, weil Nacht- und Überstunden bislang nicht beitragspflichtig seien. Eine Änderung w[illegible] auch der Re[illegible] [illegible] Frankfurter Rundschau, 5.12.

Eine bis drei Milliarden soll es bringen, daß alle Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, die bisher versicherungsfrei waren, in Zukunft beitragspflichtig sein sollen.

Bekam ein Stahlarbeiter bei den Klöckner-Werken in Bremen in Contischicht bei einem Stundenlohn von 11,76 DM bisher für zwei Sonntagsschichten rund 251 DM netto ausgezahlt, wären es in Zukunft nur noch 229 DM; 22 DM mehr streicht Ehrenberg allein von diesen beiden Sonntagsschichten ein.

Für den Stahlarbeiter, der in Contischicht bei Klöckner im Schnitt von fünf Monaten 2664,85 DM brutto verdient, bedeutete das Ehrenberg-Projekt einen Lohnverlust von 60 DM monatlich vom Nettolohn. Bekam er bisher rund 1834 DM netto, wären es in Zukunft nur noch 1774 DM.

Nur um diesen 60-DM-Coup auszugleichen, müßte der Stahlarbeiter, angenommen, er ist in Steuerklasse I, eine Lohnerhöhung von 120 DM Festgeld oder eine Lohnerhöhung von 5 Prozent erkämpfen.

Beim gegenwärtigen Stundenlohn von z.B. 11,76 DM müßte der Stahlarbeiter an 9 Tagen im Monat je eine Überstunde zusätzlich zu seiner Schicht schinden, um besagte 60 DM wieder reinzuholen.

Jeder Stahlarbeiter eine Sonderschicht und eine Überstunde für Ehrenberg! Damit der „„befriedigt“ ist.

Gegenwärtig prozessiert Ehrenberg dafür, daß man ihn nicht Lohnräuber nennen darf. – (Z-Red.)

Freiheitlich und anpassungsfähig

„Der Bundesvorsitzende der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Norbert Blüm, hat davor gewarnt, sich in der gegenwärtigen Tarifrunde an der, wie er sagte, Schimpfkanonade gegen die Gewerkschaften zu beteiligen.“ (Handelsblatt, 5.12.)

Solche Töne hat der Werkzeugmacher, Doktor der Philosophie und Aufsichtsratsmitglied vor 800 Betriebs- und Personalräten in Oberhausen losgelassen. „Bundeskonferenz der Sozialausschüsse“ nennt sich diese Zusammenkunft. An ihr nehmen führende Vertreter von DGB, DAG und Beamtenbund teil. Zweck war die Ausrichtung auf die bevorstehenden Lohnkämpfe und Betriebsratswahlen durch die christliche Reaktion. Die Linie, von welcher Blüm ausging, war: mit raffinierter Demagogie die Forderungen der Arbeiterklasse in ihr Gegenteil verkehren.

Nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung Schmidt „sei mit ihrer Lohnsteuerpolitik Lohntreiber Nummer eins“. An der Empörung über die Steueraus-
steuerpolitik Lohntreiber Nummer eins“. An der Empörung über die Steueraus-
plünderung angesetzt, um dann plötzlich von Lohntreiberei zu reden, ist Blüms Methode, die Tatsachen zu vernebeln, daß der Lohn nicht „getrieben“, sondern gedrückt worden ist von der Kapitalistenklasse, welche in den derzeitigen Lohnkämpfen hier einen großen Schlag vor hat. Dem soll Blüm den Boden bereiten, wenn er gegen „jede Maßlosigkeit in der Lohnpolitik“ wettert. Die 220 DM, wie sie jetzt nötig sind und von vielen Arbeitern gefordert werden, sollen vom Tisch.

Gegen die Steuerausplünderung propagiert Blüm natürlich nicht den Steuerfreibetrag von 1500 DM, sondern „Investivlohn“, d.h. Belegschaftsaktien und ähnliches. Der Betrug ist doppelt. Erstens soll der Wert der Arbeitskraft gedrückt werden. Zweitens sollen Lohnbestandteile den Kapitalisten zum Zwecke weiterer Rationalisierung und Expansion zur direkten Verfügung gestellt werden.

Eine dritte zentrale Forderung der Arbeiterbewegung muß auf jeden Fall auch noch zu Fall gebracht werden: 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich! Angesichts der Wucht, mit der sich die Einheit der Arbeiterklasse unter dieser Forderung entwickelt, ist Blüm zum Taktieren gezwungen: Es würde „an neuen Arbeitszeitverkürzungen kein Weg vorbeiführen“. Der christliche Reaktionär empfiehlt: „Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze“ als die „freiheitlichste und anpassungsfähigste Form“. Die Renten werden gedrückt, so besteht die Freiheit,
anpassungsfähigste Form“. Die Renten werden gedrückt, so besteht die Freiheit,
zu verhungern oder zu arbeiten, über die „flexible“ Grenze hinaus. Für den Kapitalisten besteht die „Flexibilität“ darin, sie nach Bedarf dicht zu machen. Der Ausdehnung der Lebensarbeitszeit ist keinerlei Schranke gezogen.

Ob Blüms Vorschläge greifen? Es ist mehr ein krampfhafter Versuch, die Arbeiterbewegung zu verwirren, den man nicht wirken lassen darf. – (M-Red.)

Beschlüsse zum Tarikkampf Öffentlicher Dienst

Hamburg. Die Betriebsgruppe des Hauptseminars 77-V, Schulkreiskonferenz 71 und 42 haben die Forderung nach 200 DM mindestens aufgestellt.

Lüneburg. Der AJLE unterstützt die Forderung nach 200 DM.

Hannover. 220 Mark fordern: ÖTV Arbeitskreis der Landesverwaltung, Fachgruppe kirchliche Mitarbeiter der ÖTV, die Beschäftigen beim Bevollmächtigten des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Hochschulbau. Außerdem fordern sie die 35-Stunden-Woche. Die Beschäftigten des Sozialamtes fordern 180 – 200 DM.

Bremen. Die Betriebsgruppe der Gesamtschule Süd-Ost hat einstimmig 220 DM Festgeld beschlossen. Die Vertrauensleuteversammlung Stadtbibliothek hat eine Festgeldforderung von 200 – 220 DM beschlossen.

Westberlin. Die Tarifkommission der Abteilung Senatsverwaltete Heime fordert 220 DM Festgeld. Der Bezirksjugendausschuss der ÖTV fordert im 1. Lehrjahr 80 DM im 2. Lehrjahr 70 DM, im 3. Lehrjahr 60 DM und im 4. Lehrjahr 50 DM, die DPG hat ähnliche Forderungen aufgestellt, deshalb wurde ein Treffen am 15. 12. ausgemacht.

Braunschweig. 220 DM fordern: Der Personalrat am Ausbildungsseminar, die Bereichsversammlung der ÖTV an der Technischen Universität, die gleiche Forderung wird vom Kreisjugendausschuss Northeim aufgestellt.

Fulda. Der AJLE fordert 220 DM für alle gleich.

Frankfurt. 220 DM fordern die ÖTV Betriebsgruppe am Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung, die Betriebsversammlung der Arbeiterwohlfahrt, die GEW-Schulgruppe der Gesamtschule Hofheim fordert 200 DM Festgeld, ebenso die GEW-Mitgliederversammlung Groß-Gerau und der AJLE Friedberg.

Wiesbaden. Der Landesausschuß junger Lehrer und Erzieher hat sich für 220 Mark Festgeld ausgesprochen.

Bergstraße. Der AJLE Bergstraße fordert 220 Mark und hat dies in einem Brief an Maihofer zum Ausdruck gebracht.

Köln. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Arbeiterwohlfahrt hat eine Forderung von 200 – 220 DM beschlossen. Am 21. 12. findet eine Betriebsversammlung der Arbeiterwohlfahrt statt. Die Vertrauensleuteversammlung Universität fordert 200 Mark, sie hat außerdem begrüßt, daß 15 Kollegen diese Forderung in einem Brief an Minister Maihofer aufgestellt haben.

Aachen. Die Mehrheit der Beschäftigten im Kindergarten des Klinikums der RWTH Aachen fordert in einem Brief an Maihofer 220 Mark.

Ludwigsburg. Die ÖTV Betriebsgruppe am Arbeitsamt fordert 200 DM und 11-monatige Laufzeit des Tarifvertrages.

Informationen aus der ÖTV Kreisverwaltung Frankfurt zum Ablauf der Tarifrunde

Frankfurt. In den Informationen der ÖTV-Kreisverwaltung für die Vertrauensleute wird für die „Tarifrunde 78“ folgender Ablauf angegeben:

Am 16.12. wird der geschäftsführende Hauptvorstand eine Diskussionsempfehlung verabschieden und diese anschließend „in der Öffentlichkeit als solche darstellen“. Am 12.1.1978 soll für den Kreis Frankfurt eine Vertrauensleutevollversammlung des Tarifbereiches Öffentlicher Dienst durchgeführt werden. Danach sollen in den einzelnen Betrieben und Bereichen Mitgliederversammlungen stattfinden, deren Ergebnisse nach Angaben des Geschäftsführers in weiteren Vertrauensleutevollversammlungen voraussichtlich am 2.2.1978 zusammengefaßt und an den Bezirk weitergegeben werden sollen. Am 10.2.1978 soll dann die Große Tarifkommission beschließen.

Brief von Lehrern an Maihofer

Dietzenbach. 24 Lehrer der Ernst-Reuter-Gesamtschule in Dietzenbach haben einen Brief an Maihofer geschickt. Es wird darin ausgerechnet, was 5 Lehrer bei dem 5,3%-Lohnraubabschluß bekommen haben, und gezeigt, daß der Schulrat z.B. das Dreifache eines Referendars hat. Schafft der Schulrat das Dreifache von einem Referendar? Vor allem, was macht er? Er setzt die Interessen der Schulaufsicht gegen die Lehrer durch, unterdrückt und bespitzelt sie. Die Forderung nach 220 Mark Festgeld wird in dem Brief erhoben.

Hildesheim. Elf Berufspraktikanten für Sozialarbeit aus Hildesheim und Hannover schickten einen Brief an den Innenminister Maihofer mit der Forderung 220 DM Festbetrag und Steuerfreibetrag von 1500 Mark. Für diese Forderung wollen sie jetzt Beschlüsse in ihren Betrieben fassen.

Einen Brief mit der gleichen Forderung sandten 27 Arbeiter, Angestellte, hilfswissenschaftliche Assistenen von der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hildesheim, an Innenminister Maihofer und zur Kenntnisnahme an den Landesinnenminister Gross, an das Klultusministerium, an den Regierungspräsidenten Hildesheim und an den Kreisvorstand der GEW und ÖTV.

„Stern“: Mehr Licht ins Dunkel der westdeutschen Abtreibungsszene

Fazit: Vor wie nach der Reform des § 218 haut es mit der Strafverfolgung nicht hin

„Die Frage ‚Wie war das bei Ihnen?‘ ist deshalb nicht weniger aktuell als vor elf Jahren. Denn niemand weiß genau, was der neue § 218 den Frauen wirklich gebracht hat. Noch immer fahren rund 60000 Frauen jedes Jahr nach Holland ...“, schreibt die Illustrierte „Stern“ in ihrer Ausgabe vom 1. Dezember. Sorge klingt aus diesen Sätzen heraus. Es ist die Sorge der Bourgeoisie über das Ergebnis der Verschärfung des § 218. Die Reform ist nicht nach Plan verlaufen. Deutlich wird das an den Zahlen über die Strafverfolgung von Abtreibungen: Ganze 19 Fälle wurden 1976, also im Jahr nach der Reform, in Niedersachsen aufgestöbert, im 1. Halbjahr 1977 waren es 14. Legt man auch nur die – viel zu niedrige – Zahl des „Stern“ zugrunde und nimmt für Niedersachsen eine Zahl von 5000 illegalen Abtreibungen jährlich an, so sieht man, was der Bourgeoisie Sorgen bereitet.

Das Schaubild über die Strafverfolgung von zur Abtreibung gezwungenen Frauen macht die Hintergründe der Reform deutlich:

Im Krisenjahr 1967 ist die Zahl der Abtreibungen sprunghaft angestiegen; die Bourgeoisie reagierte darauf mit Verschärfung der Strafverfolgung, 777 „Fälle“ gibt die Statistik der Landeskriminalpolizei als „bekanntgeworden“ an, 765 davon nennt sie „aufgeklärt“. Die Zahlen der folgenden Jahre zeigen, wie die Bougeoisie vor der erstarkenden Bewegung gegen den Abtreibungsparagrafen zurückweichen mußte: So wurden in Niedersachsen 1968 112, 1969 59, 1970 48, 1971 28, 1972 28 und 1973 22 „Fälle“ als „bekanntgeworden“ registriert; auch in den Krisenjahren 1974 und 1975, als jedes Bourgeoisblatt herauslassen mußte, daß die Zahl der illegalen Abtreibungen sprunghaft angestiegen war und dringend nach Reform schrie, auch in diesen Jahren stieg die Zahl der verfolgten Abtreibungen mit 29 und 30 nur gering an. Mit der Reform sollte die Verfolgung effektiver gemacht werden.

„Vor der Entscheidung steht die Beratung“ – so propagierten die Gesundheitsämter und sonstigen Arme des Staatsapparates den „neuen 218“ – gemeint war, daß die Beratung der Ausgangspunkt war für die Strafverfolgung. Der Zweck dieser Spitzelstellen wurde von der Bewegung gegen den § 218 schnell enthüllt – die Bourgeoisie fand sich vor das Problem gestellt, daß die Frauen weiterhin lieber andere Wege suchten, als sich in die Fänge des Staatsapparates zu begeben.

In dieser Lage ist es nun den Regierungssozialdemokraten gelungen, ihre führenden Parteifreunde in der Gewerkschaft für ihre Pläne in Gang zu setzen, mit dem Ruf nach „Reform der Reform“ des § 218, nach Verbesserung der Beratungsstellen, nach Erweiterung des Apparates. Unter der Überschrift „Reformabsicht des § 218 wird zu Lasten der Frau unterlaufen“ schreibt die Zeitung „Metall report“ der IG Metall im November 1976 als erste Bilanz: „Zum Beispiel die skandalöse Überforderung in vielen Beratungsstellen: ‚pro familia‘ muß in manchen seiner (zum Jahresende fast 100) Stellen in zwei Stunden bis zu 30

Polizeilich bekannt gewordene Fälle von Abtreibung in Niedersachsen



Frauen nach dem Gesetz beraten. Viele – durch zu knappe Mittel unterschiedlich ausgebildete – Mitarbeiter arbeiten bis Mitternacht. Die ebenso wichtige übrige Konfliktberatung und Aufklärung kommt zu kurz.“ Mehr Beratung – gründlichere Ausspitzelung – das ist das Rezept der Sozialdemokratie.

Die Bourgeoisie hat diesen Hinweis dankbar aufgegriffen: „Eine halbe Million Mark“, so schreibt der „Stern“ weiter, „läßt es sich nun die Bundesregierung kosten, um Licht ins Dunkel der westdeutschen Abtreibungsszene zu bringen. Sie berief ein Expertengremium aus Ärzten, Juristen, Sozialpädagogen, Fürsorgern und Gewerkschaftern ein. Die 15köpfige Kommission – sieben Frauen, acht Männer – ist tätig, um erstmals eine Bestandsaufnahme auf breiter Basis möglich zu machen.“

Das Ziel dieser „Bestandsaufnahme“ ist jetzt schon klar: Die Bewegung gegen den § 218 hat bisher verhindert, daß die Reform ihren gewünschten Erfolg brachte – die Bourgeoisie sinnt auf Abhilfe. Doch auch das halbe Million schwere Gremium wird ihr da nicht viel weiterhelfen. Denn die Arbeiterbewegung hat den Kampf gegen den § 218 aufgenommen. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier wurde über zwei Anträge gegen die Reform abgestimmt. Noch unterlegen ist diesmal der Antrag vom Landesbezirk Baden-Württemberg, der die ersatzlose Streichung des § 218 fordert. Angenommen wurde der von der Bundesfrauenkonferenz, der sich auch gegen die Reform wendet, und die Gewerkschaften auffordert, erneut die Debatte um die Fristenlösung zu führen. Bei dieser Debatte kann auch etwas anderes als Fristenlösung herauskommen, dafür sollte man sorgen. – (Bezirk Hannover)

Beschlüsse gegen die Fahrpreiserhöhungen

In Bremen und Bremerhaven sollen die Fahrpreise und andere kommunale Gebühren zum 1.1.78 erhöht werden.

11Beschäftigte des Rot-Kreuz-Krankenhauses Bremen schreiben einen Leserbrief an alle Tageszeitungen in Bremen und fordern in dem Brief die Gewerkschaften auf, die Arbeiter zum Kampf gegen die Erhöhungen zusammenzuschliessen.

Der ÖTV-Vertrauensleutekörper der Universität Bremen fordert die ÖTV und den DGB auf, sich gegen die Fahrpreiserhöhungen auszusprechen.

Die Basisgruppe des Schulzentrums im Ellener Feld fordert: Keine Fahrpreiserhöhung! Schienenblockade!

Eine Berufsschulklasse der Drucker faßte einen Beschluß gegen die Erhöhungen.

Der Ausbildungspersonalrat im Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße beschloß eine Unterschriftensammlung unter den Forderungen: Weg mit den Prozessen gegen Gegner der Fahrpreiserhöhungen! Einstellung aller Strafverfahren! Weg mit den Gebühren- und Tariferhöhungen! Weg mit den Fahrpreiserhöhungen!

Die Arbeitsgemeinschaft der Gerichtsreferendare in der ÖTV schrieb einen Brief an DGB und ÖTV gegen die Erhöhungen.

Sieben Familien eines Häuserblocks in Bremerhaven fordern der DGB auf, sich gegen die Fahrpreiserhöhungen auszusprechen.

Die Schiffbauerklasse SV773 des Berufsschulzentrums Bremerhaven beschließt, den DGB aufzufordern, gegen die Fahrpreiserhöhungen tätig zu werden.

Spaltungsmanöver des Schedener Gemeinderats – Einbau von Wasseruhren wird weiter bekämpft

Diejenigen, die sich geweigert haben, die Wasseruhren einbauen zu lassen, haben Bußgeldbescheide von 150 DM bekommen. Diese Zwangsmaßnahme soll bis zum Prozeßurteil, was im Februar zu erwarten ist, ausgesetzt werden. Für die Schedener bedeutet der Einbau von Wasseruhren eine Kostensteigerung bei Wasser um 214%, bei Abwasser um 315%. Der Rat der Schedener Gemeinde hat ein Spaltungsmanöver ausgekocht, um die Bewegung kleinzukriegen: Die Schedener sollen nach dem Einbau von Wasseruhren eine andere Gebührenhöhe bezahlen als die anderen Gemeinden. „Erst weniger Gebühren, dann müssen wir uns nach und nach an den hohen Preis gewöhnen", sagen die Schedener.

Fast 200 Arbeiter, Bauern und wenige Kleinbourgeois waren auf der Ratssitzung. Thies, der die Wasseruhren mit einem Installateur einbauen lassen wollte, wurde besonders angegriffen. Im Dorf (Thies wohnt in Scheden) beachtet ihn keiner mehr. Außerdem ist ein Schabernack geplant.

Gott ist teuer

Im Herrschaftsbereich der evangelischen Kirche „Nordelbien", das dem heutigen Hamburg und Schleswig-Holstein entspricht, sind derzeit 1277 Pastoren eingesetzt (die Religionslehrer nicht mitgezählt), um die Worte des Herrn zu verbreiten. Geht man von 3362600 Einwohnern aus, die 1970 noch der evangelischen Kirche angehört haben (inzwischen sind einige Tausend ausgetreten), so hat ein Pfaffe 2633 Schäfchen an der Kandare zu halten. Dafür wird er entsprechend A 12 bzw. A 13 Beamtengehalt bezahlt, was bei vier Kindern (so viele kann er sich damit im allgemeinen leisten) im Schnitt etwa 3500 Mark im Monat ausmacht. Bedenken wir die Vergünstigungen in Wohnung, Krankenversicherung und Altersvorsorge, so ist das ein erkleckliches und für das Seelenheil des Pfaffen erfreuliches Auskommen.

Ein Arbeiter dürfte im Schnitt 30 Mark Kirchensteuer im Monat bezahlen – das ist relativ niedrig gerechnet. Also bleiben 117 Arbeiter, um einem Pfaffen einen Monat lang die irdische Kraft zu geben, Überirdisches zu verbreiten und damit die Menschen zwar nicht satt, aber, so hofft er, glücklich in ihr Schicksal ergeben zu machen. Um allen 1277 Pastoren diese Möglichkeit zu geben, müssen 159309 Arbeiter einen Monat lang das Kirchensäckel füllen – eine stattliche Zahl, die der Größe des göttlichen Auftrags entspricht.

Und für kirchliche Notlagen, bei Versiegen der Quellen aus der Volksmassen Arbeitskraft, gibt es eine Garantie des Staates für des Pfaffen Lohn. Wer will da noch bestreiten, daß die Forderung, die der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm erhebt, eine aktuelle Aufgabe der Arbeiterbewegung ist? Die Forderung heißt:

„Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Vereinigungen ohne Ausnahme werden vom Staat als private Vereine behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen." – (Z-Red.)

Britische Besatzer: Die Soldaten werden entwürdigt, damit sie gegen die Völker gehetzt werden können

Osnabrück. „London bekommt Ulster in den Griff – friedliche Feiertage in Sicht" „Die britische Armee ist heute ohne Zweifel die beste Anti-Terrortruppe der Welt." („Die Welt" vom 9.11.) Ausgebildet wird diese Truppe in Osnabrück, wo die britischen Besatzer ihre Ausbildungskompanien haben. Sie sind Besatzer hier im Lande, sie werden als Besatzer nach Nordirland geschickt, gedrillt, den Kampf des Volkes um seine Freiheit zu unterdrücken, in Irland wie in Westdeutschland.

Warum gehen britische Jugendliche zur Armee? In England dauert eine Lehre fünf Jahre. Diese ganze Zeit müssen die Jugendlichen mit etwa 350 DM auskommen. Es wird ihnen erzählt, daß sie bei der Armee eine fachliche Qualifikation, zum Beispiel eine Elektrikerlehre, machen können. Nur, die fachliche Ausbildung in der Armee ist gleich Null. Die britischen Kapitalisten stellen kaum Leute von der Armee ein. Sind Facharbeiterstellen ausgeschrieben und man gibt an, man war fünf Jahre bei der Armee, ist die Stelle plötzlich schon besetzt. Viele sind gezwungen, in der Armee zu bleiben. Ein deutscher Arbeiter bei der britischen Armee berichtet:

20000 britische Soldaten sind in Osnabrück stationiert, sie werden dort für Nordirland ausgebildet. Ein Arbeiter bei der britischen Armee berichtet: „Die Soldaten bekommen 500 bis 600 DM reines Geld. Da ist der Verpflegungssatz abgezogen. In den Mannschaftsunterkünften war ich noch nie. Ein Teil der Mannschaften, die Verheirateten, wohnt außerhalb der Kaserne in Wohnblocks, meist zusammen mit den Sergeants.

Die Blocks stehen an den großen Ausfallstraßen oder in der Nähe, es ist sehr laut dort. Sieht alles heruntergekommen aus, hohe Maschenzäune drum, ein Ghetto. Die Offiziere wohnen in besseren Stadtteilen. In Einzel- oder Reihenhäusern mit kleinen Rasen- oder Gartenflächen. Die Offiziere haben einen Reitstall, wo die Mannschaften arbeiten müssen als Reitknechte. In den Kasernen sieht man häufig Soldaten, denen sie die Dienstgradabzeichen und die Kopfbedekkung weggenommen haben und die sie auf dem Marsch zur Küche gefechtsmäßig scheuchen. Es sind welche, die Disziplinarstrafen bekommen haben. Ich habe auch von meinen Kollegen gehört, daß die Soldaten gelegentlich auch geschlagen und getreten werden. Ich selbst habe schon ein paarmal mitgekriegt, wie sie aus der Stadt betrunkene Soldaten geholt haben. Die Military Police hat sie halbtot geprügelt, die bluteten wie wahnsinnig und wurden wie Schlachtvieh in die Sanitätswagen geschmissen. Die Frauen von den Soldaten werden oft ähnlich behandelt, ich meine das jetzt von der ärztlichen Versorgung her. Wenn sie hochschwanger sind, werden sie erst ganz spät von zu Hause mit diesen Sanitätswagen abgeholt, das nächste Militärhospital ist mehr als 50 km weit entfernt. (...)

Ich war schon öfter dabei, wenn die britische Armee Manöver gemacht hat, das betrifft meistens Bergen-Hohne und Sennelager. Wir haben im Zusammenhang mit den Manövern verschiedene Arbeiten zu erledigen. Da kriegt man mit, was da so läuft. Zum Beispiel das Küchenpersonal, das sind die ärmsten Teufel. Die müssen alles feldmäßig vorbereiten. Sind sie dann soweit, werden sie manchmal mittendrin zu Tarnarbeiten wegkommandiert. Wenn sie dann wieder zurückkommen, können sie manchmal von vorne anfangen, weil alles verdorben oder sonstwas ist. Die malochen bis in die Nacht hinein, auch die übrigen Soldaten kommen nächtelang nicht zum Schlafen. Die werden derartig fertig gemacht, daß sie einfach nicht mehr können. Da passieren viel Unfälle, allein wegen Einschlafen. Die Offiziere siehst du vor 11 Uhr morgens überhaupt nicht, die haben eigene Schlafzelte oder so Landrover, die zu Schlafwagen umgebaut wurden. Dann haben sie natürlich auch ihr eigenes Essenszelt.

Einmal habe ich erlebt, da wollten die Offiziere uns, d.h. die deutschen Arbeitskräfte freistellen, daß wir vom Manöver weg in die Stadt gehen können, abends. Das gleiche galt für die Sergeants. Aber die haben sich geweigert, haben gesagt, entweder für alle gleich, also auch für die Mannschaften, oder es geht keiner. Und da ging dann keiner.

In Sennelager wird das Spezialtraining für den Einsatz in Nordirland geprobt. Die haben dort so eine richtige Stadt aufgebaut. Sie üben Straßenkampf, Häuserkampf und Gebäudeumstellen. Immer bevor eine Einheit nach Nordirland abkommandiert wird, müssen sie dorthin. Ich hab gehört, daß einige von den Soldaten auch zur Bestrafung nach Nordirland müssen. Manche haben die Schnauze restlos voll. Die Mindestverpflichtung ist drei Jahre. Sie können zwar den Vertrag vorzeitig kündigen, aber dann müssen sie Konventionalstrafe zahlen."

Die britischen Besatzer sind eine Reserve der Reaktion in Westdeutschland. Im Volk nicht gern gesehen und von der Besatzungsmacht zusätzlich isoliert. Ihr Abzug muß erkämpft werden. – (Zelle Rosenplatz, Osnabrück-Emsland)

Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie – links? Der Schein trügt

Für Baustopp ist die schleswig-holsteinische SPD eingetreten trotz Parteitagsbeschluß, von kapitalistischen Krisen redet sie im kommunalpolitischen Programm der Kieler SPD und von demokratischem Sozialismus. Und die Grundwerte dieses demokratischen Sozialismus sind: „Freiheit von politischen und sozialen Zwängen, Gerechtigkeit für die Machtlosen, Solidarität mit den Schwachen und das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit." Schön klingt das!

Über die Widersprüche in diesem Land schreibt die SPD empört: „Der Gegensatz zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut in der BRD ist unerträglich." Und ständig ist das Reformkonzept in Gefahr durch „die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger ..." Sollten die Kieler Sozialdemokraten ihre Ansichten geändert haben? Sie sind doch sonst bekannt für ihre Politik der Ausplünderung der Volksmassen. Über Fahrpreiserhöhungen, Tariferhöhungen von Strom, Gas und Wasser, die Bespitzelung der Volksmassen durch die 218-Beratung, Demonstrationsverbote während der Kieler Woche und Verschärfung der Arbeitshetze im Öffentlichen Dienst. Gar nichts hat sich da geändert. Man muß nur genau lesen. Da heißt es nämlich weiter hinten: „In dem Maße, wie dies zur Erfüllung wichtiger städtischer Aufgaben unerläßlich ist, werden die Kieler Sozialdemokraten sich auch für eine Erhöhung städtischer Steuern und Gebühren einsetzen ... dabei werden wir darauf achten, daß vor einer Erhöhung öffentlicher Abgaben alle sinnvollen Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen ausgeschöpft werden." Die Massen sollen ihren Energieverbrauch einschränken. Behilflich dabei ist ihnen „eine Preisgestaltung, die einen Anreiz zur sparsamen Energieverwendung bietet."

Freiheit - was ist das anderes, als die Freiheit der Arbeiter, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wie auch die Freiheit der Kapitalisten, die Fabriken zu besitzen und die Arbeiter auszubeuten. Die Sache mit der Gerechtigkeit läuft auf die gerechte Verteilung des Elends hinaus: Wieso sollen die westdeutschen Arbeiter Lohnerhöhungen kriegen, wenn immer noch Millionen Menschen in der Dritten Welt hungern? Solidarität heißt „uns füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen". Wenn den Rentnern jetzt durch das Rentenanpassungsgesetz die Gelder gekürzt werden, warum sollen denn da nicht die Kinder aus Solidarität zahlen. Und Arbeit meint das Recht auf einen Arbeitsplatz. Na schön, warum nicht Zwangsarbeit mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

Je mehr die Revolution heranrückt, desto mehr müssen die Sozialdemokraten Sozialismus schreien. Um der Grundwerte und des Allgemeinwohls willen sollen die Arbeiterklasse und die Volksmassen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung hinnehmen, sollen ihre Interessen auf- und bei der SPD abgeben. Die Entwicklung des Klassenkampfes geht in eine andere Richtung. – (Bezirk Holstein)

„Werfthilfe" für die Kapitalisten

Als die Werftkapitalisten auf ihrer Jahrestagung des Verbandes Deutscher Schiffahrtsindustrie am 6.12. „schnelle Hilfe von den Politikern" wegen der „kritischen Auftragslage der Werften" fordern, hatte sich Ministerpräsident Stoltenberg schon erboten. In „besonderer Sorge und großer Bestürzung" des Landesvaters schrieb er einen Brief an Bundeskanzler Schmidt. „Wir können aufgrund der jüngsten ungünstigen Entwicklung vor allem in diesem Bereich Firmenzusammenbrüche oder Stillegungen nicht mehr ausschließen." Was der Bundesregierung für Stahl und Kohle recht, sei für den „für Schleswig-Holstein und andere Küstenländer so wichtigen Industriezweig" nur billig. 17,5 Prozent Neubauhilfe fordert Stoltenberg. Im Bundeshaushalt sind dafür nur 200 Mill. vorgesehen. Das Land Schleswig-Holstein habe „allein die bedrängten Werften mit Bürgschaften von über 152 Millionen DM einschließlich der fest gegebenen Zusagen gefördert und damit ein Neubauvolumen von 0,7 Milliarden DM und Arbeitsplätze von Zehntausenden von Werftarbeitern gesichert..." „Die Bundesregierung muß den Einsatz von Kapitalhilfen verstärken, um Schiffsneubauten der Entwicklungsländer auf deutschen Werften finanzieren zu können." Das hatte Stoltenberg schon am 3. Mai vor dem Landtag vertreten.

An Subventionen hat es im letzten Jahr nicht gefehlt. Am 21. November ist der Bauvertrag der sechs Fregatten zwischen Werftkapitalisten und Bundesregierung abgeschlossen worden. Bauen lassen sollen auch die Reeder. Sie erhielten dafür 1976 170 Millionen Reederhilfe und Neubauhilfen von 94 Millionen zusätzlicher Reeder- und Werfthilfen vom Bund. Gut und gern sind es ca. 600 Millionen Mark aus Steuern, die in den Rachen der Reeder und Werftkapitalisten gewandert sind. Kooperation und nationales Denken. „Die deutsche Flagge soll wettbewerbsfähig bleiben", fordert der neue Präsident Schües.

Aber es ist der Schlachtruf gegen die Arbeiterklasse. Schües hat nach all dem Pathos doch „als letztes, aber nicht unwichtiges Problem erkannt: Die „hausgemachten Schwierigkeiten" müssen beseitigt werden. Lockerung der „Starrheit der Vorschriften" Schiffssicherheitsaufwand und Vorschriften für Arbeitsschutz.

„Die Anpassungsmaßnahmen in der Industrie sowie die flankierenden Maßnahmen der Bundesregierung könnten langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften nicht sicherstellen. ... Bei Lohn- und Lohnnebenkosten habe die Werftindustrie im internationalen Vergleich inzwischen eine Spitzenposition erreicht."

Für die Reeder ist diese Lösung schon mit dem Heuerstop für die Seeleute erheblich erleichtert, um die „deutsche Flagge" hochzuhalten, der Bourgeois Schües kann schon von weiteren Maßnahmen träumen. Die Werftkapitalisten bereiten sich darauf vor.

International in scharfer Konkurrenz frohlocken sie über jedes Mißgeschick ihrer Konkurrenten. „Werft verliert Großauftrag" und „Briten bringen sieben Schiffe nicht unter" spekulierten sie vor zwei Wochen. „Die britische Regierung hat versucht, den peinlichen Eindruck zu verwischen, daß ihre staatliche Schiffbauindustrie British Shipbuilding offenbar nicht in der Lage ist, den in der vergangenen Woche unterzeichneten polnischen Auftrag im Gesamtwert von über 460 Millionen DM voll und termingerecht zu bewältigen", schreibt der „Weser Kurier" vom 29.11..

1700 Ausrüstungsarbeiter der Werft Swan Hunter sind für 28 DM mehr pro Woche in den Überstundenstreik getreten. Das steckt hinter diesen Überschriften und voll Sorge versteckt. Der Versuch, die Aufträge an andere Werften zu geben, scheiterte an der Solidarität der englischen Werftarbeiter. Sie erklärten, sie würden nicht an den Bulkern für Polen arbeiten, um ihren Kollegen von Swan Hunter nicht in den Rücken zu fallen. – (N-Red.)





Am 7. Dezember demonstrierten in Bremen (Bild links) und in Speyer (Bild rechts) je 2000 Arbeiter und Angestellte von VFW gegen die Rationalisierungs- und Entlassungsmaßnahmen der VFW-Kapitalisten und gegen die Fusionspläne mit MBB. In Speyer hatten sich die Drucker mit eigenem Transparent mit eingereiht, in Bremen wurden neben den vorherrschenden Appellen an den bürgerlichen Staat und seine Politiker Forderungen gegen Lohnabbau und Verschärfung der Arbeitshetze erhoben. Die kampferfahrenen VFW-Arbeiter beginnen eine Front gegen die Niederlagentaktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aufzubauen.

Bremer Vulkan: Sozialdemokratie sabotiert Aufstellung von einheitlicher Lohnforderung

Die sozialdemokratisch beherrschte Vertrauenskörperleitung des Bremer Vulkan hat eine Sitzung der Vertrauensleute zum 16.12. einberufen, obwohl die Tarifkommissionssitzung zur Beschlußfassung über Höhe und Art der Forderung für den Bezirk Bremen-Unterweser auf den 15.12. einberufen ist. Grund: Die Gewerkschaftssozialdemokratie konnte sich mit ihrem Vorhaben, die Festgeldforderungen und die Organisierung des Streiks mit einer zu niedrigen Forderung zu spalten, nicht durchsetzen. 130 DM ist ihre Forderung. Diese wurde von zwei Branchen (Schweißer und Schiffbauhalle) beschlossen. Die Tischler, Schiffbau/Maschinenbrenner beschlossen 200 DM und einen Brief an alle IGM-Vertrauenskörper im Unterwesergebiet. Die Schlosser 1 DM mehr die Stunde; Schiffbau/Profilhalle 150 DM. Die erste Jugendversammlung (220 Kollegen) 100 DM mehr, die zweite Jugendversammlung (120 Kollegen) 200 DM.

Es ist geplant, auf der am 13.12. stattfindenden Betriebsversammlung die 200-DM-Forderung abzustimmen und per Telegramm an die Tarifkommission zu leiten. Ferner die Vertrauensleute für die Durchführung einer Vertrauensleuteversammlung am 14.12. zu gewinnen.

Nachdem in der Branche Schiffbau/Maschinenbrenner eine 200-DM-Forderung aufgestellt worden war und einige Kandidaten zur IGM-Vertreterversammlung benannt wurden, versuchte die Sozialdemokratie mit einer kurzfristig angesetzten Gesamtschiffbaubranchenversammlung eine Stunde vor Termin das Ruder herumzureißen. Das gelang nicht. Die Sozialdemokraten mußten auf der Versammlung anerkennen, daß jede Schiffbaubranche selbständig ihre Forderung aufstellen kann.

Einführung der Orientierungsstufe Gott sei Dank sind die Lehrer mobil

Alle Fraktionen der bürgerlichen Parteien im Niedersächsischen Landtag haben am 23.11. dem Gesetz zur Einführung der Orientierungsstufe zugestimmt. Bis spätestens 1980 sollen die Orientierungsstufen überall in Niedersachsen eingerichtet sein, zu 70% sind sie bereits in „Betrieb“. Die Sozialdemokraten, die bei Einführung der Orientierungsstufe unter Oertzen ihre Absichten mit dem Geschwätz von „besserer und gerechterer Förderung aller Schüler auf dem Weg zur integrierten Gesamtschule“ zu bemänteln suchten, betonten, daß ihre Zustimmung nicht ohne Bedenken sei: „... der Erlaß des Kultusministers zur Orientierungsstufe könnte zu einem Selektionsinstrument werden“.

Die CDU, die damals gegen die SPD mit dem Schlachtruf zu Felde gezogen war, daß Schluß sein müsse mit dem „Experimentieren“ und „der Überforderung der Schüler“, ist heute davon überzeugt, daß man „... aus dieser Stufe durchaus eine gute Sache machen könne“ (Remmers). Was Remmers dabei im Auge hat, erläuterte er bei der Verhandlung seiner Gesetzesvorlage im Landtag. Ziel soll die „Entpolitisierung und Befriedung“ der Schule sein. Er will die „Unruhe bei Eltern und Schülern beseitigen, den Leistungsdruck abbauen und der Orientierungsstufe ein klares Profil und einen festen Rahmen geben“. Dazu gehört „das Nachvornholen der Berufsbildung“. „Wechsel in der Differenzierung“ sollen dazu vorgenommen werden, so Remmers in der Sendung „Niedersachsen heute“ am 22.11.

Die Aussiebung für die „differenzierten“ Bedürfnisse des kapitalistischen Produktionsprozesses geht noch nicht flott genug. Der Druck des Notensystems durch die „Förder-, A-, B- und C-Kurse“, „Grob- und Feindifferenzierung“ muß verschärft werden.

Die „Befriedung“ denkt sich Remmers so, daß die Empörung der Eltern und Schüler gegen die Schulunterdrückung sich statt gegen das Notensystem und den bürgerlichen Staat gegen die Lehrer richten soll. Remmers, der durch neuen Erlaß die Lehrer zwingen will, nun auch mündliche Noten schriftlich der Kontrolle durch die Schulaufsicht zugänglich zu machen, heuchelt Verständnis „gegenüber den Problemen, die es noch gibt“, die Schüler sollen sich beim Übergang in die Orientierungsstufe nicht auch noch an neue Lehrer gewöhnen müssen, „die Rolle des Klassenlehrers muß gestärkt werden“. Den Lehrern soll die Abordnung an die Orientierungsstufen in ihrer „gestärkten Rolle“ als Schutz vor den unvernünftigen und übertriebenen Erwartungen empörter Eltern schmackhaft gemacht werden. Zum Glück sieht das Beamtenrecht die erforderliche Mobilität der Lehrer, die zu ihrer Versetzung an die Orientierungsstufen nötig ist, bereits vor, bewährt bei Strafversetzungen, wie sie von den Regierungspräsidenten „verfügt“ wurden gegen Lehrer, die keine Fünfen und Sechsen mehr geben wollen.

Gymnasium: ...

Volksschule: ...

EINHEITSSCHULE BIS ZUM 18. LEBENSJAHR

So regelt der § 31 (Abordnung) des Niedersächsischen Beamtenrechts: „Der Beamte kann vorübergehend zu einer seinem Amt entsprechenden Tätigkeit an eine andere Dienststelle abgeordnet werden, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht.“ Die Zustimmung der Lehrer ist bloß erforderlich, wenn „die Abordnung die Dauer eines Jahres übersteigt“ oder die Versetzung in einen anderen Regierungsbezirk vorgesehen ist. Ist der Lehrer noch „Beamter auf Probe“, kann die Versetzung für zwei Jahre ohne und gegen die Zustimmung der Lehrer erfolgen, lange genug, hofft die Dienstaufsicht, um solche Aufmüpfigen zur Räson zu bringen. Remmers, der mit der vollständigen Einführung der Orientierungsstufe auf diese Weise „Entpolitisierung und Befriedung“ der Schulen erhofft, wird sich den Zusammenschluß von Schülern und Eltern gegen die Strafversetzung von fortschrittlichen Lehrern einhandeln. Der Kampf gegen die Entrechtung durch das Beamtenrecht und das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst wird geführt und findet Unterstützung. – (Bezirk Südostnds.)

Milchboykott an 20 Braunschweiger Schulen

An der Sidonienschule sind die Preise für Milchprodukte der Firma Hansano vor zwei Wochen innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Mal um fünf Pfennig erhöht worden. Die Schülervertretung faßte daraufhin folgenden Beschluß: „Die Milch wurde innerhalb kurzer Zeit zweimal erhöht. Normale Arbeiterfamilien können das für ihre Kinder nicht mehr aufbringen. Deshalb Boykott! Es sollen keine Milchprodukte mehr gekauft werden.“ Seit etwa einer Woche boykottieren die Schüler an der IGS Braunschweig und an 20 weiteren Braunschweiger Schulen die Molkereiprodukte. Die Schülerräte der Schulen organisieren selbst einen Verkauf von Milch und Kakao zu Preisen, die wesentlich unter denen der Firma Hansano liegen.

Schüler kämpfen gegen Notenterror

Hamburg. Am 10.10. sollte in der Stufe 13 des Waldörfer Gymnasiums eine Englischarbeit geschrieben werden. Diese Arbeit wurde von allen Schülern des Englisch-Grundkurses verweigert, weil sie die Arbeit für total unverständlich hielten. Die Schüler sollten alle eine Sechs bekommen. Seitdem hat sich im ganzen Schulbezirk der Widerstand gegen den Notenterror entwickelt.

Zur Durchsetzung der Forderungen: Rücknahme aller Sechsen – Keine Bestrafung von Schülern, die streiken – Zwei neue verständliche Zentralarbeiten in der 13 I ist am Waldörfer Gymnasium am 7.12. von der Initiativgruppe ein Flugblatt verteilt worden. Darin heißt es: „... Viele Lehrer fürchten, mächtig ins Schleudern zu kommen, wenn sie nicht mehr alleine über die Notengebung entscheiden können ... Wir können dagegen nur mit Druck die Rücknahme erreichen. Deshalb fordern wir: Wenn bis Freitag nicht die Sechsen zurückgenommen sind, muß am Dienstag ein Warnstreik in der Englischstunde durchgeführt werden. Wir dürfen uns nicht durch „organisatorische Probleme“ abhalten lassen! Denn wenn ein Schüler einen Verweis bekommen soll, geht es ja auch ruck-zuck ...“

Der Schülerrat des Gymnasiums Fischbek unterstützt den Kampf gegen die Sechsen und hat die Unterschriftenliste unterschrieben. Er sammelt weitere Unterschriften. Auch der Schülerrat am Gymnasium Kirchdorf will Unterschriften sammeln.

Schüler sollen vier km zu Fuß gehen, Remmers will Transportkosten senken

53,6% der Schüler von elf untersuchten Grundschulen haben die Freiheit, Transportkosten zur Schule zu beantragen. Das hat der Landesrechnungshof Niedersachsen in einer Untersuchung festgestellt. „Die Schülertransportkosten müssen gesenkt werden“, Kultusminister Remmers hat die Vorschläge des Rechnungshofes sofort unterstützt. „In seinem Ministerium werde bereits an Vorschlägen gearbeitet, wie auch an kleinen Schulen, die intakt und ohne Funktion sind, der Unterricht nach modernen pädagogischen Gesichtspunkten gestaltet werden kann.“ „Jährliche Ersparnis: 71386 DM.“

„Fahrten zwischen einzelnen Schulstätten, wie Sportplatz und Schwimmhalle, sowie Fahrten unter zwei Kilometer, die teilweise erstattet werden ... sollen über den allgemeinen Linienverkehr abgewickelt werden.“ Was das heißt, hat uns eine Mutter in Hannover gesagt: „Wenn meine drei schulpflichtigen Kinder einmal die Woche von der Schule aus schwimmen gehen, kostet mich das mit Fahrtkosten und Eintritt 28 DM.“

Bisher haben Schüler Anspruch auf kostenlosen Transport bis zur 10. Klasse, wenn der Schulweg länger als zwei Kilometer ist, das soll abgeschafft werden: „Schüler der 5.–7. Klasse ist ein Schulweg von drei km und der 8. Klasse von vier km zuzumuten.“ (Weserkurier, 8.12.77)

Neue Abiturprüfungsordnung in Braunschweig

Braunschweig. Am nächsten Abitur im Sommer soll eine neue Abiturordnung in Kraft treten, die nach Aussagen von GEW-Vertretern u.a. folgende Punkte enthält:

1. die Prüfung kann nicht mehr wie bisher vom Prüfungsdezernenten abgenommen werden, sondern auch von einem Schulleiter einer beliebigen anderen Schule, zusätzlich zu den Schulleitern derselben Schulen. Das Recht auf eigene Prüfungsfragen ist ausdrücklich festgehalten, d.h. der Prüfling kann selber fragen.
2. Die Zensurenvergabe erfährt folgende Regelung: Der Lehrer, der z.B. eine schriftliche Arbeit zensiert, braucht nicht mehr darüber informiert zu werden, wenn die Prüfungsausschußleiter die Zensur verändert.
3. Der Ausschußleiter braucht lediglich eine schriftliche Begründung vorzulegen, damit ist die Zensur festgelegt. Der Referentenentwurf des Kultusministers soll ab 1.2.78 in Kraft treten. An die Schulleiter ist gegangen, daß sie die Abgangsschüler so organisieren, daß danach in der nächsten Prüfung verfahren werden kann.
4. Der Vorsitzende der Prüfung hat außerdem das Recht, die Zensur zu ändern, selbst wenn alle anderen Prüfer dagegen sind.

Begründung: um eine einheitliche Bewertung zu erhalten.

Die kleinen Beamten – eine starke Kraft für Festgeldforderungen

Gerade in der gegenwärtigen Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe wird bestimmt versucht, im öffentlichen Dienst die Spaltungsmöglichkeit, die durch das Beamtenrecht geschaffen ist, zu betätigen. Es gibt ja auch nicht nur die Gefahr der Spaltung, sondern auch schon Organisationen der Spalterei, den Bamtenbund und die DAG; und die sozialdemokratisch beherrschte ÖTV stürzt sich auch mit Begeisterung auf jede Möglichkeit des Ablenkungskampfes.

In so einer Lage ist es wichtig, zu prüfen, wie gerade in der Lohnbewegung der tatsächliche Interessenzusammenhang der dienstrechtlich dreigespaltenen Belegschaften gewahrt werden kann. Wir sind der Sache nachgegangen und auf ein Ergebnis gekommen, das uns auf den ersten Blick überrascht hat.

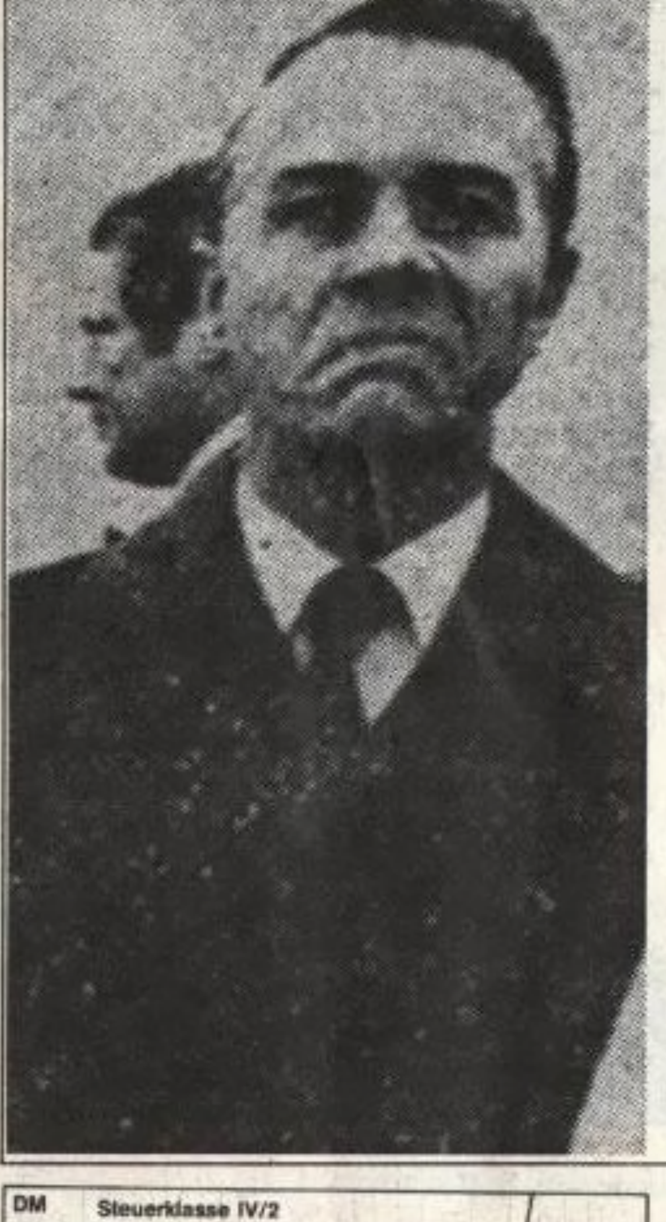
Die Tarife, nach denen die Beamten besoldet werden, sind vergleichsweise niedrig. Ihnen wird stets vorgehalten, daß sie auch keine Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung zu zahlen hätten und von der Krankenversicherung nur einen Teil.

Dies hat zur Folge, daß Prozenterhöhungen bei auf diese niedrigen Bruttolöhne ein Spottgeld ergeben. Man erinnert sich, wie in dem Streik des Jahres 1974 gerade die Beschäftigten bei der Post die Initiative ergriffen haben.

Bei den Festgelderhöhungen, so wird gesagt, hätten die Beamten aber einen erheblichen Vorteil gegenüber Arbeitern und Angestellten. Dieser sei sozusagen unzulässig und ungerechtfertigt.

Uns kommt es eher so vor, als ob das ein kräftiges Argument wäre für die generelle Bezahlung der Versicherungskosten der Arbeitskraft ausschließlich durch den Käufer der Arbeitskraft.

Im übrigen: Wenn das ein Argument für Prozentforderungen abgeben soll, so mag man doch bedenken, daß die hohen Beamten von diesen Prozentforderungen wirklich fett werden, während sich bei den kleinen Beamten bloß der niedrigere Lohn, den sie traditionell kriegen, durch Festgeldforderungen auf das Durchschnittsniveau hebt.



„Elbtörn“

„Wir sind am Ziel unserer Wünsche. Endlich demonstriert ein Ministerpräsident, daß die Elbe uns gehört“, gluckste ein Landtagsabgeordneter bei der Frontbesichtigung Albrechts an der DDR-Grenze.

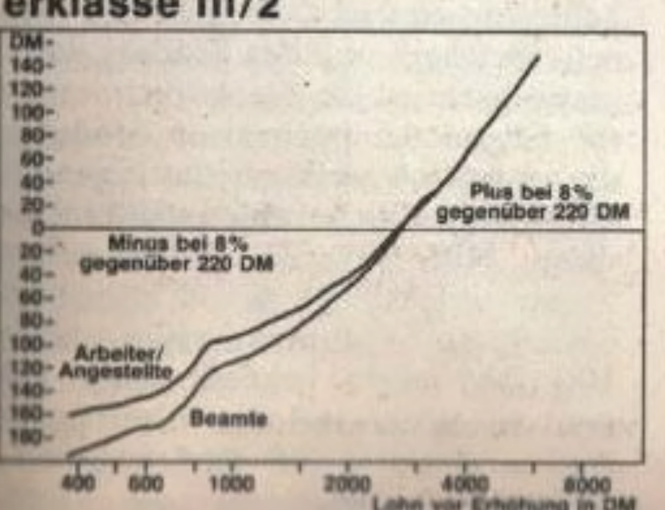
Die „erste Fahrt eines niedersächsischen Regierungschefs durch den von Ostberlin beanspruchten Teil der Elbe im Abschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg“, weiß „Die Welt“ zu berichten.

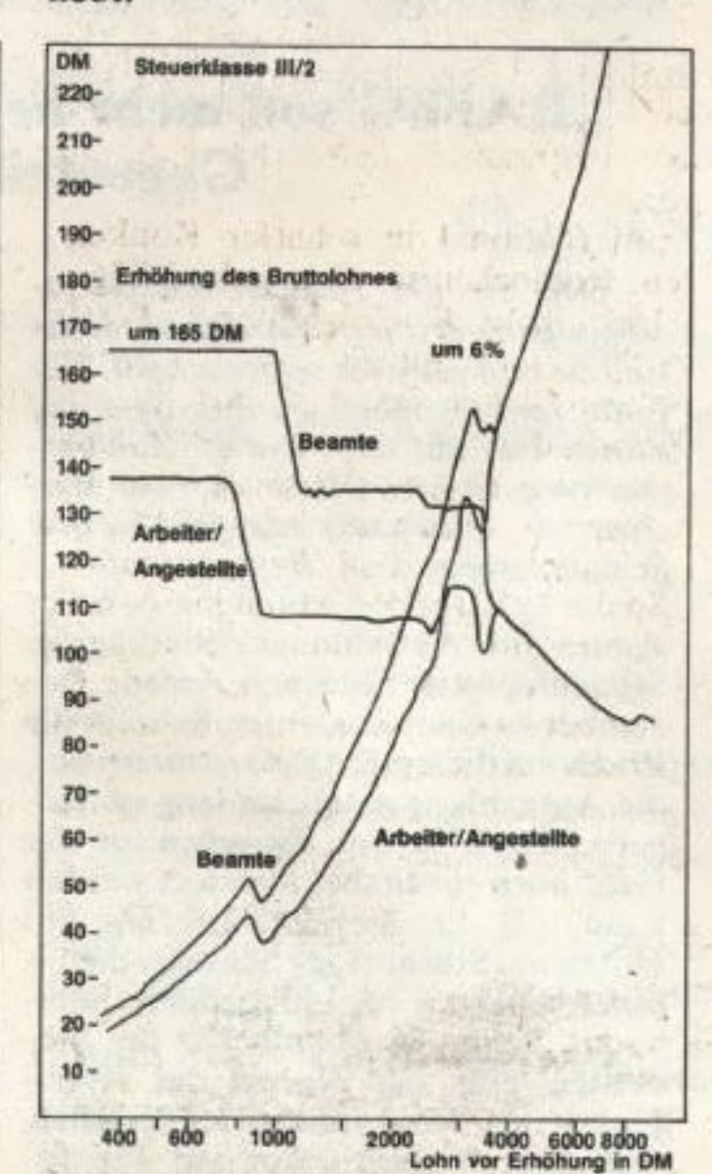
Vorbereitung auf Krieg: „Dies ist ein deutscher Strom wie jeder andere, und den wird man ja wohl befahren dürfen“, stellt Albrecht angesichts der Tatsache fest, daß ihn 15 Schnellboote der DDR verfolgten. Zur Kursänderung wurde er nicht gezwungen, ist die Frontmeldung.

Daheim, im nicht so kalten Hannover, äußert sich Vizeadmiral Rötger Groß zur Lage an der Front nach einem Gespräch mit Verteidigungsminister Leber: „Die Ausgaben der zivilen Verteidigung stehen zu denen der militärischen Verteidigung im Verhältnis von 1:60. Hier muß unbedingt ein ausgewogenes Verhältnis hergestellt werden ...“

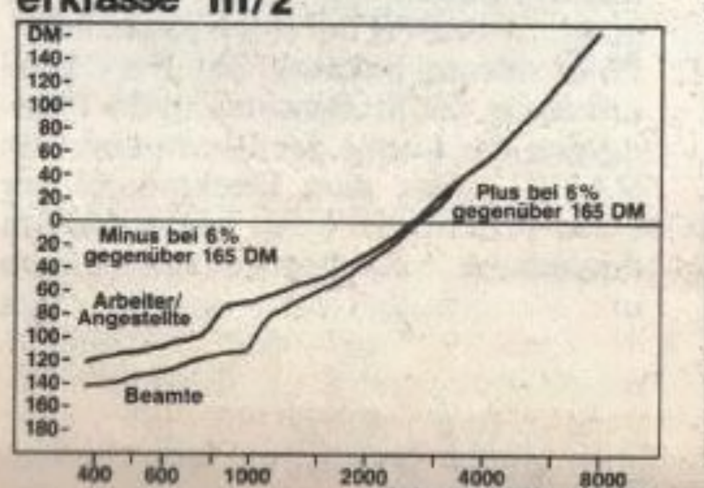
Es wird eine „Amnestie“ für all diejenigen erlassen, die sich bis zum Februar nächsten Jahres anmelden, es sollen allein in Niedersachsen über 100000 sein, erklärte Groß am Freitag über den Rundfunk. – (N-Red.)

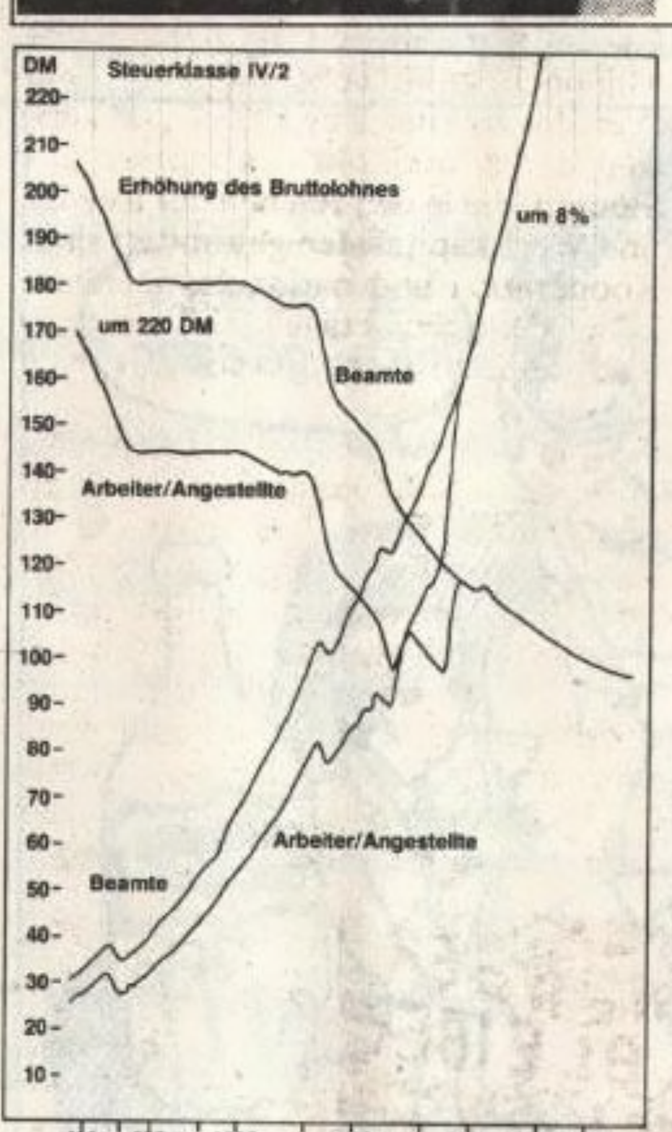
Differenz zwischen der Nettolohnerhöhung bei 8 Prozent und bei 220 DM Festgeld, Steuerklasse III/2



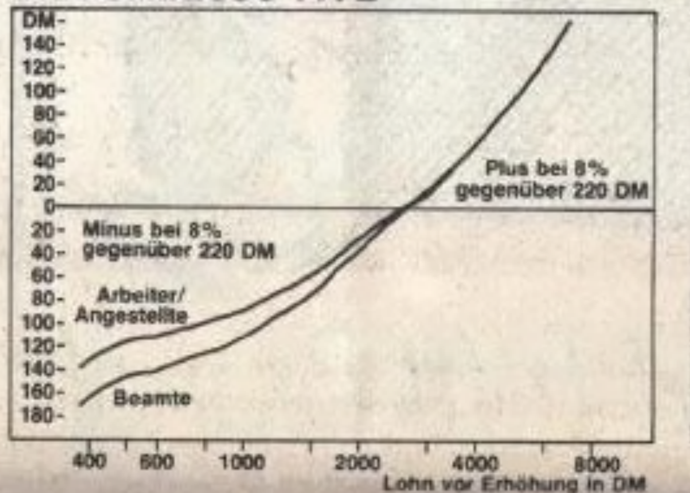


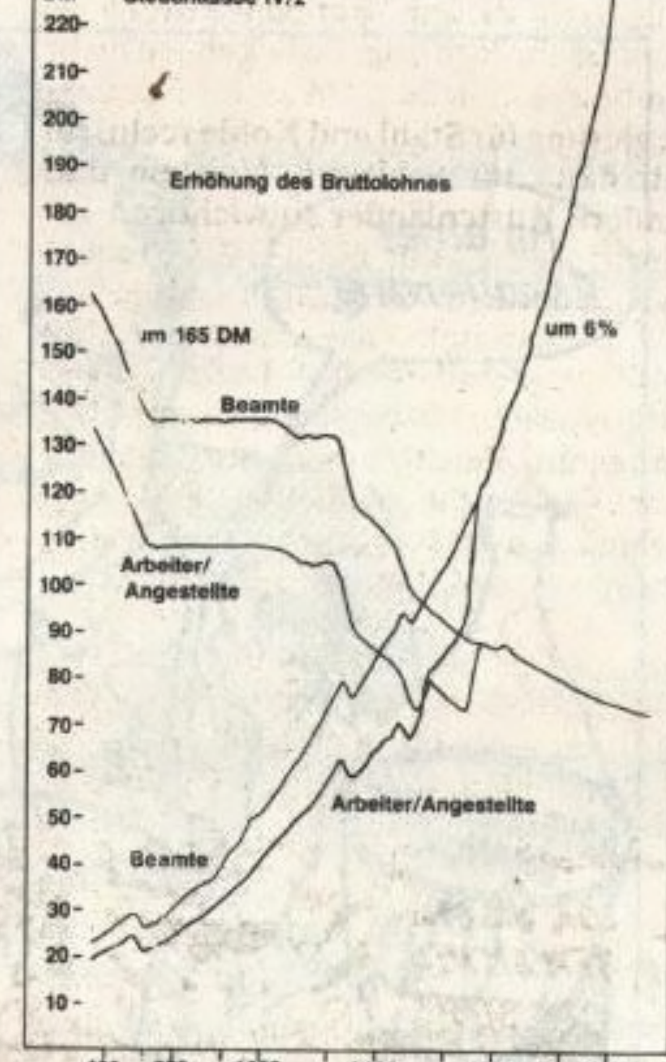
Differenz zwischen der Nettolohnerhöhung bei 6 Prozent und bei 165 DM Festgeld, Steuerklasse III/2



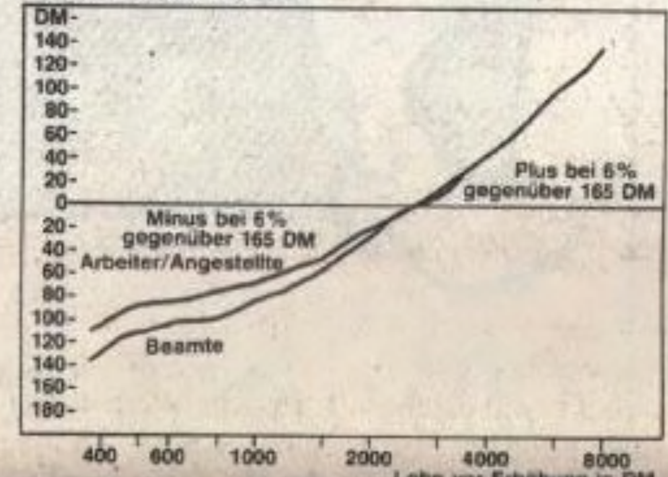


Differenz zwischen der Nettolohnerhöhung bei 8 Prozent und bei 220 DM Festgeld, Steuerklasse IV/2





Differenz zwischen der Nettolohnerhöhung bei 6 Prozent und bei 165 DM Festgeld, Steuerklasse IV/2



Zwei ganz entgegengesetzte Linien im Kampf der Studentenbewegung

Spartakus-DKP: Nach dem „Riesenerfolg" jetzt „konstruktiver Dialog" / Vollversammlung der Freien Universität: Notwendigkeit von Beschlüssen zur Weiterführung und Organisierung des bundeseinheitlichen Streiks

Kiel. An der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule werden gegen den Widerstand der sozialdemokratisch-revisionistisch geführten ASten Vollversammlungen verlangt. Die von der sozialdemokratischen Mehrheit der Landes-ASten-Konferenz beschlossene Demonstration wurde bei mangelnder Beteiligung abgesagt.

Hamburg. Der Juso/MSB Spartakus-AStA setzte auf einer Aktionsberatung von 700 Studenten folgenden Antrag durch: „Der Streik ist ein riesen Erfolg. Er muß gewaltlos weitergeführt werden. Der Gegner zeigt Wirkung. Die Politiker müssen jetzt ihren Worten Taten folgen lassen. Wir fordern die Aussetzung der Verabschiedung des LHG in Hamburg und die Novellierung des HRG." 12000 bis 15000 Schüler, Arbeiterjugendliche und Studenten beteiligten sich an der Demonstration des Landesjugendringes.

Hannover. In einem Brief an die verantwortlichen Politiker haben 73 der 100 anwesenden Medizinstudenten des 5. Semesters an der Medizinischen Hochschule die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag bekräftigt. Auf einer Veranstaltung wurde die vorgeschlagene bundesweite Demonstration der Medizinstudenten begrüßt. 5000 bis 6000 Studenten beteiligten sich an der Demonstration der ASten.

Bremen. Auf der Vollversammlung aller Bremer Studenten wurde bei 1000 Anwesenden der Antrag der Revisionisten angenommen, in dem jetzt unter anderem die „Novellierungsinitiative" des Bremer Senators Franke begrüßt wurde.

Göttingen. 300 Studenten demonstrierten am 6.12. unter den Forderungen „Einstellung des Buback-Prozesses, Einstellung aller Prozesses gegen die Studentenbewegung, Uneingeschräntke Meinungs- und Pressefreiheit, Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD/ML, KPD und KB" zum Amtsgericht. Das Urteil von 6 Monaten ohne Bewährung gegen A. Schraknepper löste große Empörung aus. Vollversammlungen mehrerer Hochschulen haben bereits Solidaritätserklärungen an die Göttinger Studenten gesandt.

Paderborn. 1000 Studenten demonstrierten am Mittwoch vergangener Woche vor Beendigung ihres Streiks.

Bielefeld. Der sozialdemokratisch-revisionistische AStA verhinderte eine Vollversammlung zur Beschlußfassung über die Weiterführung des Streiks. 3000 Studenten demonstrierten für ihre Forderungen.

Münster. Am Dienstag letzter Woche hatte der AStA Rau und Rohde eingeladen. Rau erklärte, im Gegensatz zu Franke (Bremen) und Biallas (Hamburg) jetzt nicht für „Novellierung" zu sein, wegen „Aussichtslosigkeit".

Essen. An der Gesamthochschule wurde der Abbruch des Streiks in der vergangenen Woche auf Antrag des revisionistisch geführten AStA bei Anwesenheit von 1500 Studenten beschlossen.

Wuppertal. Nachdem der Rektor eine einstweilige Anordnung gegen den Streik

Karlsruhe. 100 Studenten der PH-Vollversammlung haben den Rektor aufgefordert, die weitere Verfügung des AStA über die Räume zuzusichern und die Aufstellung einer Besetzerliste für den AStA beschlossen, um die beabsichtigte Zerschlagung zu verhindern. Auf der Uni-Vollversammlung wurde eine siebenköpfige Delegation gebildet, um vom Rektor die sofortige Freigabe der AStA-Gelder zu verlangen. – enthebung des AStA zu organisieren. Der Vorschlag der Mediziner-Fachschaft für eine bundesweite Demonstration gegen die reaktionäre Novellierung der Ausbildungsordnung und gegen das PJ stößt auf Zustimmung.

Mannheim. Die Streikvollversammlung der Universität hat in einem Brief an Schmidt und Filbinger die Anerkennung des Streikrechts, 100 DM mindestens mehr und die gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft verlangt. Die Vollversammlung stellt fest: „Ein Angebot Ihrerseits steht aus."

Stuttgart. Die von den Revisionisten beherrschte ASten-Konferenz hatte zu einem Fackelzug „gegen die Umsetzung des HRG in den LHGs" aufgerufen, an dem sich etwa 400 Studenten beteiligten.

Tübingen. Montag letzter Woche ließen die Opportunisten durch Debatten über ihr „USTA"-Projekt die Vollversammlung ohne Ergebnis. Am Dienstag dieser Woche soll über die Fortsetzung des Streiks abgestimmt werden.

München. Nach dem Abbruch des Streiks an den bestreikten Fachbereichen wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt, um die Revisionisten im AStA zu zwingen, eine Uni-Vollversammlung einzuberufen.

Rosenheim. Nach erfolgreicher Urabstimmung für Streik demonstrierten in der vergangenen Woche 250 Studenten der Holzfachschule. – (Z-Red.)



5000 Studenten demonstrierten in Hannover.

Westberlin. Der regionale Streikrat hat in einer Protesterklärung an den VDS-Vorstand dessen Erklärung an die Westdeutsche Rektorenkonferenz zurückgewiesen und den VDS-Vorstand aufgefordert, die von den Vollversammlungen beschlossenen Kampfaktionen zu unterstützen, anstatt ihnen durch Erklärungen an die Professoren über die „Gewaltlosigkeit" der Studenten in den Rücken zu fallen. In einer Resolution der Vollversammlung der FU, die in Anwesenheit von VDS-Vorstandsmitglied A. Schmeißner gefaßt wurde, wurde darüber hinaus beschlossen:

Resolution der Vollversammlung der Freien Universität Westberlin vom 9.12.1977:

„An den Vorstand der VDS und alle ASten!

Die Vollversammlung der WE 1 des Fachbereichs 12 der FU Berlin vom 8.12.77 hat den Brief des Vorstandes der VDS an die Westdeutsche Rektorenkonferenz zur Kenntnis genommen. Aus dem Brief geht nicht hervor, auf welcher politischen Grundlage der ‚konstruktive Dialog' mit der WRK geführt werden soll.

Unseres Erachtens ist ein ‚konstruktiver Dialog' nur auf der Grundlage der prinzipiellen Ablehnung des HRG und der einzelnen Landeshochschulgesetze möglich. Deshalb fordern wir den Vorstand der VDS auf, vor der WRK die zentrale bundesweite Forderung der Studenten

‚Weg mit dem HRG!'

zu vertreten und sich für die Forderungen

‚Für uneingeschränktes Streikrecht der Studenten!'

‚Weg mit dem bestehenden Ordnungsrecht!'

‚Zurücknahme aller Ordnungs- und Strafverfahren!'

‚Für den Wiederaufbau und Erhalt der Verfaßten Studentenschaft mit imperativem und politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!'

‚Für ausreichendes Ausbildungsentgelt!'

einzutreten!

Ferner weisen wir den Vorstand der VDS darauf hin, daß die sozialliberalen Koalitionen im Bundestag und in den Bundesländern das HRG und einzelne Landeshochschulgesetze verabschiedet haben. Deshalb sehen wir nicht die Möglichkeit zu einem in unserem Verständnis ‚konstruktiven Dialog'!

Weiterhin fordern wir die VDS auf, bis spätestens Anfang Januar eine a.o. MV einzuberufen, auf der Beschlüsse zur Weiterführung der Organisierung des bundeseinheitlichen Streiks gefaßt werden.

Außerdem halten wir die Forderung der Berliner Studenten aufrecht, den Streik mit einer finanziellen Unterstützung durch die VDS in Höhe von DM 10000 zu stärken – zu überweisen an den AStA-PH, Berlin."

Am Samstag demonstrierten in Westberlin 12000 Studenten.



Hamburg. 15000 Jugendliche, mehr als die Hälfte Studenten, haben am 8.12. eine Demonstration durch die Hamburger Innenstadt durchgeführt. Die Demonstration ist seit langem die größte Jugenddemonstration, die in Hamburg durchgeführt wurde. Es hatten alle Hamburger Jugendorganisationen aufgerufen. Organisiert wurde sie durch den reformistischen Landesjugendring, in dem auch die DGB-Gewerkschaftsjugend und die Landesastenkonferenz organisiert sind. Sie hatten aufgerufen unter der Losung: „Für das Recht auf Bildung und Arbeit – gegen Jugendarbeitslosigkeit."

erwirkt hatte, begründet u.a. wegen „gewisser Elemente, wie zum Beispiel den Karbonsäure-Attentätern", beschlossen am Mittwoch 1200 Studenten auf der Vollversammlung die Fortsetzung bis zum 11.12.

Marburg. 2000 Studenten demonstrierten am 8.12. Die Spontaneisten und Revisionisten, die die Demonstration anführten, traten für die Novellierung der Hochschulgesetze und die Beratung der Studentenvertreter mit W. Brandt, SPD, auf.

Gießen. Zwischen 3500 und 4000 Studenten aus ganz Hessen demonstrierten am 6.12.

Frankfurt. Uni-Präsident Krupp hat in einer Erklärung die Korrektheit des Urabstimmungsergebnisses für Streik als „unwahrscheinlich" bezeichnet, um dann in zwei Polizeieinsätzen direkt gegen den Streik vorzugehen. Die Uni-Vollversammlung hat am Wochenende die Entscheidung über die Fortführung des Streiks auf Anfang dieser Woche vertagt.

Mainz. Die Landes-ASten-Konferenz hat zur 1. Lesung der Novelle für das Landeshochschulgesetz eine Demonstration und gegen die 2. und 3. Lesung einen Warnstreik beschlossen.

Köln. Die Reformisten/Revisionisten verhinderten auf der Uni-Vollversammlung einen Streikbeschluß und vertraten eine Resolution, in der Fachbereichs-Beschlüsse für Streik begrüßt wurden und ansonsten die „Diskussion mit Studenten und Hochschullehrern" weitergeführt werden soll. An Fachbereichen der zu 100% bestreikten Fachhochschule wurden die Forderungen 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag beschlossen und wurde von Bundeskanzler Schmidt ein Verhandlungsangebot verlangt.

Heidelberg. Der linkssozialdemokratische AStA hat zwei Wochen lang nichts mehr von sich hören lassen. Vier Lehrveranstaltungen haben die Initiative der Fachschaft Mathematik/Physik unterstützt, eine Demonstration gegen die geplante Amts-



UDS-Vorstand trifft Brandt

„BAFöG soll mehr helfen" – Sattsam ist das Gegenteil bekannt

„Daß sie die Immatrikulationsbescheinigung erst jetzt einreichen, daran sind sie nun wirklich selber schuld. Vor Ende Januar haben sie das Geld auf keinen Fall auf dem Konto. Zahlbarmachung ist erst wieder in zwei Wochen, wir werden uns jedenfalls für ihre Schlampereien kein Bein ausreißen." So die Leiterin der Abteilung A-E des Amtes für Ausbildungsförderung im Studentenwerk München Anfang Dezember zu einer Studentin. So sieht die Praxis auf diesen BAFöG-Ämtern aus, die Auszahlung möglichst lang rauszögern, damit in der Zwischenzeit das Geld noch profitabel angelegt werden kann, z.B. für die Entwässerung des Hotels am Starnberger See oder die Fischereianlagen im Lidogelände Seeshaupt, beides in Privatbesitz des Studentenwerks und Kurort der Abteilungsleiter. Man kann sich vorstellen, daß diese Unterdrücker auf der Tagung des Deutschen Studentenwerks in Regensburg dem Präsidenten Professor Grünewald kräftig Beifall geklatscht haben. Das Motto dieser Tagung: „Das BAFöG soll mehr helfen". Es ist sattsam bekannt, daß die Unterdrückung der Studenten und die Plünderung des Lohns der Eltern über das BAFöG unter dem Deckmantel der Hilfe praktiziert wird. „Die nächste Anpassung von Förderungsbeträgen und Steuerfreibeträgen wurde für den 1. April 1987 gefordert." (Süddeutsche Zeitung vom 2.12.77 über die Tagung in Regensburg)

In München sank die insgesamt ausgezahlte Summe der Förderungsbeträge von 38,2 Mio DM im Wintersemester 75/76 auf 32 Mio. Der durchschnittliche Förderungsbeitrag liegt bei 370 DM. Im Durchschnitt 200 DM gehen davon schon allein für Miete und Heizen drauf. Bis zum 1. April 78 werden etliche Studenten ihr Studium abbrechen müssen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Von 12,8 Mio auf 17,1 Mio stieg der Betrag, der über die Darlehensregelung von den Studenten nach dem Studium wieder hereingepresst wird. Von „Hilfe" ist da nicht viel zu merken, und von „Hilfe" wird nach den Plänen der Regensburger Tagung auch weiterhin nichts zu merken sein. *„Eine Sockelförderung für alle Studenten, durch die der Steuerfreibetrag für die Ausbildung und das Kindergeld für über 18 Jahre alte Auszubildende abgelöst werden sollen"* strebt das Deutsche Studentenwerk an. Das ist nicht Neues, schon im Juni hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung den Novellierungsvorschlag von 170 DM Sokkelbetrag gemacht. Wegfall des Steuerfreibetrages und des Kindergeldes – gerne hätte es die Reaktion, wenn so die Eltern der besitzlosen Studenten die gesamte Ausbildung der Jugend für die Bourgeoisie bezahlen müßten! Auf diese „Hilfe", die die Unterdrückung weiter perfektionieren soll, können die besitzlosen Studentenmassen pfeifen! 100 DM mehr braucht jeder BAFöG-Bezieher und der Elternfreibetrag muß auf 1500 DM angehoben werden! – (ad, Sprecherrat Süd der KHG)

Die Sanitätsreform der Bundeswehr

Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sollen unter militärisches Oberkommando gestellt werden

„Wer Überlegungen zu zukunftsweisenden Lösungen anstellt, tut immer gut daran, die Erfahrungen vergangener Entwicklungen zu berücksichtigen. Von dieser Erkenntnis war auszugehen, als die ersten Vorstellungen von einer künftigen Struktur des Sanitäts- und Gesundheitswesens entwickelt wurden."

So eröffnet Generaloberstabsarzt E. Rebentisch, Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr einen Artikel in der „Wehrmedizinischen Monatsschrift" Nr. 4/77. Diese Zeitschrift wird herausgegeben „in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister der Verteidigung" – der General wird also Offizielles verlauten lassen. Die deutsche Bourgeoisie hat den ersten und den zweiten Weltkrieg verloren. Beim dritten imperialistischen Weltkrieg will sie auf der Gewinnerseite stehen. Deshalb gilt es „Erfahrungen zu berücksichtigen", auch im Sanitätswesen. Das „Menschenmaterial" muß in Schuß gehalten werden, weil es ohne nicht geht. Die Erfahrungen der Wehrmacht des Hitlerfaschismus auf den Kriegsschauplätzen des zweiten Weltkriegs, sei es die sibirische Steppe oder die nordafrikanische Sahara bieten willkommenes und vielfältiges Anschauungsmaterial für den Inspekteur, der sich den „weltpolitischen" Zielen der westdeutschen Bourgeoisie anpassen muß.

Das Hauptproblem, mit dem er sich herumschlagen muß, sind die Menschen. Was er braucht, sind Menschen, die in der Lage sind, das Sanitätspersonal der Armee im Krieg zu stellen. Man kann sich leicht ausrechnen, daß das *aus der Armee* direkt nicht so leicht zu rekrutieren sein wird. Es wird nicht reichen. Das Ei des Kolumbus des Herrn General: *Alle* die, die medizinisch irgendwie ausgebildet sind, müssen militärischem Oberbefehl unterstellt werden. Man kann sich genauso leicht denken, daß die Masse der Krankenschwestern, der Rotkreuzhelfer, der MTAs, der Assistenzärzte mit dieser Zwangsaushebung nicht einverstanden sein werden. Ihre Interessen liegen anders. In dem Aufsatz entwikkelt nun der Herr General, wie das gesamte Problem zu meistern sei.

Ausgangspunkt hierfür sollen die ca. 160 „Sanitätszentren" bilden, die mit einem Radius von 30 km das ganze Land überziehen sollen. Sie werden von Heer, Luftwaffe und Marine gemeinsam besetzt und lösen die bisherigen „San.-Bereiche" in den Kasernen ab. Um diese „San.-Zentren" herum soll sich die Gesundheitsversorgung der BRD gruppieren.

„Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß der Sanitätsdienst *über den Bereich der Streitkräfte hinaus* seine gesundheitsdienstlichen Aufgaben für den Gesamtbereich der Bundeswehr ... wahrnehmen, bzw. unterstützen kann."

„Entscheidend unterstützen" – das heißt nichts anderes als eine Kompanie San.-Soldaten dem Chefarzt im Kriegsfall gegen streikende Schwestern zur Verfügung zu stellen.

Die andere Hauptstütze der Sanitäts-Reform bildet die sogenannte „Reserve-Lazarett-Organisation". Diese besteht aus etwa 125 bis 150 Tausend-Betten-Lazaretten, deren Ausstattung jetzt schon in Kisten verpackt in Lagern herumsteht, z.B. in der Warner-Kaserne in München oder in Kirchseeon bei München (für jedes Lazarett ca. 160 Tonnen medizinisches Gerät im Wert von mehreren Millionen DM). Diese Reservelazarette werden erst im Kriegsfall mit Ärzten und Schwestern besetzt und aufgebaut, im Frieden gibt es nur einige Soldaten, die das Material putzen müssen.

Offensichtliches Problem: Wo kriegt die Armee innerhalb von drei Tagen, in denen diese Lazarette stehen sollen, das nötige Personal her, um 150000 Krankenhausbetten versorgen zu können? Da werden zum einen zunehmend zivile Hilfsorganisationen in Bundeswehrübungen mit eingeplant. Bei einer Mobilmachungsübung der Reserve-Lazarett-Gruppe 908 in Hörnum auf Sylt übten im Juli dieses Jahres auch Schwesternhelferinnen des Roten Kreuzes aus Schleswig-Holstein und eine Sanitätsbereitschaft aus Stadthagen/Hannover mit. Das reicht aber den Militärs nicht.

„Es existiert in der Bundesrepublik ein Abkommen über die Sicherung des Ergänzungsbedarfs an Ärzten, Apothekern, Zahnärzten und Tierärzten für den Verteidigungsfall, das der Bundeswehr einen Anteil von 11% an der Gesamtzahl dieser Berufsgruppen zuerkennt ... Es gibt weiterhin die von Bundesinnenministerium und Bundesverteidigungsministerium gemeinsam finanzierte Ausbildung der Schwesternhelferinnen. Es gibt aber weder ein Abkommen über die *anteilige Inanspruchnahme* voll ausgebildeten Pflegepersonals, vor allem Krankenschwestern, medizinisch-technischer Assistentinnen und Röntgenassistentinnen, noch gibt es eine Vereinbarung über die Nutzung und Inanspruchnahme materieller Quellen zur Aufrechterhaltung der sanitätsdienstlichen Leistungsfähigkeit ... Es wird eine vordringliche politische Aufgabe der kommenden Jahre sein, auf diesem Gebiet wichtige Entscheidungen zu treffen und das seit langem überfällige *Gesundheitssicherstellungsgesetz* zu verabschieden."

Geplant ist die zentrale Erfassung aller Personen mit medizinischer Ausbildung in einer Kartei der Arbeitsämter, damit man diese dann bei Bedarf dienstverpflichten kann.

Umfassende militärische Kontrolle über das Gesundheitswesen und über alle dort tätigen oder dort irgendwann einmal ausgebildeten Personen – das ist der Wunschtraum der Bourgeoisie. Die Realtität macht den Offizieren der imperialistischen Armee einige Probleme. In dem Manöverbericht über die erwähnte „MobÜbung der ResLazGrp 908" auf Sylt heißt es:

„Organisatorische Probleme der Übung: bei der Gesamtheit der Übungstruppe fehlte die organische Einheit; es war jeglicher Informationsfluß zu vermissen; der Kommandeur hatte zu wenig Unterstützung von seiten seiner Offiziere und der Teileinheitsführer. – Personelle Erfahrung: In den ersten Tagen disziplinare Schwierigkeiten, die sich mit zunehmenden Übungsaktivitäten legten.

Die Offiziere und die Teileinheitsführer, das sind mobilgemachte Ärzte, die sich wohl mit dem Kommandeur nicht allzu gut vertragen haben. Die „zunehmende Übungsaktivität", das ist der Druck mit Befehl und Gehorsam den Soldaten gegenüber – anders lassen sich die Absichten der Bundeswehroffiziere und ihrer Auftraggeber nicht durchsetzen.

Dem Generaloberstabsarzt Prof. Dr. Ernst Rebentisch hat der Bundespräsident das Große Verdienstkreuz verliehen. Sicher nicht nur deshalb, weil dieser Kommiskopf die „gesundheitsdienstliche Versorgung" der Olympischen Spiele in München geleitet hatte. Man muß dabei bedenken: Hitler hat auch mit einer Olympiade angefangen und ist dann in den Sanddünen der Sahara stecken geblieben. – (Bezirk München-Oberbayern/S.-Red)

Kriegsvorbereitung

Bremen. Am Zentralkrankenhaus wurde bekannt, daß alle Beschäftigten der Krankenhäuser einen einwöchigen Kurs in „Katastrophenschutz" durchlaufen sollen. Der Kurs soll obligatorisch sein und sich über fünf volle Arbeitstage erstrekken. Weiter wird jetzt begonnen, unter Pflegern und Schwestern des Krankenhauses „Freiwillige" zu verpflichten, die im „Katastrophenfall" in einem „Ausweichkrankenhaus" in Rastede Dienst tun. Der Zusammenhang zu dem geplanten „Gesundheitssicherstellungsgesetz", das die Militarisierung des medizinischen Personals im Kriegsfall regeln soll, liegt auf der Hand.

Hannover. Verteidigungsminister Leber gab dem Nato-Ausschuß für Verteidigungsplanung den „deutschen Beitrag" zur Aufrüstung für den imperialistischen Krieg bekannt. Bereits genehmigte Rüstungsprojekte der Bundeswehr sind: Die Austattung von 650 Kampfpanzern M48 mit 105-Millimeter-Kanonen, die Beschaffung von 1800 Kampfpanzern Leopard 2, die Einführung von 432 Flakpanzern Gepard, die Ausrüstung mit 140 Flak-Raketenpanzern Roland 2, die Umrüstung von 316 Raketenjagdpanzern auf Hotraketen, die Beschaffung von 212 Panzerabwehrhubschraubern, die Einführung von 175 Kampfflugzeugen Alfajet, die Ausstattung mit 24377 Panzerabwehrraketen TOW, die Beschaffung von 154000 Panzerabwehrraketen Milan, die Ausrüstung mit 322 Kampfflugzeugen Tornado, der Bau von sechs Fregatten des Typs 122.

Nach den Kriegskosten liegt der BRD-Imperialismus nach den USA auf dem zweiten Platz in der Nato. Das kurzfristige „Programm zur Verbesserung der Streitkräfte des Bündnisses", das bis Ende 1978 abgewickelt sein soll, bezieht sich in erster Linie auf die Erhöhung der Vorräte und Munition. Die Nato wird ihren Bestand an Panzerabwehrlenkraketen im Laufe der nächsten zwölf Monate um ein Drittel erhöhen. Die Niederlande wollen eine zweite Heeresbrigade in Westdeutschland stationieren. „Endlich einmal geht ein Jahr zu Ende, in dem die Warnungen nicht ungehört verhallten", begrüßt Nato-Generalsekretär Luns die Austellung des Waffenplans.

Streik der englischen Feuerwehrleute verzögert Rekruteneinziehung

Hannover. Die britische Armee mußte die meisten ihrer frisch gezogenen Rekruten bei vollem Wehrsold für vorerst fünf Wochen wieder nach Hause schicken, weil die Unteroffiziere und anderen Ausbilder bei der Brandbekämpfung eingesetzt sind. Britische Offiziere beklagen sich bitter, daß ihr sorgfältig abgestimmter Ausbildungsplan im Rahmen der Nato-Erfordernisse zunichte gemacht ist, meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 8.12.

(Bezirk München-Oberbayern/S.-Red)

Die „Kriegsdienstverweigerer-Lawine“

Kalkulierte Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft

Am 1. März 1978 wird das Bundesverfassungsgericht ein „Urteil“ sprechen über die „Wehrdienstnovelle“ der Bundesregierung. Dazu haben jetzt Anfang November Verhandlungen vor dem Senat mit Vertretern der Bundesregierung, der Koalitionsparteien, der CDU/CSU und des Wehrbeauftragten stattgefunden. Ziel des ganzen Manövers ist es, die Maßnahmen abzustecken, wie sie die Unterdrückung gegenüber den Kriegsdienstverweigerern, vor allen Dingen aber gegenüber den Wehrpflichtigen durchsetzen wollen – per Auflage des Bundesverfassungsgerichts zur „Überarbeitung“ des Gesetzes mit gleichzeitiger Änderung des Wehrpflichtgesetzes.

Alle Bourgeoisvertreter haben ein großes Geschrei angestimmt über die rapide Zunahme der Zahl der Kriegsdienstverweigerer. Seit das neue Gesetz in Kraft ist, haben bereits 74000 Jugendliche verweigert, somit insgesamt knapp 150000. Der Wehrbeauftragte des Bundestages hat auch schon gleich eine Schätzung herausgelassen. Das Verteidigungsministerium rechnet 1978 mit 140000 Kriegsdienstverweigerern. Die CDU/CSU ist jetzt so aufgetreten, sie habe bereits in der Bundestagsdebatte gesagt, daß die „Wehrdienstnovelle“ zu einer „Bewußtseinsänderung der jungen Generation“ und damit zur Aushöhlung der Verteidigungsbereitschaft führen werde. Der Leber hat erklärt: „Die Regierung werde nicht erst abwarten, bis der Bestand der Bundesrepublik gefährdet sei: Es sei ihre Aufgabe, diesen Zeitpunkt vorauszusehen.“ (Die Welt, 2.12.1977) Der Beauftragte für den zivilen Ersatzdienst, Iven „schilderte die geplanten Aktivitäten, um den Dienst zur unangenehmen Alternative gegenüber dem Wehrdienst zu entwickeln.“ (Handelsblatt, 2.12.77)

Mit der Kriegsdienstverweigerer-„Lawine“ haben diese Spitzbuben natürlich gerechnet, was denn sonst. Das ganze ist eine kalkulierte Maßnahme der Bourgeoisie, eine schlagkräftige Armee aufzubauen, den Zersetzungserscheinungen ihrer bewaffneten Formationen Herr zu werden. Wie soll sie mit diesen Truppen denn Krieg führen, die einzigen, die ihr jetzt zur Zeit bedingungslos folgen, sind die Metzgerhunde der GSG 9, sofern sie sich nicht selber umlegen. In ihrem Weißbuch 1976 getrauen sie sich nicht anzugeben, wieviel Gehorsamsverweigerungen es in der Bundeswehr gegeben hat, sie klagen bloß darüber. Was sie an Zahlen vorlegen, ist aber schon aufschlußreich. Alleine 1974 waren es 11395 Abwesenheitsdelikte, von der Fahnenflucht bis einfach vom Dienst abhauen. Tausende (genaue Zahlen haben sie wieder nicht vorgelegt) sind erst gar nicht in der Kaserne erschienen. Mit Desertation ist eine kräftige Haftstrafe verbunden, daß es trotzdem in einem Jahr nach offiziellen Angaben über 11000 Soldaten gemacht haben, zeigt den hohen Grad der Zersetzung auf. Die Bourgeoisie hat Umfragen durchgeführt, die haben sie erschrekken lassen. Nur 44% der 18- bis 25jährigen von ihnen Befragten stimmten einer Wehrpflicht zu. Bei den 19jährigen verhielt es sich gar so, daß nur 33% das „Wehrpflichtsystem“ noch akzeptierten (Weißbuch 1975/76). Das war wohlgemerkt vor der „Wehrdienstnovelle“.

Die geschmierten Politiker haben also ganz genau gewußt, wo es lang gehen wird mit der „Wehrdienstnovelle“. Sie haben sie trotzdem gemacht, und das aus gutem Grund. Möhring, SPD, hat in der Bundestagsdebatte am 27.5. der CDU/CSU gesagt: „Hören Sie doch auf mit der Scheinheiligkeit, als hinge die Verteidigungsbereitschaft dieser Bundesrepublik von einem gut funktionierenden Prüfungsverfahren ab.“ Die CDU/CSU hat sich dann auch gemäßigt und gefordert durch Verhülsdonk, CDU: „Überhaupt fordern wir die Bundesregierung auf ... abzubauen, die Heimschlaferlaubnis, die Genehmigung von Nebentätigkeiten, Auswahl des Dienstortes.“ Der Leber hat in derselben Debatte angedeutet, daß wahrscheinlich bald eine Verlängerung des Arbeitsplatzschutzes für Wehrpflichtige auf 24 Monate notwendig sei.

Über nichts anderes haben sich diese abgefeimten Spitzbuben jetzt verständigt im Hinblick auf das Urteil am 1. März. Die Kriegsdienstverweigerer werden kaserniert mit zuchthausmäßigem Arbeitsdienst gehalten und verstärkt eingesetzt im öffentlichen Dienst und im Straßenbau, ihre Dienstzeit soll von 18 auf 24 Monate erhöht werden. Der Wehrdienst soll erst mal noch auf 15 Monaten festbleiben, sicher ist jedoch, daß neunmonatige Wehrübungen anbefohlen werden.

Liberales Gesetz der sozialliberalen Koalition, wie die Reformisten und Revisionisten verbreiten? Es ist die kalkulierte Maßnahme der Bourgeoisie, den Zersetzungserscheinungen der Armee mit reibungsloser Unterdrükkung zu begegnen, den Widerstand der Soldatenbewegung zu zerschlagen und immer mehr Jugendliche in ihre Armee zu pressen, auch über die Zivildienstleistenden, sie können, wenn es „notwendig“ wird, nach dem neuen Gesetz auch für „kriegerische Handlungen“ eingesetzt werden. – (Z-Red.)

Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees

vom Mittwoch, den 28.12.77, bis zum 31.12.77 in Hannover, Klagesmarkt, Festzelt

Lieder aus den Kämpfen und Aufständen der Bauern

Mittwoch, den 28.12.77

8 Uhr Einnehmen des Früstücks
9 Uhr Begrüßung der Teilnehmer der Musiktage durch den Sprecherrat Nord der Soldaten- und Reservistentage
9.30 Uhr Gemeinsames Einüben der Lieder zu den Kämpfen und Aufständen der Bauern
12.30 Uhr Mittagessen aus der Gulaschkanone
14 Uhr Fortsetzung des gemeinsamen Üben
17 Uhr Platzkonzert und Generalprobe in der hannoverschen Innenstadt am Kröpcke
18.30 Uhr Stärkung für das Abendkonzert
19 Uhr Konzert: Lieder aus den Kämpfen und Aufständen der Bauern

Lieder der Arbeiterbewegung in Deutschland

Donnerstag, den 29.12.77

8 Uhr Einnehmen des Frühstücks
9 Uhr Gemeinsames Einüben der Lieder der Arbeiterbewegung in Deutschland
12.30 Uhr Mittagessen aus der Gulaschkanone, Fleisch vom Grill
14 Uhr Fortsetzung des gemeinsamen Üben
16 Uhr Platzkonzert an fünf Plätzen Hannovers gleichzeitig: Deutsche Arbeiterlieder – Kröpcke, Steintor, Bahnhofsvorplatz, Limmerstr., Lister Platz
18.30 Uhr Stärkung für das Abendkonzert
19 Uhr Konzert: Lieder der Arbeiterbewegung in Deutschland

Lieder der internationalen Arbeiterbewegung und der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt

Freitag, den 30.12.77

8 Uhr Einnehmen des Frühstücks
9 Uhr Einüben der Lieder zur internationalen Arbeiterbewegung und den Befreiungskämpfen der Völker der Welt
12.30 Uhr Mittagessen aus der Gulaschkanone, Fleisch vom Grill
14 Uhr Fortsetzung des Üben
16 Uhr Spendensammlung: Gewehre für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe mit Unterstützung durch den KBW, Bezirk Hannover. Umzüge und Platzkonzerte. Abmarsch Kröpcke
18.30 Uhr Stärkung für das Abendkonzert
19 Uhr Lieder der internationalen Arbeiterbewegung und der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt
Lieder und Aufführungen von ausländischen Organisationen

Demonstration mit Platzkonzert und Abschlußkundgebung: Abmarsch: 10 Uhr Klagesmarkt, Kundbegung: 12 Uhr Klagesmarkt

Samstag, den 31.12.77

Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Für Demokratie und Sozialismus!
– Lohnfortzahlung für Soldaten! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten!
– Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit! Uneingeschränktes Koalitionsrecht!
– Uneingeschränktes Streikrecht!
Uneingeschränkte Demonstrations- und Organisationsfreiheit! Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsanträgen gegen kommunistische Organisationen!
– Auflösung von Nato und Warschauer Pakt, Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse!
– Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, aus Westberlin und der DDR!
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
– Es lebe der Befreiungskampf der Völker des Südlichen Akrika!
– Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!
– Gewehre für das Volk von Zimbabwe!

Sprecherrat Nord des Soldaten- und Reservistentages

Nato-Gipfel: Eigenständigere Rolle Westdeutschlands

Bundesverteidigungsminister Leber hat auf der Nato-Rats-Ministertagung das Rüstungsprogramm für die Bundesrepublik vorgelegt. Es ist derart umfangreich, daß ein deutscher General in Brüssel sagte: „Wir müssen nun die große Pauke erst einmal auf den Speicher stellen und nur noch die kleine Trommel rühren.“ (Süddeutsche Zeitung, 7.12.) Leber wollte den Führungsanspruch des westdeutschen Finanzkapitals aufzeigen und diese Position gegenüber den US-Imperialisten stärken. Er lehnte weitere bilaterale Verträge mit den USA ab, um die USA enger an das atlantische Bündnis zu binden. „Und die Amerikaner haben in Brüssel erkennen müssen, daß nicht kritiklos jedes neue US-Waffensystem beschafft, jede Begründung dafür geschluckt, jeder Preis gezahlt wird, wie früher“, schreibt die bürgerliche Presse. Die westeuropäischen Imperialisten wollen gegenüber den USA eine selbständige Politik entwickeln, einerseits, um ihre Position zu stärken, nicht zum Spielball zwischen den US-Imperialisten und Sozialimperialisten zu werden, andererseits, um ihre Waffengeschäfte für sich profitabel zu führen und nicht über Käufe von US-amerikanischen Waffen in neue Abhängigkeit zu geraten. Die europäischen Imperialisten haben sich darauf geeinigt, bei der „Vorneverteidigung“ ein Stück vorwärts zu kommen. Sorgen macht ihnen die „rapide wachsende Fähigkeit des Warschauer Pakts, starke Truppenformationen auf dem Luftweg rasch zu verlagern und damit überraschend strategische Aufmarsch-Schwerpunkte zu schaffen. In den bereits eingeleiteten Gegenmaßnahmen der Nato gehört das Drängen auf Verlagerung einer niederländischen Brigade in die Bundesrepublik sowie der Übungseinsatz von Verkehrsflugzeugen der Nato zum Truppentransport.“ (Frankfurter Rundschau, 8.12.) –

Regierungskrise in Portugal

Am Donnerstag stürzte in Portugal die Regierung Soares. Der Sturz von Soares ist Ausdruck des verschärften Zugriffs der Imperialisten auf Portugal. Sie brauchen eine Regierung, die durchgreift. Die reaktionären Parteien der Finanzkapitalisten und Großgrundbesitzer schieben sich nach vorn. Mitte November haben der Industriellenverband (CIP) und der Agrarierverband (CAP) verlauten lassen, daß sie nur dann über einen „Sozialpakt“ verhandeln, wenn sofort eine Verfassungsänderung in Angriff genommen wird. Sie wollen vor allem das Streikrecht vom Tisch. Denn mit dem Mittel des Streiks haben die portugiesischen Arbeiter in den letzten Jahren und verstärkt in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Maßnahmen verhindert und ist ihr Zusammenschluß gewachsen. Ein führendes Mitglied des CDS hat im Blick auf die zunehmende Kampfbereitschaft der Arbeiter und des Volkes schon am 13. November erklärt: „Diese Regierung muß so schnell wie möglich verschwinden, denn das portugie-

Ergebnis von Verona: „Schmidt mit Andreotti zufrieden“

Dies und: „Die beiden können miteinander“ war das Fazit der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1.12. über die Fünfstundenvisite Schmidts in Verona. In Verona wurde im Jahre 905 der Karolingerkaiser Ludwig III. (der Blinde) von seinen Gegnern geblendet, in Verona wurde 1164 Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) vom lombardischen Städtebund geschlagen und in Verona zerbrach 1822 die reaktionäre „Heilige Allianz“ aus Preußen, Österreich und Rußland. Trotz solcher historischer Verbindungen Veronas mit dem Scheitern deutscher Expansion nach Italien ging Schmidt lieber dorthin als nach Rom, wo tags darauf 150000 Metallarbeiter gegen die Politik der Regierung Andreotti demonstrierten, 1,5 Millionen standen im Streik. Der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Whittome, mußte einer Erleichterung der Bedingungen für den im März 1977 an Italien vergebenen Kredit von 520 Millionen Dollar zustimmen und der italienischen Regierung gestatten, ihren Haushalt um 50 Milliarden DM zu überziehen, „die Gefahren sozialer Unruhen vor Augen“ (Wirtschaftswoche 50/77).

„Voller Respekt“ beurteilte Schmidt die Leistungen Andreottis. Unter seiner Regierung stiegen die Gewinne der Kapitalisten 1976 um 17%, die Löhne nur um 3,5%. Das schende Revisionistenclique in den Gewerkschaften mußte den Haushaltsvoranschlag für 1978 unter dem Druck der Massenbewegung ablehnen und mit Generalstreik drohen. Andreotti will nun die Revisionisten noch stärker in die Regierungsgeschäfte mit einbeziehen, um einen „nationalen Konsens“, sprich: die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen der Kapitalistenklasse zu erreichen.

Die italienische Bourgeoisie ist wie die deutsche eine alte, verrottete, imperialistische Bourgeoisie, auf deren Konto unzählige Verbrechen gegen die Volksmassen und die Völker der Welt gehen. Die „kollegiale Zusammenarbeit zwischen den Regierungen beider Staaten“ (Schmidt im italienischen Fernsehen) beruht auf der Abhängigkeit der italienischen Bourgeoisie von der westdeutschen. Die westdeutschen Imperialisten diktieren die Bedingungen für die Kreditvergabe des IWF und der Europäischen Investitionsbank.

Aber die italienische Bourgeoisie hat sich gefangen, zahlt pünktlich ihre Zinsen und bringt mit ihren Stahlexporten die EG-„Partner“ und die USA erheblich in Bedrängnis. Im Juni 1977 waren Zahlungs- und Handelsbilanz erstmals wieder positiv. Wenn „die beiden miteinander können“, so deshalb, weil sie beide Hyänen sind und wissen, mit welchen Mitteln um die Beute gerungen wird ... darin wahre Meister. Dieser Vorschlag hat bei Schmidt keine Begeisterung hervorgerufen. Im italienischen Fernsehen konterte er: „... wir helfen Ihnen mit Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, trotz unserer eigenen Arbeitslosigkeit.“ Im Klartext: „Ihr seid nicht in der Lage, Eure eigenen Arbeiter auszubeuten, wir können das besser und werden den Vorteil zu nutzen wissen.“



Sizilianisches Bauernehepaar beim Dreschen im Jahre 1976. Die italienische Bourgeoisie hat die Bauern des Südens von ihrem Land in die Städte und ins Ausland getrieben und den einst blühenden Süden in das Armenhaus Europas verwandelt.

Die beiden haben, kurz vor dem EG-Gipfel, über den Beitritt Portugals, Spaniens und Griechenlands gesprochen, der von den westdeutschen Imperialisten zwecks Erweiterung ihrer Machtbasis in der EG betrieben wird. Diese Länder wären auf dem EG-Agrarmarkt heftige Konkurrenten der Italiener, die das gleiche Spektrum landwirtschaftlicher Produkte herstellen. Die Landwirtschaft hat in Italien im Vergleich zur Bundesrepublik eine viel größere Bedeutung. 17,4% arbeiten noch in der Landwirtschaft gegenüber 7,5% in der BRD und haben einen 9,2%-Anteil am Bruttosozialprodukt gegen 3,2% in der BRD (alle Zahlen 1973). Andreotti wird deshalb einen hohen Preis für die Zustimmung zum Beitritt der drei gefordert haben.

Jedenfalls veröffentlichte vier Tage später „Blick durch die Wirtschaft“ (5.12), die Europäische Investitionsbank habe Italien neue Investitionsdarlehen gewährt in Höhe von 83,5 Milliarden Lire (206 Mio. DM) für eine Floatgasfabrik in den Abruzzen, eine Fabrik für Schnelläuferdieselmotoren in Apulien, zur Ausbeutung von Erdgasvorkommen an der Adria und für die Autobahn Udine-Friaul. Die Zinsen, die die italienischen Volksmassen zahlen sollen, liegen zwischen 7,7% und 11,1% bei einer Laufzeit von 8 bis 20 Jahren.

Die Chemiekonzerne SIR und Liquichimica kassierten von den insgesamt 34 Milliarden Mark „Subventionen zur Entwicklung“ des Südens allein 8 Milliarden und haben ihre Profite damit kräftig aufgebessert. Diese Subventionen sind den BRD-Imperialisten ein Dorn im Auge: „Italiens Chemie wird nicht moralischer und rentabler, wenn ihr die Subventionen entzogen werden, sondern nur, wenn mit dem Entzug zusammen wieder marktwirtschaftliche Bedingungen hergestellt werden.“ (Welt 6.12.) Solange

15,7% erhöhte. Schmidt hat genügend Druckmittel über die Verschuldung Italiens an den BRD-Imperialismus, solche optimalen Bedingungen durchzusetzen.

Die beiden Bourgeoispolitiker haben auch gesprochen über Osthandel, SALT II und KSZE. Beide sind alte Hasen in der Taktik der Aufweichung des sozialimperialistischen Blocks mittels Handelsabkommen, Kooperations- und Lizenzverträgen. Wenige Tage vor Schmidt war Gierek in Rom, vorher war Schmidt in Polen. Wenn auch der Umfang des Osthandels Italiens nur rund ein Zehntel des westdeutschen beträgt, so konnte die italienische Bourgeoisie, insbesondere durch Fiat, Erfolge verbuchen, die in direkter Konkurrenz zum westdeutschen Imperialismus errungen wurden. Beide haben ein Interesse daran, die Bresche nach Osten zu erweitern und den sowjetischen Sozialimperialismus wirtschaftlich, militärisch und ideologisch zu schwächen.

Das einzige von Schmidt und Andreotti herausgelassene greifbare Ergebnis der Verhandlungen war die Vereinbarung eines Treffs der Innenminister der beiden imperialistischen Staaten über eine gemeinsame Strategie zur Unterdrückung der Volkskämpfe, was sie als „Kampf gegen den Terrorismus“ bezeichneten. Schmidt kann mit Andreotti zufrieden sein. – (Z-Red.)

möglich verschwinden, denn das portugiesische Volk beginnt die Orientierung zu verlieren, und die Abenteurer fangen schon an, den Putsch vorzubereiten. Es ist daher dringlich, diese Regierung durch eine andere zu ersetzen, die mindestens in einem Monat auf parlamentarischer und Mehrheitsbasis gebildet werden muß."

Der Sturz der Regierung Soares ist geplant. Präsident Eanes hat kurz darauf ein Dekret unterzeichnet, wonach die bis zur Bildung einer neuen Regierung im Amt bleibende Regierung Soares nicht mehr dem Parlament, sondern nur ihm verantwortlich ist. Ab Montag hält sich der General Eanes in Westdeutschland auf. Er wird Befehle entgegennehmen, wie weiter zu verfahren ist.

wandelt.

Handelsbilanzdefizit, 1974 noch 28 Milliarden Mark, sank auf 16 Milliarden 1976, der Kurs der Lira blieb seit Anfang dieses Jahres relativ stabil. Lediglich bei der „Sanierung des Staatshaushalts", wie die Bourgeoisie die Steigerung der Ausplünderung der Volksmassen nennt, war er nicht so recht vorangekommen. Selbst die herr-

gen werden kann. Davon waren die Themen des fünfstündigen gegenseitigen Belauerns gekennzeichnet.

Andreotti forderte höhere italienische Exporte nach Westdeutschland. Alle Imperialisten verstärken in der Krise ihre Anstrengungen, durch größeren Export wieder rauszukommen. Die westdeutschen Imperialisten sind

stellt werden." (Welt 6.12.) Solange keine optimalen Konkurrenzbedingungen für die westdeutschen Kapitalisten hergestellt werden, halten sie sich mit Investitionen zurück, einer der Gründe, warum der westdeutsche Kapitalexport nach Italien von Januar 1976 bis Juni 1977 nur um 7% auf 1,68 Milliarden DM gestiegen ist, während er sich für den gesamten EG-Raum um

Nato Feuerwehr übt Intervention in Europa

7000 Soldaten aus den USA, Italien, Belgien und Westdeutschland haben in Südengland das Nato-Manöver „Avon Express" geprobt.

„Eigentlich sollten sie zu dieser Stunde irgendwo in Griechenland oder der Türkei den Manöverfeind schachmatt setzen. Aber die delikaten Beziehungen zwischen Hellenen und Türken haben die ‚fliegende' Nato-Streitmacht aus allen südlichen Träumen gerissen und auf die bitterkalte Ebene von Salisbury verschlagen." (Bild am Sonntag, 4.12.77)

Die Nato-Truppen der Imperialisten mußten aus Griechenland abziehen, das hat die südlichen Kriegsträume gestört. Die „Natofeuerwehr" (Allied Command Europe Mobile Force AMF) besteht aus mehreren Luftlandebataillonen mit starken Panzerabwehrwaffen, Panzeraufklärern und Versorgungseinheiten. Jedes Land bildet ein eigenes Kampfbataillon. Verschieden sind auch die Waffensysteme. Jede imperialistische Truppe setzt die eigenen Waffen ein. Deshalb die Einschätzung der herrschenden Klasse „die militärische Stärke ist eher begrenzt ... die AMF gilt daher mehr als politische Waffe, die blitzschnell alle Nato-Partner auf das Schlachtfeld bringen würde." (Bild am Sonntag, 4.12.77)

Um was es geht? „Im Falle eines Angriffs gelten die nördliche und die südliche Flanke der 9000 km langen Nato-Front als die gefährdetsten Abschnitte, der westlichen Verteidigung, schon deshalb, weil sie jeweils nur von einem Nato-Partner *allein* verteidigt werden." (ebenda) Der westdeutsche Imperialismus probt im Rahmen der Nato-Manöver den jederzeitigen Interventionseinsatz in Europa.

Rumänien und Jugoslawien errichten ein gemeinsames Wasserkraftwerk

Der jugoslawische Präsident J.B.Tito hat Anfang Dezember Rumänien besucht. Anlaß war der Baubeginn zu einem gemeinsamen Donaukraftwerk am „Eisernen Tor", einem Donauabschnitt, wo die Flußmitte die Grenze beider Länder bildet. Es ist das zweite große Wasserkraftwerk, was beide Länder zu gleichen Teilen gemeinsam errichten. Damit durchbrechen sie direkt das Energiemonopol der sozialimperialistischen Sowjetunion im RGW, mit dem diese versucht, die RGW-Länder, zu der auch Rumänien gehört und auch das assozierte Jugoslawien, in Abhängigkeit zu halten.

Gegen den Sozialimperialismus beginnt sich auf dem Balkan eine Front herauszubilden. Rumänien und Jugoslawien bilden nach dem sozialistischen Albanien die wichtigsten Länder, die sich dem sowjetischen Hegemoniestreben auf dem Balkan entgegenstemmen. Dieser Kampf ist nicht ohne Widersprüche, und jeder Schritt dieser Länder aus den Klauen des Imperialismus bedarf der Unterstützung und Sympathie der Arbeiterklasse und der Völker der Welt. „Das von Fachleuten beider Länder entworfene großartige Werk wird zwei Staudämme, zwei Wasserkraftwerke – eines auf dem jugoslawischen und eines auf dem rumänischen Ufer – umfassen, die mit jeweils acht Turbinen ausgestattet sind, und eine installierte Endleistung von 432 Megawatt haben und jährlich jeder Seite 1,2 Millarden kWh liefern werden. Zusammen mit der Errichtung der Staumauern und der Schleusen wird ein Stausee mit der Länge von 80 Kilometern geschaffen, durch den auch die Schiffahrt in diesem Abschnitt bedeutend erleichtert wird. Außerdem werden bedeutende Wassermengen für Bewässerungsarbeiten zur Verfügung gestellt und Möglichkeiten für eine breite Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen geschaffen. Die ersten Aggregate sollen 1983 in Betrieb genommen werden. Die Endleistung wird 1984 erreicht." („Neuer Weg" / Rumänien 6.12.77)

Zusätzlich zu dem Wasserkraftwerk wird eine Brücke über die Donau erbaut werden. Der Bau des Kraftwerks beruht auf Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, das unter anderem die Herstellung von „Hydroaggregaten, Elektroloks, Autobussen, Lastkraftwagen und Werkzeugmaschinen" sowie verschiedener chemischer Erzeugnisse regelt. In der Zeitschrift „Rumänischer Außenhandel" 3/77 heißt es zum Anstieg des Handelsaustausches beider Länder: „In diesem Sinne ist der Entschluß besonders wichtig, alles daranzusetzen, um bis 1980 einen Gesamtumfang der gegenseitigen Lieferungen von mindestens 1 Millarde Dollar zu erreichen", was etwa eine Verdreifachung des Warenaustauches bedeuten würde. Diese Entwicklung ist auch schon nach vorhandenen Statistiken zu ersehen. So erhöhte sich der Export Rumäniens nach Jugoslawien von 1970 bis 1975 von 264,1 Mio. Lei Waren und der Import von 175,2 auf 533,8 Millionen Lei in den gleichen Jahren. Gegenwärtig wird von beiden Ländern geprüft, ob sich Rumänien an der Ausbeutung von Eisenerzlagern und Bauxitlagern in Kossovo (Jugoslawien) beteiligt im Austausch gegen längerfristige Lieferungen.

Intensiviert hat sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern nach dem Einmarsch der Sozialimperialisten in die CSSR im Jahre 1968. Rumänien und Jugoslawien haben dagegen protestiert, eigene Verteidigungsmaßnahmen ergriffen und zum Teil Armee und Miliz mobilisiert. Der rumänische Präsident N. Ceausescu hat noch kurz vor dem Einmarsch der Sozialimperialisten in die CSSR anläßlich eines Staatsbesuchs in Prag erklärt, daß er das Recht eines jeden Landes auf eine eigene Entwicklung verteidigt und sich gegen jede Intervention durch verbündete Staaten wendet. („Die Presse", 16.8.68) Gleich nach der Intervention hat Ceausescu gewarnt, das rumänische Volk werde niemandem gestatten, seine Souveränität zu verletzen. Zum Schutz des Landes werde eine Garde aus Arbeitern, Bauern und Intellektuellen gebildet. („Die Presse", 22.8.68) Ebenso verurteilte Jugoslawiens Präsident die Verletzung der Souveränität der CSSR. Beide Länder halten an der in der Warschauer-Pakt-Carta ursprünglich festgehaltenen Forderung nach Auflösung der Militärblöcke fest, die von den Sozialimperialisten inzwischen fallengelassen worden ist. Rumänien ist Mitglied im Warschauer Pakt. Zu einem Besuch Titos 1976 in Rumänien heißt es in der jugoslawischen Zeitschrift „Internationale Politik" vom 20.9.76: „Die rumänische und die jugoslawische Seite waren sich ohne Schwierigkeiten einig über die Forderungen, daß ausländische Militärstützpunkte auf fremden Territorien abgeschafft und ausländische Truppen vom Territorium anderer Staaten abgezogen werden müssen, daß die Rüstungskosten reduziert und die Bedingungen für die Auflösung der Militärblöcke geschaffen werden sollen." Seit 1968 dürfen auf rumänischem Terrotorium keine Truppen des Warschauer Paktes mehr Manöver durchführen, sowie das Land durchqueren. Die sowjetischen Truppen sind schon seit 1958 aus dem Land. (Vergl. auch KVZ Nr. 44/77) Auf dem Treffen Anfang diese Monats haben beide Präsidenten die „Prinzipien der Unabhängigkeit und Souveränität, der Gleichberechtigung der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" betont.

Rumänien und Jugoslawien zählen sich zur „Gruppe der 77" und treten für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein. Auf dem Treffen wurde zur Nahostfrage die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser und das Recht des palästinensichen Volkes zur Bildung eines unabhängigen Staates betont. („Tanjung", 5.12.) – (Z-Red.)

Der Konkurrenzkampf der Imperialisten der USA und Frankreichs um Kanada

Die kanadische Agentur zur Prüfung ausländischer Investitionen hatte im Oktober einen Jahresbericht über ihre Tätigkeit in den letzten dreieinhalb Jahren vorgelegt. Danach haben 502 ausländische Kapitalisten beantragt, kanadische Betriebe zu kaufen. Fast zwei Drittel davon (nämlich 392) waren US-amerikanische Kapitalisten, danach kamen englische, deutsche und französische Firmen. Die USA sind gegenüber Kanada die beherrschende imperialistische Macht. Die westeuropäischen Imperialisten unternehmen große Anstrengungen, um in Kanada Fuß zu fassen und sich an der Ausbeutung der kanadischen Arbeiterklasse zu beteiligen. Der BRD-Imperialismus konnte seine Kapitalexporte im letzten Jahr um 18% steigern.

Die französischen Imperialisten versuchen bei diesem Konkurrenzkampf um den kanadischen Markt, sich als Fürsprecher der frankokanadischen Bevölkerung in der Provinz Quebec aufzuspielen. Die französische Regierung hat den Ministerpräsidenten von Quebec, Levesque, bei seinem Besuch in Frankreich Anfang November empfangen wie den Regierungschef eines selbständigen Staates. Sie hat dabei eine permanente Garantie für die „Unabhängigkeitsbestrebungen" von Quebec ausgesprochen und Beziehungen von zwischenstaatlichem Charakter, wie es die Zeitung „Le Figaro" nannte, eingerichtet. Das ist ein direkter Anschlag auf die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Kanadas. Bezüglich der Bodenschätze Kanadas wurde ein Fünfjahresvertrag zur Erforschung und Ausbeutung der Kupfervorkommen in der Provinz Quebec und ein Abkommen über den Handel mit Asbest und Uran abgeschlossen. Die französischen Imperialisten, die selbst einmal Kolonialmacht in Kanada waren, nutzen bei diesem Einmischungsversuch die nationale Unterdrückung des französischsprachigen Quebecs durch die kanadische Bourgeoisie und stützt sich dabei auf eine nationalistische Partei, die „Quebec-Partei", um an die nationalen Reichtümer an Rohstoffen heranzukommen. Die Quebec-Partei wird von einzelnen in Quebec ansässigen Kapitalisten unterstützt.

Im Juli 1977 veranstaltete diese Partei, die die Provinz Quebec regiert, eine Feier anläßlich des 10. Jahrestages des Besuches des französischen Präsidenten de Gaulle in Kanada und seiner Rede aus dem Rathaus von Montreal, die mit dem Ruf geendet hatte: „Es lebe das freie Quebec!" Ein Film dieser Szene wurde auf eine große Leinwand projiziert, die Rede wurde noch einmal von einem Schauspieler vorgetragen. Der Platz war geschmückt mit Fahnen von Quebec und der Fahne der 1789 von der französischen Revolution beseitigten Monarchie. Aufgespielt wurde von einer Polizeikapelle in den Uniformen der französischen Kolonialtruppen, die im 18. Jahrhundert von den Briten aus Kanada vertrieben worden waren. Da die Beteiligung der französisch sprechenden Volksmassen an diesem Schauspiel gering war, leitete die Quebec-Partei hinterher eine Nachforschung ein, weil sie ein „britisches Komplott" vermutete.

Bereits jetzt ist Quebec, wie ganz Kanada, wirtschaftlich und politisch in der Hand des US-Imperialismus. Die Wirtschaft von Quebec ist hochmonopolisiert. Die 62 größten Unternehmen erbringen über 50% der Industrieproduktion. Von den 50 größten Bergbau- und Industriegesellschaften werden 45 von ausländischem, vor allem US-amerikanischem Kapital kontrolliert. Von den fünf anderen sind zwei staatlich. Als Folge der Abhängigkeit vom US-Imperialismus bekam die Arbeiterklasse von Quebec die Folgen der imperialistischen Krise nach 1974 besonders zu spüren. Die Arbeitslosigkeit liegt heute bis über 10%, die Arbeiterklasse hat zahlreiche Kämpfe gegen die Verschlechterung ihrer Lage und die politische Unterdrückung geführt. Die Quebec-Partei des jetzigen Ministerpräsidenten Levesque hat sich bei den Wahlen im November 1976 an die Spitze des Kampfes der Massen von Quebec gegen die Unterdrückung durch die kanadische Bourgeoisie gestellt und die absolute Mehrheit im Parlament mit einem Programm für die „Unabhängigkeit" Quebecs von Kanada gewonnen.

Tatsächlich besteht ihre Politik darin, unter nationalistischer Fahne die Kämpfe der Arbeiterklasse zu spalten und zu unterdrücken und das Land nicht nur dem USA-Imperialismus, sondern auch seinen westeuropäischen Konkurrenten auszuliefern. Dieser Hoffnung dient auch deren Förderung durch den französischen Imperialismus. Die breite Öffnung des Landes findet auch die Unterstützung einiger in Quebec ansässiger Kapitalisten, die sich eine Verbesserung ihrer Profite versprechen. Levesque hat bereits in den sechziger Jahren dafür als Minister für Bodenschätze gesorgt, daß die Reichtümer des Landes zur Verfügung gestellt werden und ein wachsender Anteil der Rohstoffe unverarbeitet in die USA exportiert worden ist. Der französische Imperialismus hat sich den richtigen Mann zur Förderung ausgesucht. In dem von seiner Regierung und Partei beschlossenen Haushalt für 77/78 ist eine Neuverschuldung von 3 Milliarden Dollar vorgesehen – davon 1 Milliarde für den Bau neuer Wasserkraftwerke, die Strom in die USA liefern sollen. Bereits jetzt beträgt die Verschuldung von Quebec 2200 Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Gegenüber der kämpfenden Arbeiterklasse organisiert die Quebec-Regierung schärfste Unterdrückung. So organisierten sie eine Schießerei gegen streikende Mühlenarbeiter, die im Kampf gegen den US-Konzern Robin Hood standen. Sie versuchten mit Polizei und Dienstverpflichtung, Streiks an mehreren Krankenhäusern zu brechen. Gleichzeitig arbeiten sie zielstrebig an der politischen Spaltung der Arbeiterklasse, unter anderem durch das Sprachengesetz Nr. 101, das Französisch zur Pflichtsprache macht und das ein Unterdrückungsinstrument gegen alle die zahlreichen Gruppen von Einwanderern und ausländischen Arbeitern ist, die zuvor von der kanadischen Bourgeoisie gezwungen worden sind, die englische Sprache anzunehmen.

Die werktätigen Massen in Quebec erkennen in den Klassenkämpfen, daß der Kampf gegen die nationale Unterdrückung nicht an der Seite der Bourgeoisie und der ehemaligen Kolonialherren Frankreich oder anderen Imperialisten zu führen ist, die diese Unterdrückung ebenso, nur anders, organisieren und aufrechterhalten wollen zwecks Plünderung der reichen Rohstoffvorkommen. – (Z-Red.)

Militärverträge und Stützpunktrechte der USA bezüglich Kanada



Die Karte zeigt: Die US-Imperialisten halten Kanada vollständig besetzt. Seit 1940 haben sie Kanada durch ein Netz von Militärabkommen und Verträgen zum Waffenschauplatz insbesondere der Luftabwehr und von Radarstationen gemacht.

Verteidigungsabkommen der USA mit Kanada

18.8.1940 Erklärung über die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsamtes

27.3.1941 Verteidigungsabkommen betreffend Neufundland

1.8.1951 Abkommen über das kontinentale Radarverteidigungssystem

5.5.1955 Abkommen über Einrichtung einer Distant Early Warning Linie

12.5.1958 Abkommen über ein Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando (NORAD), letzte Verlängerung 8.5.1975

22.7.55 und 22.5.59 Abkommen über Atomzusammenarbeit zwecks Verteidigung

12.6.1961 Abkommen über Verbesserung der Luftverteidigung Kanadas und der USA

2.9.1958 Abkommen über ein Fernraketenvorwarnsystem

17.4.1961 Abkommen über Ausweitung und Verstärkung des kontinentalen Luftverteidigungssystems

19.3.52, 5.7.52, 19.4.56, 20.5.58, 1.5.59 Abkommen über US-Basen in Kanada

13.6.1972 Abkommen zur Verlängerung der verpachteten Gebiete Goose Bay, Newfoundland als Luftwaffenflughafen (Air Force Basen der USA)

1976/77 Radarwarnsystem mit 25 Stationen in Zentralkanada

Die Streikbewegung in Australien soll mit Parlamentarismus geschlagen werden

Die australische Kapitalistenzeitung „Financial Review" schrieb im Sommer dieses Jahres: „Die Regierung Fraser hat uns eine schlimmere Arbeitslosigkeit (5,7%) und ein größeres Budgetdefizit beschert als die Sozialisten, die wegen ihrer schlechten Wirtschaftspolitik die Wahlen verloren."

Die konservative Regierung Fraser hat jetzt, nach weniger als zwei Jahren Regierungszeit, Neuwahlen ausschreiben lassen, weil Fraser „überzeugt ist, daß seine Wahlaussichten jetzt sehr viel besser sind als im nächsten Jahr." („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.10.77) Die Regierung und alle bürgerlichen Parteien in Australien rechnen damit, daß sich die wirtschaftliche Lage des Landes noch weiter verschlechtern wird, und die vorgezogenen Wahlen sollen die Legitimation zur Fortsetzung der Politik der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Auslieferung des Landes an die Imperialisten schaffen.

Unter Ausnutzung der industriellen Reservearmee ist es den australischen Kapitalisten gelungen, die Ausbeutung gewaltig zu steigern. In 76,3% der Fabriken werden regelmäßig Überstunden gefahren (1976 waren es „erst" 72,3%), jeder Arbeiter arbeitet durchschnittlich 2,3 Überstunden pro Woche. Die Profite der Kapitalisten stiegen nach offiziellen Angaben 1976 um 33%, die Löhne und Gehälter um 11,6%. Damit ist es aber den Arbeitern gelungen, zu verhindern, daß die Lohnsteigerungen wesentlich unter die Inflationsrate fielen. Das ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Sie sprechen von dem in ihrem Auftrag angeordneten „freiwilligen Lohn- und Preisstopp" als einer „verzweifelten und unüberlegten Maßnahme", nachdem nach seiner Ankündigung die Zahl der Streiks um so rascher gestiegen ist. Auch die Versuche der Regierung, die Kämpfe der Arbeiter durch rücksichtslose polizeiliche und gerichtliche Verfolgung zu unterdrücken, sind gescheitert. Im Juli mußte der sozialdemokratische Vorsitzende des australischen Gewerkschaftsbundes, Hawkes, der sich selbst für einen möglichen Kandidaten für das Amt des Premierministers hält, einen dringenden Appell an die Regierung richten, die gesetzliche und polizeiliche Unterdrückung von Gewerkschaftern einzustellen, da „Australien am Rande eines wirtschaftlichen Desasters steht, weil massive Zusammenstöße drohen, die ich nicht aufhalten kann". Der Mann wußte, wovon er sprach: Am gleichen Tag waren sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre auf einer Versammlung von 3000 Arbeitern der Chrysler-Fabrik in Tonsley-Park in Neu-Süd-Wales verprügelt worden, weil sie die Pläne zur Lohnkürzung und Kurzarbeit der Geschäftsleitung durchsetzen wollten. (The Australian, 13.7.77) Jedes der zahlreichen Gerichtsverfahren gegen Gewerkschafter wegen Organisierung von Streikaktionen hat heftige Kämpfe im ganzen Land hervorgerufen wie den Generalstreik der Transportarbeiter in Westaustralien, der dazu führte, daß die geforderte Haftstrafe gegen den angeklagten Gewerkschafter nicht ausgesprochen wurde, oder der Streik der Erdölarbeiter, beide im Juli.

Heftigen Widerstand im ganzen Land hat der Beschluß der australischen Regierung hervorgerufen, die Uranexporte wieder freizugeben. Australien verfügt über 27% der bekannten, leicht abbaubaren Uranvorkommen außerhalb der RGW-Länder und der sozialistischen Länder. Der Beschluß erfolgte auf „direkte" Bitte des US-Präsidenten Carter. Die Arbeiterbewegung hat diesen Beschluß heftig in zahllosen Aktionen bekämpft. Die fürchtet einen imperialistischen Boom, der zur Verwüstung von großen Teilen des Landes führt und das Land noch weiter an die Imperialisten ausliefert. Der Kampf gegen die jetzt verstärkte Uranförderung wird durch Blockadeaktionen und Demonstrationen und durch die Unterstützung für die von Vertreibung aus ihren Wohngebieten bedrohten ursprünglichen Einwohner weitergeführt.

„Nach den langwierigen und äußerst kostspieligen Streiks in der Bauwirtschaft und einem großen Elektrizitätswerk in Victoria" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.77) testet die Bourgeoisie jetzt, mit welcher Regierung sie gegen die Arbeiterbewegung vorgehen kann. Zwar hoffen die Imperialisten, daß die Enthüllungen über die Korruptheit der Regierung ihnen das Urangeschäft nicht verderben wird (der Finanzminister wurde wegen „unethischer Bodengeschäfte" zum Rücktritt gezwungen), aber es bleibt ihnen immer noch die Sozialdemokratie, die mit scheinheiligen Parolen gegen den Uranexport und die Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse mit dem Ausbeutersystem versöhnen will. (Z-Red.)



In Westdeutschland bekannt geworden sind vor allem die Kämpfe der Moros (Moslems), die sich in die Front gegen den US-Imperialismus und das Marcos-Regime einreihen.

„Man kann einen Revolutionär gefangen nehmen, aber nicht die Revolution"

Am 21. November gab die „Internationale Assoziation der Philippinischen Patrioten" bekannt, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Philippinen, Jose Maria Sison, durch die Marcos-Regierung gefangengenommen worden ist.

Das philippinische Volk führt einen langen Kampf gegen den US-Imperialismus um nationale Unabhängigkeit. Die Philippinen waren eine Kolonie des US-Imperialismus. Während des Zweiten Weltkriegs errichtete das philippinische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei und der Volksbefreiungsarmee (HUK) befreite Gebiete. 1946 hatten sich die Volksmassen die staatliche Unabhängigkeit erkämpft, die US-Imperialisten konnten jedoch wegen der revisionistischen Entartung der Kommunistischen Partei mit Hilfe reaktionärer Handlanger eine neokoloniale Lösung durchsetzen.

Jose Maria Sison wurde verfolgt und jetzt gefangengenommen, weil er entscheidend am Wiederaufbau der Kommunistischen Partei seit 1968 beteiligt war und für die Errichtung einer nationalen Front gegen den US-Imperialismus eingetreten ist.

„Trotz der Gefangennahme von Sison wird das Marcos-Regime erkennen, daß es dadurch kein bißchen leichter wird atmen können ... Die philippinischen Massen haben gesehen, daß die Kommunistische Partei, die Neue Volksarmee und die Widerstandsbewegung insgesamt ihre Reihen wieder auffüllen, sich ausdehnen, stärker und besser organisiert als vorher ... Für jeden Soldaten des Volkes, den sie ermorden, erheben sich zehn; für jeden Aktivisten, den sie gefangensetzen, treten zwanzig an seine Stelle ..."

Die beiden imperialistischen Großmächte USA und UdSSR sind Feinde der Unabhängigkeit der arabischen Staaten und der Befreiung Palästinas – Zusammenschluß und Einheit der arabischen Staaten und der Palästinensischen Befreiungsbewegung sind die Grundlage für den siegreichen Kampf gegen die imperialistische Aggression und Unterdrückung

Nach der erneuten Aggression gegen die arabischen Staaten mit Hilfe des israelischen Siedlerstaates verabschiedeten die Imperialisten im Sicherheitsrat der UNO am 22.11.67 die Resolution Nr. 242, in der gefordert wird:

„Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten.... Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region und dessen Rechtes, in Frieden innerhalb der sicheren und anerkannten Grenzen frei von Drohungen oder Gewaltakten zu leben ... die freie Schiffahrt auf den internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren ... eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen ..."

„Die Sowjetunion stimmte für diese Resolution ... Sie erklärte Jarring gegenüber offiziell, daß die Sowjetunion die Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 als annehmbare völkerrechtliche Grundlage für eine Regelung im Nahen Osten betrachtet ..." (Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945–1970)

Auf dieses Komplott der Imperialisten gibt der palästinensische Nationalrat, oberstes Beschlußorgan der PLO, am 17. Juli 1968 mit dem „Palästinensischen Nationalvertrag" die revolutionäre Antwort:

„Art. 1. Palästina ist das Vaterland des palästinensisch-arabischen Volkes ...
Art. 2. Palästina bildet mit seinen Grenzen, die zur Zeit des britischen Mandats bestanden, eine geschlossene regionale Einheit.
Art. 3. Das palästinensisch-arabische

Expansion, Ausplünderung und Kanonenboote

Die Politik der Sozialimperialisten im Nahen Osten

Mit Blick auf den Nahen Osten sind die beiden imperialistischen Haupträuber und Unterdrücker, die USA-Imperialisten und die sozialimperialistische UdSSR, jetzt – Wochen nach der Initiative der ägyptischen Regierung gegenüber Israel – in hektische Geschäftigkeit verfallen.

Die US-Imperialisten haben ihren Außenministern Vance auf die Reise geschickt. Damit den arabischen Staaten, von denen er die Unterstützung der US-Imperialismus und seiner Interessen verlangen soll, klar ist, daß er nicht mit leeren Händen kommt, haben die US-Imperialisten ihrem Außenminister einen Kredit in Höhe von fast 2 Milliarden Dollar zur weiteren Fortsetzung des Ausbaus ihres Brükkenkopfes Israel gegen die Interessen der arabischen Staaten mit auf den Weg gegeben.

Die sozialimperialistische UdSSR erhebt lautes Geschrei über die „spalterische Reise des Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten" nach Jerusalem und verlangt überall „Verurteilung" der „Kapitulation". Ganz unerträglich wird die Heuchelei dieser sozialimperialistischen Politiker, wenn sie die Initiative der Regierung von Ägypten, mit dem rassistischen Siedlerregime in Verhandlungen zu treten, als „eine Gefahr für die Genfer Konferenz" vorstellen.

Alle intessierten Seiten" sollen nach den Vorstellungen der sozialimperialistischen UdSSR in Genf zusammentreten: Am „Verhandlungstisch" wollen die Imperialisten ihre Interessen und Interessengebiete abstecken und sollen die Völker ihre Interessen darbringen.

Die Sozialimperialisten, die sich fortwährend als „natürlicher Verbündeter" in die Angelegenheiten der gegen den Imperialismus kämpfenden Völker einzumischen versuchen, haben lautes Geschrei wohl nötig. Es ist eine Tatsache, daß die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen und ihre Politik zu den treibenden Kräften der drohenden Spaltung der Arabi-

französischen und britischen Imperialisten in Port Said auf dem Höhepunkt der „Suez-Krise" 1956

„wandte sich die sowjetische Regierung an USA-Präsident Eisenhower mit dem Vorschlag, die Anstrengungen zu vereinen und unverzüglich die See- und Luftstreitkräfte beider Staaten zur Unterbindung der Aggression und zur Einstellung weiteren Blutvergießens einzusetzen. Die USA-Regierung lehnte den sowjetischen Vorschlag ab",

berichtet die „Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945 bis 1970", für deren Redaktion die Akademie der Wissenschaften der UdSSR verantwortlich zeichnet.

In all ihren wortreichen Erklärungen war den Revisionisten bereits klar, daß die Begründung imperialistischer Politik mit der nationalen Souveränität und Selbständigkeit der Völker nicht vereinbar ist:

„,Die UdSSR', hieß es in dieser Erklärung, ,kann in der Suezfrage nicht abseits stehen ...', und entsprechend auf der I. Internationalen Suezkanalkonferenz: ,Diese Lösung müssen die wirtschaftlichen und politischen Interessen des ägyptischen Volkes berücksichtigen. Gleichzeitig müsse sie die Freiheit der Schiffahrt für alle Staaten gewährleisten, die den Kanal benutzen.'" (Geschichte der sowjetischen Außenpolitik)

„... die Rückzahlung erfolgt durch die traditionellen Exportgüter (oder in inländischer Währung)." (Geschichte der sowjetischen Außenpolitik)

„Die traditionellen Exportgüter" lagen schon den Kolonialisten am Herzen. Deswegen wurden sie *„traditionell"*.

Für Ägypten z.B. bedeutet diese Tradition, daß die *komplette* Baumwollernte nach der Außenhandelsstatistik 1900–1927 an die Kolonialisten geliefert werden mußte. Heute macht Baumwolle und deren Produkte die Hälfte der Einfuhren der UdSSR aus Ägypten aus. Durchschnittlich knapp die Hälfte des „sowjetischen Bedarfs" an Rohbaumwolle muß Ägypten durch seine Ernte decken. Auf Jahre hinaus haben sich die Sozialimperialisten mit ihrer „günstigen finanziellen Hilfe" entscheidende Anteile vor allen Dingen an den Rohstoffen und der landwirtschaftlichen Produktion dieser Ländern, aber auch bereits an der gerade im Aufbau begriffenen Industrieproduktion gesichert.

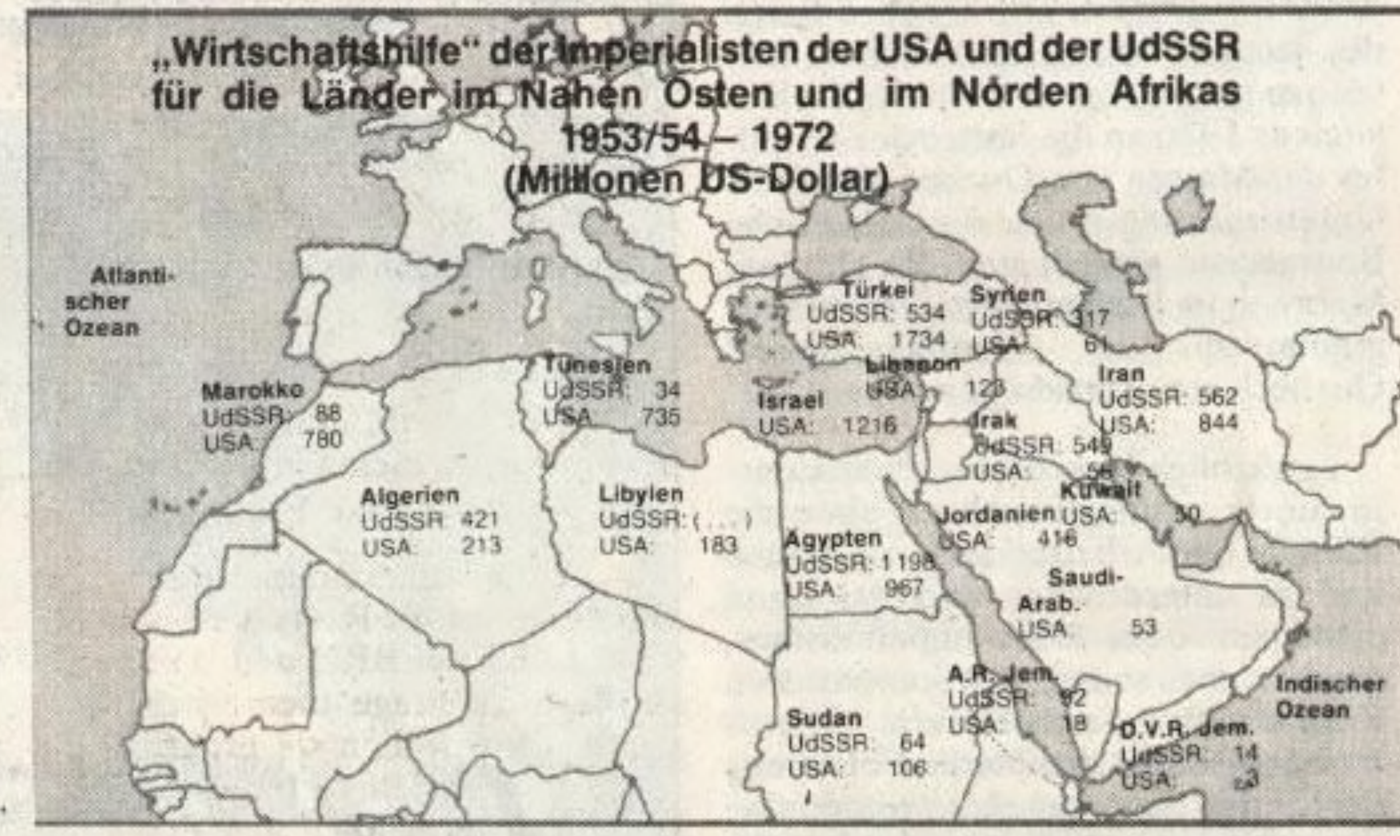
„Handel schafft Wandel" ist eine der Phrasen, mit denen die Revisionisten diese Politik kommentieren. Gegenüber der Außenwirtschaftspolitik der *Sowjetmacht* haben diese Revisionisten tatsächlich einen *Wandel* vollbracht, und zwar um 180 Grad: von einer revolutionären zur konterrevolu-

ste über den „Hinterhof" Naher bzw. Mittlerer Osten bis nach Indien reicht, müssen gesichert werden. Im Kampf um Europa können diese im Bereich des östlichen Mittelmeers operierenden Verbände gleichzeitig Flankensicherung im Süden wie Eingreifreserve für Operationen im Atlantik und im Indischen Ozean bilden.

Ägypten – die Pforte des „Hinterhofes"

Als natürliche Brücke zwischen Afrika und Asien und auf Grund der Suez-Verbindung zwischen Atlantik/Mittelmeer und Rotem Meer/Indischem Ozean stellt Ägypten eine Schlüsselstellung im Kampf der Imperialisten um die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten dar. Für die Sozialimperialisten der UdSSR ist Ägypten darüberhinaus sowohl der entscheidende Ausgang des, was sie als ihren „Hinterhof" betrachten, wie damit gleichzeitig auch der bedeutsamste Eckpfeiler. Daraus ergibt sich über die wirtschaftlichen und natürlichen Reichtümer und die Menschenzahl Ägyptens hinaus die Bedeutung für die beiden imperialistischen Großmächte, dieses Land in ihre Abhängigkeit und Verfügung zu bringen.

Dabei versuchen die US-Imperialisten, die Erpressung Ägyptens über die Aufrüstung Israels voranzutreiben und die Schwächung der arabischen Staaten infolge der drohenden Spaltung der Arabischen Liga auszunutzen, um in den letzten 20 Jahren verlorenes Terrain im Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten, vor allem Ägypten, erneut und vollständig an sich zu reißen. Die US-Imperialisten setzen darauf, die bürgerliche Klasse in Ägypten durch diese Umstände und mit ihren bekannten, diesen Umständen entsprechenden Mitteln zu den für die Interessen der USA-Imperialisten notwendigen Einsichten schon treiben zu können.



Art. 3. Das palästinensisch-arabische Volk besitzt ein legales Recht auf sein Vaterland, und sobald dessen Befreiung vollendet ist, wird es das Selbstbestimmungsrecht allein nach seinem eigenen Willen und seiner eigenen Wahl ausüben ...
Art. 5. Palästinenser sind jene arabischen Bürger, die bis 1947 dauernd in Palästina lebten, ob sie von dort vertrieben wurden oder dort blieben ...
Art. 6. Juden, die bis zum Beginn der zionistischen Invasion dauernd in Palästina lebten, werden als Palästinenser betrachtet.
Art. 8. Das palästinensische Volk lebt in der Phase des nationalen Befreiungskampfes um Palästina ...
Art. 10. Feddajin-Aktionen bilden den Kern des palästinensischen Volkskrieges um die Befreiung ..." (aus dem Palästinensischen Nationalvertrag von 1968)

Nach der Juni-Aggression 1967 gegen die arabischen Staaten traten die Sozialimperialisten immer offener und unverhüllter zusammen mit den US-Imperialisten gegen diese Forderungen auf. Ständig übten sie in Verbindung mit ihren Waffengeschäften und Schuldforderungen Druck vor allem auf Ägypten aus. Direkt nach dem Beginn des Angriffs der arabischen Staaten im Oktober 1973 handelten Kissinger und Breshnew gemeinsam einen UNO-Sicherheitsratsbeschluß aus – die UNO-Resolution Nr. 338 –, in der die Resolution Nr. 242 bestätigt wird, um den Zustand von „weder Krieg noch Frieden" erneut herzustellen.

Am 23.11.1974 wurde von der Mehrheit der UNO-Vollversammlung durch Einladung Arafats ihnen eine Antwort erteilt und eine Resolution verabschiedet, die

„1. abermals die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes (bestätigt), darunter (a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung, (b) das Recht auf internationale Unabhängigkeit und Souveränität ... 5. erkennt ferner das Recht des palästinensischen Volkes an, seine Rechte in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen mit allen Mitteln wiederzuerlangen; 6. ruft alle Staaten und internationalen Organisationen auf, dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung seiner Rechte, in Übereinstimmung mit der Charta, ihre Unterstützung zu geben ..." (aus der Resolution der UNO-Vollversammlung vom 23.11.74)

der drohenden Spaltung der Arabischen Liga gehört.

„Ihr seid unser Hinterhof"

So hat Chruschtschow die expansionistischen und auf die Begründung einer Weltmachtpolitik in Konkurrenz zu den USA-Imperialisten gerichteten Interessen der UdSSR im Nahen Osten präsentiert, nachdem der Revisionismus Mitte der 50er Jahre die Macht im Sowjetstaat an sich gerissen hatte. Das berichtet Heikal, damaliger Chefredakteur der Kairoer Zeitung „Al Ahram".

Die gleiche Ansicht über die Bedeutung des Nahen Ostens hatten die durch die Oktoberrevolution gestürzten Zaren. Sie betraten diesen „Hinterhof" wiederholt mit Truppen und Kanonen, um die türkischen und persischen Völker dem „Schutz der russischen Großmacht" zu unterwerfen und sich selber Zugang zu den Meeren zu verschaffen.

Als die arabischen Staaten durch die Unterstützung Ägyptens mit den Imperialisten in heftiger Auseinandersetzung standen, um die noch bestehende halbkoloniale Abhängigkeit zu zerschlagen, die britischen Truppen zu vertreiben und vor allem die vollständige Souveränität einschließlich der vollen Verfügung über den Suez-Kanal zu erkämpfen, sahen die Revisionisten die Gelegenheit gekommen, sich das notwendige Sprungbrett am Mittelmeer für ihre Weltmachtpolitik zu verschaffen.

Die westlichen Imperialisten unter der Führung der USA sperrten Ägypten die Waffenlieferung. Die Revisionisten unter Führung Chruschtschows griffen zu. Sie benutzten diese Lage Ägyptens, um 1955 ihr erstes großes Waffengeschäft über den Kreis der von ihnen abhängigen Länder des Warschauer Vertrags hinaus zu tätigen.

Ägypten zwangen sie damit, sich bei ihnen zu verschulden. Den Abschluß dieses von ihrer Seite durch und durch erpresserischen Waffenhandels heben die Sozialimperialisten heute als einen der ersten Höhepunkte in der Entwicklung ihrer „Freundschaft mit den antiimperialistischen Kräften" hervor.

Aber damit erst der Anfang dieser Sorte „Freundschaft". Kaum war ihr Handel abgeschlossen, fühlten sich die Revisionisten unter Führung Chruschtschows schon ganz als die Herren ihres „Hinterhofs". Nach dem Angriff Israels und der Landung der

„Die UdSSR hilft vielen Entwicklungsländern besonders bei der Errichtung der Schwerindustrie"

Die Sozialimperialisten ließen es nicht bei Waffengeschäften. Vor allem in der zweiten Hälfte der 50er Jahre begannen sie zielstrebig, alle Möglichkeiten auszunutzen, um Einfluß auf und Kontrolle über die Entwicklung der Wirtschaft der um ihre Unabhängigkeit von den alten Kolonialisten kämpfenden Völker und Staaten zu erlangen. Der Außenhandel der UdSSR mit den „Entwicklungsländern" dokumentiert, wie nach ihrem Machtantritt die Revisionisten diesen Kurs einschlagen, um über die rücksichtslose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit dieser Länder die Basis für ihre imperialen Absichten zu erweitern:

Außenhandel der UdSSR mit den „Entwicklungsländern"
(in Millionen Rubel)

	Export der UdSSR	Import der UdSSR	Export- bzw. Import- (–) überschuß
1950	29,1	83,4	–54,3
1955	128	176	–48
1965	1010	734	276
1970	1836	1145	691
1973	2937	1735	1202

In Nordafrika und im Nahen Osten befinden sich nicht nur mit der Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten/Syrien), dem Irak und dem Iran die zusammen mit Indien wichtigsten Ziele dieser Politik der Sozialimperialisten. Rund ein Drittel des Anteils der Entwicklungsländer am Außenhandel der UdSSR für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas zeigt, wie die Sozialimperialisten an der Besitzergreifung ihres „Hinterhofs" arbeiten.

Der Exportüberschuß braucht Deckung. Die „Hilfe" der Sozialimperialisten ist nicht umsonst. Diese haben von ihren imperialistischen Konkurrenten das Nötige rasch gelernt:

„Finanzielle Hilfe erweist die UdSSR zu äußerst günstigen Bedingungen: zu einem jährlichen Zinssatz von 2 bis 2,5 Prozent mit einer Tilgungsfrist von gewöhnlich 12 Jahren",

erklären die Geschichtsschreiber der Außenpolitik der Sozialimperialisten. Wie sich diese Kredite in Konkurrenz zu dem Wirken der USA-Imperialisten verteilen, zeigt die Kartenübersicht.

tionären, neokolonialistischen Außenwirtschaftspolitik. Da ist es kein Wunder, daß zum größten Objekt ihres Schachers mit Abstand der Waffenhandel geworden ist, wie die Verkaufserlöse und Kredite, die sie dafür eingebracht haben, beweisen:

Waffenhandel der UdSSR im Nahen Osten und in Nordafrika 1946 bis 1972
(Verkaufserlöse und Kredite)

Land	Verkaufte Waffen (Mio. US-Dollar)
Ägypten	2700
Iran	500
Irak	1000
Syrien	715
A.R.Jemen	75
VR Jemen	25
Algerien	400
Marokko	15
Sudan	65
Summe	5498

„Das neue internationale Kräfteverhältnis"

Um Schulden eintreiben zu können, um ihren „Hinterhof" zu beherrschen und um von diesem „Hinterhof" aus die notwendigen Operationen im Kampf um die Weltherrschaft führen zu können, betreiben die Sozialimperialisten mit der Ausdehnung ihrer Ausbeutungsgeschäfte einhergehend die Aufstellung einer Flotte:

1972/73 stehen der 6. US-Flotte bereits folgende Kapazitäten der Kriegsmarine der Sozialimperialisten gegenüber: Bei den Zerstörern ist das Verhältnis 2 zu 1, d.h. 21 Zerstörer der 6. US-Flotte im Mittelmeer gegenüber 10 Zerstörern der Flotte der Sozialimperialisten. Bei den Nachrichten- und Aufklärungsschiffen beträgt das Verhältnis zu diesem Zeitpunkt zwei auf Seiten der US-Imperialisten zu sechs auf seiten der Sozialimperialisten, bei den Torpedobooten zwei zu drei, bei den Landungsschiffen drei zu drei, bei den Unterseebooten sechs zu zwölf und bei Minenlegern vier zu zwei.

Diese sich abzeichnenden Schwerpunkte im Aufbau der sozialimperialistischen Kriegsmarine gegenüber der 6. USA-imperialistischen Flotte entsprechen folgenden strategischen Interessen: Intervention, Landung und Deckung des Abschnitts „östliches Mittelmeer" der „südlichen Front" der UdSSR, die auf der ganzen Länge von der nordafrikanischen Mittelmeerkü-

können.

Auf der anderen Seite, ihre Gegner, die Sozialimperialisten der UdSSR: Trotz der Schlappen, die sie bei ihren bisherigen Versuchen der Beherrschung Ägyptens als Pforte des von ihnen abgesteckten „Hinterhofs" erlitten haben, denken sie nicht entfernt daran, deshalb etwa zurückzustecken.

Im Gegenteil setzen sie alle Mittel ein, um den Druck auf Ägypten zu verstärken mit dem Ziel, die wachsende Selbständigkeit dieses Staates gegenüber ihren Interessen zu unterdrücken und rückgängig zu machen. Elementar ist für dieses Ziel die tiefe und weitgehende Spaltung der Arabischen Liga zu Ungunsten Ägyptens: als Ansatzpunkt, um den ägyptischen Staat und seine Regierung zusätzlich zur wirtschaftlichen Erpressung unter direkten politischen Druck zu bringen. Das in der vergangenen Woche auf der Konferenz in Tripolis angeblich ins Leben gerufene „gemeinsame militärische Kommando" paßt den Sozialimperialisten ganz in die Strickart ihrer aggressiven Pläne gegenüber Ägypten

Die bürgerliche Klasse in Ägypten schließlich verspricht sich von der Reise nach Jerusalem ein Ende bzw. ein absehbares Ende des mit ihrer eigenen Existenz immer unerträglicheren Zustands von „weder Krieg noch Frieden". Von den beiden imperialistischen Großmächten im Kampf um die Vorherrschaft des Nahen Ostens wird dieser Zustand aufrechterhalten. Jedoch hinter dem rassistischen Siedlerregime steht der US-Imperialismus. Das Interesse der imperialistischen Supermächte und ihre Konkurrenz dulden keinen „Ausgleich" zwischen den arabischen Staaten und Israel.

Die Politik der Imperialisten ist wie die der alten Kolonialisten Aggression, Unterwerfung, Reaktion. Durch den bewaffneten Befreiungskampf Palästinas und schließlich die Zerschlagung des von den US-Imperialisten gehaltenen Siedlerregimes werden die arabischen Völker ihre politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit erreichen. Gleichzeitig wird immer dringender für alle Kräfte, die diesen Kampf unterstützen, den Imperialisten die Möglichkeit zu jederzeitiger Einmischung und fortgesetzter Unterdrückung zu entziehen: Insbesondere gilt es, die Durchsetzung des Abzugs aller fremden Flotten aus dem Mittelmeer zu erzwingen. – (Z-Red.)

Neues von den Revisionisten? Ja und Nein!

Der Programmentwurf der DKP

In der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." So ist in der Präambel des Grundgesetzes im Bewußtsein der „Verantwortung vor Gott und den Menschen" der spalterische und expansionistische Charakter der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht worden.

In der Präambel des Entwurfes für ein neues Programm der DKP heißt es: „Die DKP teilt den Stolz der arbeitenden Menschen unseres Landes auf ihre großen Aufbauleistungen, auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften, die sie gegen die Reaktion erstritten haben. Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekennt sich zu seinen demokratischen Prinzipien. Entsprechend seinem Auftrag wirkt sie aktiv bei der politischen Willensbildung des Volkes mit."

Die Verfassung der Bundesrepublik war von vornherein ein reaktionäres Machwerk der Bourgeoisie gegen die demokratische Bewegung und die Arbeiterbewegung in Westdeutschland wie gegen den Sozialismus, der durch die Niederschlagung des Faschismus im Vormarsch war.

Sie kann es sowohl einsetzen, um anstelle der Herrschaft des Sozialimperialismus und der dortigen Bourgeoisie ihre eigene Herrschaft zu propagieren, als auch, um die neue Bourgeoisie der DDR unter Druck zu setzen und eventuell dort Verbündete zu finden für ihre großdeutschen Träume.

Für die westdeutschen Revisionisten war die Formulierung eines Programms aus drei Gründen zwingend geworden. Um dem Druck der westdeutschen Monopolbourgeoisie nachzugeben, müssen sie sich ihr ideologisch vollständig unterwerfen, und das heißt, sich vorbehaltlos auf den Boden der FdGO stellen. Um ihre Isolierung in der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung zu überwinden, müssen sie versuchen, sich einen linken Anstrich zu geben. Um die Interessen der Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie in der DDR zu vertreten, müssen sie deren ideologische Wendung in der nationalen Frage programmatisch nachvollziehen und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation aus der Welt schaffen.

Auf ihrem Bonner Parteitag haben die DKP-Revisionisten eine Programmkommission gebildet. Am Donnerstag letzter Woche hat der Parteivorstand das Werk auf einer „internationalen Pressekonferenz" der Weltöffentlichkeit übergeben, und am Tag darauf ist es dann der „UZ" beigelegt worden. Es ist verständlich, daß bei der ganzen Angelegenheit nur ein programmatischer Eiertanz herauskommen konnte. Es ist schwierig, sich der westdeutschen Monopolbourgeoisie als Garant gegen die Revolution anzubiedern, den Sozialimperialisten bei ihren Expansionsplänen, die auf Kosten der westdeutschen Monopolbourgeoisie gehen sollen, zu dienen, und sich obendrein noch der Arbeiterbewegung als Vorhut im Kampf für den Sozialismus verkaufen zu wollen.

Auf einen Widerspruch haben wir bereits hingewiesen. Während sich die DKP immer penetranter als Hüter des Grundgesetzes aufspielt, liquidiert sie theoretisch sang- und klanglos mit der

im Kampf gegen die beiden Supermächte wie gegen die in den beiden deutschen Staaten herrschenden monopolkapitalistischen Cliquen einen Friedensvertrag durchsetzen. Alle imperialistischen Kräfte haben ein Interesse daran, die deutsche Frage im Fluß zu halten, um die Gelegenheit abzuwarten, wann sich mit dieser Frage ein politisches Geschäft machen läßt. In Wirklichkeit halten die Revisionisten praktisch die deutsche Frage offen, indem sie die nationale Frage liqudieren.

deutscher Staaten und Westberlins garantiert. Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen und Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten."

Da die Revisionisten die westdeutsche Arbeiterklasse dem Imperialismus unterwerfen wollen und sich bloß noch nicht definitiv entschieden haben, wem sie sich mehr verpflichtet fühlen, den russischen Sozialimperialisten oder der deutschen Monopolbourgeoisie, findet sich keine dieser Forderun-



„Die wichtigste Waffe der Arbeiter und Angestellten zur Sicherung und Verbesserung ihres Lebensstandards ist unter kapitalistischen Bedingungen der Kampf um höhere Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen", schreibt die DKP in ihrem Programmentwurf. Selbständigen Lohnkämpfen fällt sie aber stets in den Rücken. Unser Bild: Fordstreik 1973

Wenn die Sozialimperialisten und in ihrem Gefolge die Revisionisten in der DDR und in der BRD und Westberlin die deutsche Frage theoretisch liquidieren, dann wollen sie praktisch die Frage des Friedensvertrages liquidieren, die unvermeidlich die Frage des

gen in ihrem Programmentwurf.

„Mit der gleichen Konsequenz und Leidenschaft, mit der sie das kapitalistische Gesellschaftssystem ablehnen", würden die Revisionisten die „nationalen Interessen unseres Lan-

sie Organe des Volkes und werden bloß von neonazistischen und militaristischen Kräften „mißbraucht" im Kampf gegen das Volk. Der Konjunktiv in der ganzen Passage ist Ergebnis der programmatischen Bemühungen der Revisionisten, sich ein linkes Mäntelchen umzuhängen. Das ganze Zeug läuft in die Wirklichkeit übersetzt auf eine Koalitionsregierung von SPD und DKP hinaus, die in einer revolutionären Situation solange Militär, Polizei und Justiz gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Volksmassen einsetzen wird, bis die Monopolbourgeoisie wieder die Kraft gefunden hat, offen zur Konterrevolution überzugehen. Es ist ungefähr die Situation, die im Programm des KBW folgendermaßen beschrieben ist: „In jeder revolutionären Krise treten die Reformisten und Revisionisten offen an die Seite der Bourgeoisie. Von der Predigt der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung schreiten sie fort zur direkten Hilfe für die Bourgeoisie bei der blutigen Unterdrückung der revolutionären Teile des Proletariats und des Volkes. Das Proletariat kann die politische Macht nur erobern, wenn es Reformismus und Revisionismus in den eigenen Reihen bekämpft und überwindet." Die Revisionisten haben mit ihrer „antimonopolistischen Demokratie" eine Art Ebert-Haase-Regierung unter heutigen Bedingungen im Auge, und wir halten es überhaupt nicht für ausgeschlossen, daß es zu sowas in einer revolutionären Situation kommt. Die „antimonopolistische Demokratie" wird genau drei Möglichkeiten beinhalten: Entweder das Proletariat stürzt die Herrschaft der Bourgeoisie, die sich hinter der „antimonopolistischen Demokratie" verbirgt. Dann werden die Sozialdemokraten die Amis zu Hilfe rufen zur Verteidigung der Demokratie und die Revisionisten die Sozialimperialisten. Oder der westdeutschen Monopolbourgeoisie gelingt die offene Konterrevolution, bevor sie gestürzt werden kann. Oder die Revisionisten rufen die Sozialimperialisten ins Land, um unter

im Vormarsch war.

Die Revisionisten haben ihre liebe Not mit diesem Machwerk. Auf der einen Seite müssen sie es umlügen in ein fortschrittliches Dokument, auf dessen Boden sie die Versöhnung mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie suchen. Auf der anderen Seite sind die Revisionisten Agenturen des Sozialimperialismus. Während die revolutionäre sozialistische Sowjetunion die Einheit der deutschen Nation verteidigte gegenüber den Versuchen der USA, Westdeutschland zu einer Ausgangsbasis für den Angriff auf die Sowjetunion zu machen, wie gegenüber der Politik der westdeutschen Finanzbourgeoisie, durch die Spaltung Deutschlands die Voraussetzungen für die Rückeroberung der DDR zu schaffen, sind die Sozialimperialisten, die in der Sowjetunion die Macht ergriffen haben, und die neuen Bourgeoisie, die sie sich in der DDR als ihre Statthalter halten, ihrerseits zu verbissenen Spaltern der deutschen Nation geworden, um die DDR als ihren Stützpunkt für einen Angriff auf Westeuropa zu festigen. Das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation widerspricht den Interessen der beiden Supermächte. Die DDR-Revisionisten haben deshalb ihre Theorie von den beiden deutschen Nationen in die Welt gesetzt. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie, die in der Praxis von Anfang an die Spaltung der deutschen Nation betrieben hat, hielt dagegen stets demagogisch am Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation fest, um unter dieser Flagge eines Tages die Konterrevolution in der DDR zu organisieren und sich die DDR einzuverleiben. Selbstbestimmungsrecht hieß für die westdeutsche Monopolbourgeoisie dabei stets: Recht auf Unterwerfung ganz Deutschlands unter ihre Herrschaft und Wiederherstellung des deutschen Reiches in den Grenzen wenigstens von 1938. Dementsprechend haben sie bis heute weder die Oder-Neisse-Grenze noch die DDR vorbehaltlos anerkannt. Unter Berufung auf die Präambel der Verfassung hat das Bundesverfassungsgericht, diese höchste juristische Instanz der westdeutschen Monopolbourgeoisie eine solche Anerkennung auch ausdrücklich verboten. Nachdem in der DDR eine neue Bourgeoisie die Macht ergriffen hat, bleibt die Präambel der Verfassung mit ihrer reaktionären Version des Selbstbestimmungsrechts für die westdeutsche Bourgeoisie erst recht interessant: theoretisch sang- und klanglos mit der nationalen Frage die deutsche Nation, die in der Präambel des Grundgesetzes von der Bourgeoisie als verfassungsgebende Gewalt proklamiert worden ist, um zu gegebener Zeit diese Frage mit ihren Methoden zu lösen.

Die Liquidierung der nationalen Frage geschieht von Seiten der Revisionisten klammheimlich: Es wird einfach stets von Nation gesprochen, wenn das westdeutsche Volk gemeint ist, oder es wird vom „Volk der BRD" gesprochen, wenn es um die nationale Frage geht. Die Revisionisten treiben den Eiertanz so weit, daß sie die Existenz der einen deutschen Nation sogar für die Vergangenheit nicht auszusprechen wagen. So schreiben sie zum Beispiel:

„Der Sozialismus ist zum Weltsystem geworden. Er hat bereits auf mehreren Kontinenten Fuß gefaßt. Auch in einem Teil des einstigen Machtbereichs des deutschen Imperialismus – in der Deutschen Demokratischen Republik – hat er eine feste Heimstatt gefunden." Hand in Hand damit geht gut chauvinistisch die Entdeckung der BRD als Vaterland. So berichtet die „UZ" über die Pressekonferenz des Parteivorstandes:

„Der DKP-Vorsitzende erläuterte, daß der Programmentwurf der DKP die Interessen des arbeitenden Volkes zum Ausdruck bringe und damit zugleich die nationalen Interessen unseres Landes. Die Kommunisten würden mit der gleichen Konsequenz und Leidenschaft, mit der sie das herrschende kapitalistische Gesellschaftssysten ablehnen, zur Bundesrepublik Deutschland stehen, ‚die unsere Heimat ist und von der wir möchten, daß ihre Zukunft von den Idealen der Humanität, der Gerechtigkeit, der Demokratie und der Freiheit bestimmt wird.'" Da steht dieser Heuchler also zur Bundesrepublik *Deutschland*, diesem Produkt des deutschen Imperialismus, und verherrlicht sie als seine Heimat und meint mit den „*nationalen* Interessen unseres Landes" offensichtlich einfach, das Interesse des Sozialimperialimus mit der nationalen Frage auch die Frage des *Friedensvertrages* vom Tisch zu wischen. Von einem Friedensvertrag ist in dem ganzen Dokument nicht die Rede. Das ist erklärlich, denn nachdem die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden ist und die neue Bourgeoisie in der DDR die Macht ergriffen hat, kann das deutsche Volk offensichtlich nur noch ren, die unvermeidlich die Frage des Abzugs aller fremden Truppen und des Austritts der beiden deutschen Staaten aus allen imperialistischen Militärbündnissen wie die Beseitigung der Rechte der Besatzungsmächte in Berlin auf die Tagesordnung setzen würde. Die Revisionisten schwafeln in ihrem Programm viel von Frieden und Entspannung, aber die im Kampf gegen den Imperialismus und Hegemonismus aktuelle Aufgabe des Kampfes für einen Friedensvertrag erwähnen sie mit keinem Wort. Damit müßten sie auch nicht nur den beiden Supermächten, sondern auch dem BRD-Imperialismus wehtun. Nichts von allem haben sie vor.

Das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, dem von anderer Seite vorgeworfen wird, es drücke sich um die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nation, ist in dieser Hinsicht völlig eindeutig.

„Die deutsche Nation ist gespalten. Die BRD und Westberlin stehen im westlichen imperialistischen Lager. Die DDR liegt im unmittelbaren Einflußbereich des russischen Sozialimperialismus. Das westdeutsche Proletariat muß die westdeutsche Bourgeoisie schlagen und Westdeutschland aus dem System des Imperialismus herausbrechen, ehe es die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen kann. Die Kommunisten treten allen Versuchen entgegen, das westdeutsche Proletariat unter der Fahne der Wiedervereinigung der Nation für eine imperialistische Politik gegenüber der DDR zu gewinnen. Insbesondere treten die Kommunisten den Versuchen der westdeutschen Bourgeoisie entgegen, Westberlin zu einem Brükkenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen auszubauen."

In welcher Weise die nationale Frage und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation bereits heute von der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung gesetzt werden muß, formuliert das Programm des KBW in folgenden Forderungen:

„Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatus; volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht und die vollen Souveränitätsrechte beider des" zum Ausdruck bringen, sagt Mies. Nachdem wir die Konsequenz bereits untersucht haben, mit der sie die „nationalen Interessen unseres Landes" zum Ausdruck bringen und festgestellt haben, daß das ganze Geschwätz von Frieden und Entspannung bloß darauf hinausläuft, im Interesse der *beiden* Supermächte *und* der westdeutschen Monopolbourgeoisie die Frage des Friedensvertrages vom Tisch zu wischen und den Kampf dafür zu sabotieren, können wir es mit der Untersuchung der „Konsequenz und Leidenschaft, mit der sie das kapitalistische Gesellschaftssystem ablehnen", für heute erst einmal kurz machen. Wenn die „Konsequenz" in der nationalen Frage in der Unterwerfung unter die Interessen der Imperialisten ist, dann kann es mit der Konsequenz und Leidenschaft im Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem nicht weit her sein. Das ist bereits aus früheren programmatischen Äußerungen der DKP-Revisionisten bekannt. „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft", „Antimonopolistische Demokratie", „friedlicher Übergang" sind die Stichworte, durch die das revisionistische Programm umrissen ist. In dem Entwurf für das Programm findet sich das alles wieder:

„Die DKP erachtet es als möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert, daß das Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in eine antimonopolistische Demokratie einmündet. Unter einer antimonopolitischen Demokratie versteht die DKP eine Periode grundlegender Umgestaltungen, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über soviel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihre gemeinsamen Interessen vertretende Koalitionsregierung bilden können. Diese von einer antimonopolistisch-demokratischen Kräftekonstellation getragene Regierung würde – unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Geschichte und gestützt auf die demokratische Legitimation durch das Volk – die Armee, die Polizei, die Justiz und den Verwaltungsapparat vom Einfluß neonazistischer und militaristischer Kräfte befreien und den Mißbrauch der staatlichen Machtorgane gegen das Volk und die verfassungsmäßige Regierung unterbinden."

Dies ist im übrigen die einzige Stelle, wo von den „staatlichen Machtorganen" die Rede ist. Offensichtlich sind dem Vorwand der Verteidigung gegen die Konterrevolution die Revolution niederzuschlagen und das zu errichten, was sie „realen Sozialismus" nennen und wofür ihnen die heutige Sowjetunion das Vorbild bietet. Mit der Herrschaft der Arbeiterklasse hat das nichts zu tun. Das wird in dem Entwurf programmatisch formuliert:

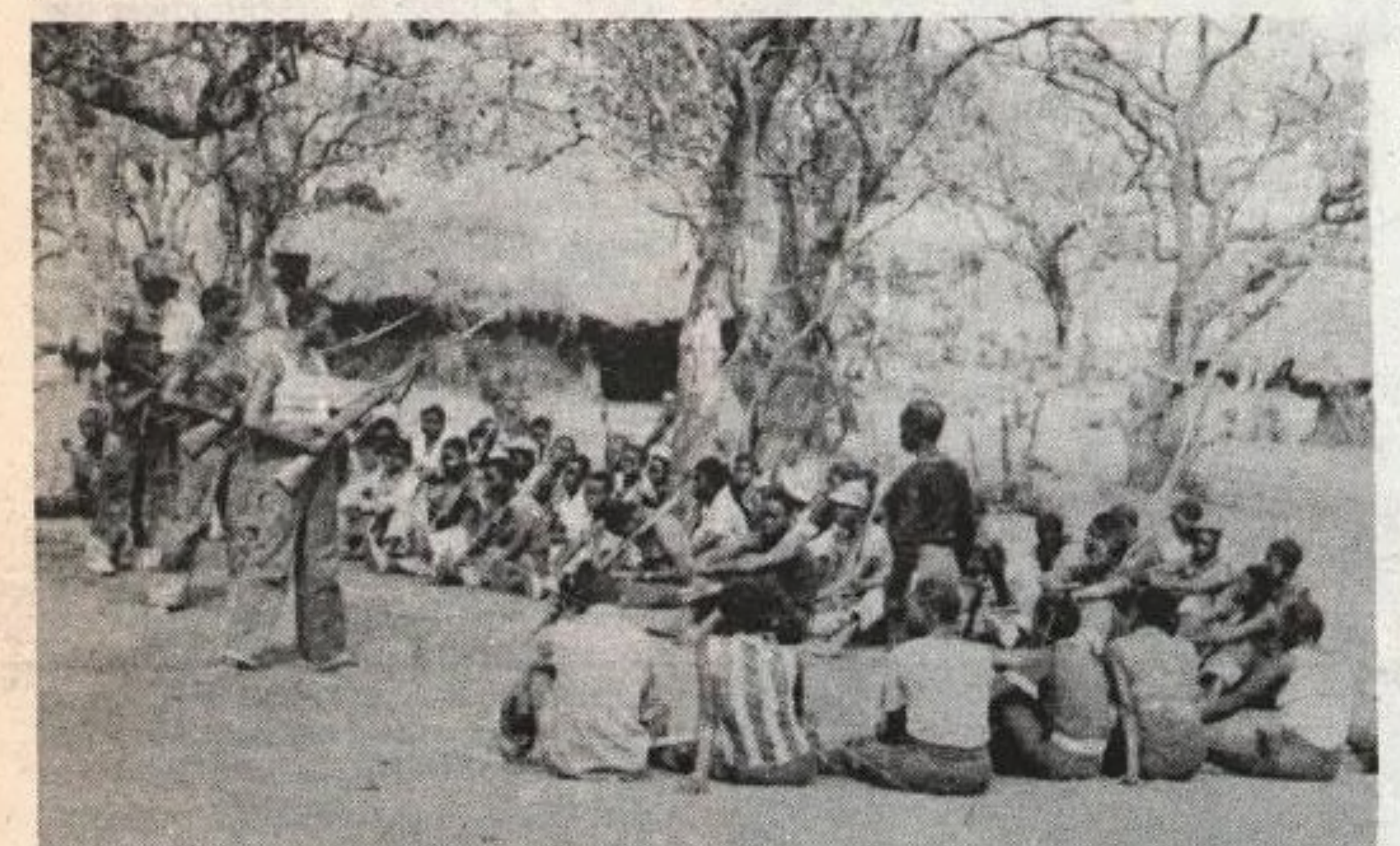
„Die DKP strebt danach, daß beim Übergang zum Sozialismus und bei seinem Aufbau die demokratischen Traditionen und Errungenschaften zur Geltung kommen, die von der Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Kräften begründet und erreicht worden sind und die sich im Prozeß des Ringens um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt weiterentwickeln werden: Die Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeiter und ihrer Organisationen, das Wirken der Organe demokratischer Mitsprache und Willensbildung innerhalb und außerhalb der Betriebe, das System der kommunalen Selbstverwaltung und die bundesstaatliche Struktur unseres Landes." Offener kann die DKP kaum sagen, auf was sie hinauswill unter der Marke „Sozialismus": An die Stelle der alten Bourgeoisie soll eine neue Bourgeoisie treten und diese neue Bourgeoisie will der Arbeiterklasse das gewähren, womit sie sie jetzt im Kampf gegen die Bourgeoisie abspeisen will: Mitbestimmung und Mitsprache via Betriebsräte und Gemeinderäte. Dabei empfinden es die DKP-Revisionisten schon als Zugeständnis, daß sie der Arbeiterklasse bei Übernahme den alten föderalistischen Plunder der Bundesländer als demokratische Errungenschaft erhalten wollen.

In vielen Kämpfen haben die Arbeiter, aber auch andere Teile des Volkes erfahren, daß sie von den Revisionisten in diesen Kämpfen verraten werden. Manche fragen sich, was es mit dieser Sorte „Kommunisten" auf sich hat. Die Lösung des Rätsels ist eigentlich einfach: Mit dem Kommunismus haben die Revisionisten soviel zu tun wie jeder Bourgeois, sie hassen ihn wie die Pest. Und für sie ist er auch eine Pest, denn er ist gegen ihre Herrschaftsgelüste gerichtet. Um diesen Betrügern auf die Spur zu kommen, kann die Lektüre des Programmentwurfs bloß nutzen. Er ist allerdings über sechzig Seiten lang. Man soll eingewickelt werden. Vergebliche Hoffnung! – (Z-Red.)

Die revolutionäre Gewalt im Volkskrieg wird Zimbabwe vom Kolonialregime der Imperialisten befreien

Ende November haben die rhodesischen Söldnerhorden erneut die Volksrepublik Mozambique überfallen. Der Hauptschlag ihres Angriffs richtete sich gegen 2 Lager bei der Stadt Chimoio, in denen mehrere Tausend Zimbabwer leben. Die westdeutschen Imperialisten verbreiten in ihrer Presse als Erfolgsmeldung:

„Mehr als 1 200 Gegner seien getötet und zahlreiche andere verwundet worden. Zu dem vernichteten Kriegsmaterial hätten Waffen, Fahrzeuge, Munition, Treibstoff, Gebäude und Dokumente gehört" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.77). „Verwundete Flüchtlinge im Krankenhaus



(in Chimoio, d. Verf.) berichteten, daß ab etwa 7.30 in der Früh sieben Düsenjäger ihre Militärbasis überflogen und Bomben abzuwerfen begannen. Dann kamen Hubschrauber, die so niedrig flogen, daß rhodesische Soldaten aus ihren Türen Maschinengewehrfeuer eröffnen konnten ... Dann landeten sie und begannen anzugreifen, wild um sich zu schießen und mit buschmesserähnlichen Waffen jeden abzuschlachten", berichtet eine britische Journalistin, die sich gerade in Chimoio aufhielt.

schwersten getroffenen Orte war eine Schule, wo über 100 Leichen zimbabwescher Kinder gezählt wurden."

Die Imperialisten behaupten, ihre kolonialen Statthalter in Zimbabwe würden Jagd auf „Terroristen" machen, die eine friedliche Lösung in Zimbabwe verhindern. Die barbarischen Angriffe und daß sie die Zahl der Opfer ihrer Verbrechen noch übertreiben, verfolgen das Ziel, das Volk von Zimbabwe einzuschüchtern, damit es seinen Kampf aufgibt, und das Volk von Mozambique seine Unterstützung einstellt.

Über die Lager führte die Genossin Ruvimbo Tekere in einem Gespräch aus:

„Wenn wir sagen, wir beginnen Zimbabwe wiederaufzubauen, so warten wir nicht, bis das Territorium des Landes befreit ist, um dann dafür ein Programm auszuarbeiten. Wir beginnen schon heute mit dem Aufbau in den Lagern in Mozambique. Die Fragen, um die es da geht, sind z.B.: Wie sollen die natürlichen Produktivkräfte des Landes eingeteilt werden? Wie kann die Landwirtschaft kooperativ betrieben werden, damit

Derart ausgebildet und bewaffnet kehren die Männer und Frauen dann zurück nach Zimbabwe, um die Arbeiter und Bauern im Krieg gegen das Kolonialregime zu führen.

Man kann leicht die Wut der Imperialisten verstehen, die sie gegen die Existenz dieser Lager haben. Der reaktionäre Charakter der Siedler und ihrer Handvoll schwarzer Marionetten und die totale Isolation vom afrikanischen Volk kommt darin zum Ausdruck, daß die Imperialisten bei ihren Schlächtereien sich auf eine Handvoll zum größten Teil in Westeuropa und in den USA zusammengekaufter, berufsmäßiger Killer stützen müssen. In Zimbabwe überfallen sie täglich die Dörfer, metzeln die Bauern nieder und zwingen sie zu Hunderttausenden in sogenannte „Wehrdörfer".

Die Volksbefreiungsarmee und ihre militärischen Ausgangslager befinden sich in Zimbabwe, geschützt durch die Bauernmassen, mit denen sie den Krieg gegen den kolonialen Unterdrückungsapparat führen. Das erklärt auch, weshalb es dem rhodesischen Kolonialregime, entgegen seinen Erklärungen, noch nie gelungen ist, bei diesen Angriffen gegen die Volksbefreiungsarmee entscheidende Schläge zu führen.

Aber für die Imperialisten hat auch der Angriff auf „Flüchtlingslager" und das Abschlachten von Schulkindern und Krankenhauspatienten Sinn. Sie verteidigen ihre reaktionäre Herrschaft gegen den Angriff des ganzen Volkes von Zimbabwe. Und in den Lagern von Mozambique sammeln sich Zehntausende Töchter und Söhne der Arbeiterklasse und Bauern Zimbabwes, um sich grundlegende Fähigkeiten im Umgang mit Waffen (das Kolonialregime hat die Zimbabwer von der militärischen Ausbildung ausgeschlossen) anzueignen und Erfahrungen zu sammeln für den Aufbau eines befreiten Zimbabwe. So heißt es im Pro-

Frauen von Zimbabwe im Ausbildungslager

